

Vorwärts

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljahr 3,20 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Inserions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgestaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 60 Pf. für vollstehende und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 50 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 20 Pf. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenaussage und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Erscheint täglich außer Montags.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 23. August 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Steuerfragen.*)

V. (Schluß.)

Nachdem wir in dem vorhergehenden Artikel die Untersuchung der Ertragssteuern mit der Grundsteuer als Steuer auf die Bodenrente begonnen haben, bleibt uns noch übrig, auf die übrigen Steuerformen einzugehen, durch die Teile des Mehrwerts direkt herangezogen werden können.

Da kommt zunächst als zweite „Ertragssteuer“ nach der Grundsteuer die Gewerbesteuer in Betracht, also ökonomisch die Besteuerung des Unternehmergewinns. Auch hier steht die Abwälzungsfrage im Vordergrund. Trifft die Steuer gleichmäßig den Ertrag, so ist nicht einzusehen, wie sie abzuwälzen ist. Eine Steuer, die nur eine bestimmte Industrie trifft, zum Beispiel die Branndindustrie, wird natürlich abgewälzt. Denn würden die Preise nicht um den Betrag der Steuer steigen, so säne der Profit dieser Industrie unter ihren Durchschnitt; kleine Betriebe würden zugrunde gerichtet, Kapital sich aus dieser Industrie abwenden, jedenfalls neues nicht in ihr angelegt werden. Das Angebot würde sinken, und zwar so lange, bis die Preise um den Steuerbetrag gestiegen sind. Einseitige Ertragssteuern werden so stets zu indirekten, das heißt von den Steuerzahlern auf die Konsumenten abgewälzten Steuern. Anders aber, wenn sämtliche Betriebe gleichmäßig von der Steuer getroffen werden. Das aus einer Sphäre abwandernde Kapital träfe in allen anderen gleichmäßige Verwertungsbedingungen, die Abwanderung wird daher nicht stattfinden, das Verhältnis von Nachfrage und Angebot sich nicht ändern; die Steuer muß in der Tat aus dem Profit gezahlt werden. Dies wäre nur dann nicht der Fall, wenn in einem Lande die Steuerlast so stark stiege, daß der Durchschnittsprofit erheblich unter das Maß in anderen Ländern sank. Dann käme Auswanderung des Kapitals statt. Wir hätten eine Ueberbesteuerung mit ihren verderblichen Folgen, der Hinderung der Akkumulation und Vertreibung des Kapitals ins Ausland. Auch hier weichen wir von der Ansicht Karstki's** ab, der uns die Abwälzungsfähigkeit zu überschätzen scheint. Karstki hält namentlich dann die Abwälzung für sicher, wenn Kartelle und Trusts die Warenpreise bestimmen. Uns scheint gerade in diesem Fall die Abwälzung ausgefallen. Die Kartelle und Trusts haben schon vor der Besteuerung das Verhältnis von Angebot und Nachfrage so gestaltet, daß sie den höchstmöglichen Profit machen.***) Weitere Erhöhung der Preise wäre nur möglich bei weiterer Einschränkung der Produktion. Jede Produktionsbeschränkung bedeutet aber eine Steigerung der Produktionskosten und Senkung des Profits, die stärker ins Gewicht fällt als die Steuer. Es kommt hinzu, daß diese Einschränkung die völlige Brachlegung von Kapital bedeutet, da ja jede Uebertragung auf andere Sphären bedeutete, daß die Steuer, die ja überall erhoben wird, auch von diesem Kapital bezahlt wird. Wir sind also durchaus nicht der Meinung, daß die Vererbung der Abwälzbarkeit einer allgemeinen Erwerbssteuer erleichtert. Umgekehrt, weil Trustspreise eben die unter bestimmten Umständen höchstmöglichen sind, ist eine weitere Erhöhung nur so schwerer.

Dagegen will uns der Vorschlag Renner's, auch für diese Steuern die Progression einzuführen, nicht zwingend erscheinen. Eine solche Progression bedeutete doch die Besteuerung des technischen Fortschritts. Nun ist es richtig, daß die Progression sicher nicht so scharf sein würde, um die technische Ueberlegenheit des größeren Betriebs völlig aufzuheben. Aber wir können auch in deren bloßen Abschwächung kein proletarisches Interesse erblicken.

Als dritte Mehrwertsteuer käme die Besteuerung des Kapitalzinses in Betracht. Hier kommt aber der Umstand hinzu, daß das Einkommen aus Zinserträgen irgendwelcher Art bei direkter Besteuerung leicht entzogen werden kann. Andererseits nehmen die großen Vermögen immer mehr die Form von Zinserträgen an, wird also diese Besteuerungsart immer wichtiger. Uns scheint nun, daß die Gewähr für eine wirksame Besteuerung viel eher gegeben ist, wenn als Besteuerungsform nicht die direkte Ertragssteuer, sondern gewisse Formen der sogenannten Verkehrssteuern genommen werden. Sinter der Einkommensform des Zinsertrages verbergen sich ökonomisch sehr verschiedeneartige Einkommensarten, auf die die Besteuerung verschieden wirkt und die ganz verschiedene Möglichkeiten der Abwälzbarkeit bedingen. Auch hier muß die Unterscheidung nicht nach steuertechnischen, sondern nach ökonomischen Gesichtspunkten erfolgen. Man muß hier zunächst unterscheiden die Zinserträge im eigentlichen Sinne. Eine bestimmte Geldsumme wird verliehen, der Gläubiger erhält dafür den Zins. Die Besteuerung erfolgt nun etwa in der Form, daß das Schuldokument einen Stempel tragen muß. Dies ist der Fall zum Beispiel beim Wechselstempel. Wer trägt nun hier die Steuer? Kein Zweifel: der Schuldner. Denn der Gläubiger verlangt für sein Geld den bestimmten zur Zeit herrschenden Zinsfuß. Erhält er diesen nicht, so ist für

ihn kein Grund, sein Geld auszuliehen; er wird irgendeine andere Art der Anlage suchen. Der Zinsfuß wird bestimmt durch Nachfrage und Angebot des freien Geldkapitals; durch die Besteuerung wird dieses Verhältnis nicht geändert. Aber der größte Teil des Wechselkredits wird von den Kapitalisten sich gegenseitig gewährt. Der Kapitalist, der heute mit einem Wechsel zahlt, also Schuldner und Steuerträger ist, bekommt selbst morgen einen Wechsel in Zahlung. So bedeutet der Wechselstempel eine Verteuerung der Zirkulationskosten der Waren. Die Bezahlung der im Verkehr befindlichen Waren wird um den Betrag der Stempelfosten verteuert. Wird aber dadurch der Warenpreis nicht erhöht, so daß die Konsumenten in Wirklichkeit die Träger der Wechselsteuer sind? Die Annahme ist zu naheliegend, als daß sie nicht gemacht werden würde, trotzdem halten wir sie nicht für richtig. Eine Verteuerung der Waren darf ich nur annehmen, wenn ich nachweisen kann, daß eine Steuer dahin wirkt, bei gleichbleibender Nachfrage das Angebot an Waren zu vermindern. Der Nachweis, daß die Wechselsteuer so wirkt, wird aber nicht erbracht werden können. Die Benutzung des Kredits ist für jeden kapitalistischen Unternehmer ein Vorteil; eine geringe Verteuerung wird ihn nicht abhalten, Kredit zu nehmen, da er ja mit dem so erhaltenen Kapital Unternehmergewinn, der höher ist als der Zins, machen wird. So kommen wir zum Resultat, daß die Wechselsteuer von der Gesamtheit der Kapitalisten getragen wird, einen Abzug von ihrem Profit bildet, aber nicht auf die Konsumenten überwälzbar ist. Daß aber der Wechselstempel nicht überwälzbar ist, sagt noch nicht, daß er keine Nachteile hat. Jede Verkehrssteuer ist ein Hemmnis des Verkehrs und als solche bedenklich. Bei der Wechselsteuer überwiegt der finanzielle Vorteil die verkehrstechnischen Bedenken, solange die Steuer keine allzugroße Höhe hat, die die Wechselbenutzung zugunsten anderer weniger vollkommener Kreditarten einschränkt. Was aber für den Wechsel noch nicht gilt, gilt zum Beispiel schon für den Scheid. Der Scheidstempel der letzten Finanzreform hat die Entwicklung des Scheidverkehrs, die zur Erparung von Hartgeld und damit zu der sehr wünschenswerten Erniedrigung der Zinsrate führen konnte, völlig unterbunden, war also durchaus schädlich. Noch lästiger, verkehrshemmender und ungleichmäßig wirkender wäre die von den Agrariern patronisierte Quittungssteuer. Für solche Verkehrssteuern ist die Sozialdemokratie aus allgemein ökonomischen Gründen nicht zu haben.

Von der Wechselsteuer als einer Besteuerung kaufmännischer Kreditpapiere zu unterscheiden, ist die Besteuerung der von öffentlichen Körperschaften ausgestellten Schuldscheine. Ist der herrschende Zinsfuß 4 Proz., so wird der Staat gegen die Verpflichtung, jährlich 4 M. Zinsen zu zahlen, auf dem Geldmarkt 100 M. erhalten. Besteuert ich nun diese 4 M. in der Weise, daß ich bei der Auszahlung 1 M. als Steuer abziehe — Couponsteuer —, so erhält der Staatsgläubiger nur 3 M. Verkauft er, seinen Staatsschuldschein zu verkaufen, so wird er die Erfahrung machen, daß er nur 75 M. dafür erhält. Appelliert der Staat selbst an den Geldmarkt, so wird er die Erfahrung machen, daß er für ein vierprozentiges Papier, das mit 25 Proz. Steuer belegt ist, nur 75 M. bekommt. Mit anderen Worten: eine solche Steuer bedeutet eine Vermögenskonfiskation für die alten Staatsgläubiger; sie muß aber vom Staate selbst getragen werden bei jeder neuen Anleihe. Sie ist also sinnlos. Eine Besteuerung des Einkommens aus solchen Schuldscheinen öffentlicher Körperschaften kann also nur in Form der direkten Einkommen- und Vermögenssteuer geschehen, deren Notwendigkeit schon daraus allein folgen würde. Bei dieser Steuerform ist die Steuer unabwälzbar. Denn jedes Einkommen wird gleichmäßig von der Steuer getroffen, ob es nun aus Staatspapieren oder sonstwoher stammt. Daher wird niemand das Vermögen aus Staatspapieren der Steuer wegen zurückziehen. Denn bei jeder anderen Anlage wird es ebenso von der Steuer getroffen.

Ganz anders wieder verhält es sich bei jenen Einkommensarten, welche nur die Form von Zinseinkommen haben, aber ökonomisch einen ganz anderen Charakter besitzen. Wir meinen das Einkommen aus Aktien. Hier muß allerdings auf die ökonomische Natur der Aktiengesellschaft wenigstens in den allgemeinsten Umrissen eingegangen werden, um die Wirkung der Steuer beurteilen zu können.**)

Ein Privatunternehmen von einer Million Mark Kapital erzielt einen Profit von 150 000 M., gleich 15 Proz. Gelegt den Fall, der Zinsfuß betrage 5 Proz., so wird der Kapitalist sich 100 000 M. als Unternehmergewinn und 50 000 M. als Zins auf sein Kapital anrechnen. Nun wird das Unternehmen in eine Aktiengesellschaft verwandelt. Die Aktionäre sind nicht selbst industrielle Kapitalisten, sondern Geldkapitalisten; sie wollen eine Geldsumme eine Zeitlang anlegen und dafür Zins beziehen. Sie können auch fest ihr Geld zurückziehen, indem sie die Aktie auf der Börse verkaufen. Die Gründer der Aktiengesellschaft können also Aktien für drei Millionen Mark ausgeben, da 3 Millionen bei 5prozentiger Verzinsung 150 000 M. tragen, die den Aktionären als Zins zufallen. Die Gründer können also für 3 Millionen Aktien verkaufen, obwohl das Unternehmen, das da in eine Aktiengesellschaft verwandelt worden ist, nur ein Kapital von einer Million Mark repräsentiert, nur eine Million Mark gekostet hat. Die Gründer machen so einen Gründergewinn von

2 Millionen Mark.**) Es ist klar, daß diese Einkommensquellen, die wir hier entstehen sehen, sowohl die Dividende, als auch der Gründergewinn, der Besteuerung unterliegen können, daß aber gerade hier eine bloße Einkommensteuer sehr leicht der Hinterziehungsgefahr ausgesetzt wird. Gesezt, es würde in unserem Beispiel eine Dividendensteuer von 10 Proz. erhoben. Die Folge wäre, daß die Aktionäre statt 5 Proz. nur 4½ Proz. erhielten. Das hätte zur Folge, daß sie für eine Aktie von 100 M. nur 90 M. zahlen würden, weil sie ja bei einer anderen Anlage 5 Proz. tatsächlich auf 100 M. erzielen würden. Die Gründer erhielten also für ihre drei Millionen Mark nur 2 700 000 M. in Geld. Der Gründergewinn wäre um 10 Proz. verringert. Derselbe Effekt wäre natürlich erzielt, wenn die Gläubiger statt eines Nennwertes der Aktien von drei Millionen gleich nur 2 700 000 M. Aktien ausgegeben hätten, die dann zu 100 verkauft worden wären. Die Aktionäre würden dann für jede Aktie über 100 M. etwas über 5½ M. erhalten, wovon sie eine halbe Mark an Steuern zahlen müßten. Der Gründergewinn aber wäre in beiden Fällen um den kapitalisierten Betrag der Steuer vermindert. Derselbe Wirkung kann aber erzielt werden durch eine direkte Besteuerung des Gründergewinns. Das geschieht durch den sogenannten Emissionsstempel. Bei der Ausgabe der Aktien wird eine Steuer von dem zur Ausgabe gelangenden Aktienkapital erhoben; diese Steuerart verdient aus finanztechnischen Gründen — sie bietet nicht so wie die Dividendensteuer einen Anreiz zur Verwässerung des Kapitals — den Vorzug. Da sie aber nur die an die Börse kommenden Aktien trifft, so ist es durchaus rationell, alle Aktiengesellschaften auch der Einkommensteuer zu unterwerfen.

Als letzte Steuerart gehört in diesen Zusammenhang noch die eigentliche Vörjenseuer, die in Form eines Umsatzsteuervorschlages auf die Vörjengeschäfte erhoben wird. Diese Steuer trifft den Spekulationsgewinn. So lange sie sich in vernünftigen Grenzen hält, ist sie durchaus rationell und bedarf nur einer Differenzierung je nach der Natur der Vörjengeschäfte. Soweit diese nur dem eigentlichen Geld- und Kreditverkehr dienen, hat eine Steuer die Nachteile der Verkehrssteuern und muß daher in viel engeren Grenzen gehalten werden, als die Umsatzbesteuerung der eigentlichen Spekulationsgeschäfte.

So skizzenhaft auch all diese Ausführungen gehalten sind, die nur die Anregung zur Diskussion, die die Renner'sche Broschüre gibt, weiter verfolgen sollen, ohne selbst erschöpfend zu sein, so sieht der Leser doch, daß eine Kritik des sozialdemokratischen Steuerprogramms durchaus nicht unfruchtbar ist. Auch wir kommen mit Renner zur Ansicht, daß die allgemeine Einkommensteuer als einzige Steuer Mängel hat, die es wünschenswert machen lassen, zu einem System direkter Steuern zu gelangen. Die Mängel sind einmal ökonomischer Natur: Die Einkommensteuer trifft nicht nur den Mehrwert, sondern auch den Arbeitslohn; sie unterscheidet nicht zwischen den verschiedenen Arten des Mehrwerts. Sie ist sodann steuerrechtlicher Natur; die Gefahr der Hinterziehung wächst mit der Größe des Vermögens und noch stärker als diese. Zur Ergänzung und Kontrolle der Einkommensteuer bietet sich zunächst dar die Vermögens- und Erbschaftsteuer. Doch auch sie genügen nicht allen Anforderungen, die die ökonomische Theorie an die Besteuerung stellt. Dazu ist notwendig die Differenzierung nach den einzelnen Arten des Mehrwerts, und so gelangen wir zu der Forderung der Grundsteuer und Erwerbssteuer, zur Besteuerung des Gründer- und Spekulationsgewinns.

Von Renner weichen wir, von Einzelheiten abgesehen, in zwei Punkten ab; einmal sind wir von der Notwendigkeit der allgemeinen Einkommensteuer gerade aus ökonomischen Gründen überzeugt und lehnen ihre Ersetzung durch direkte Ertragssteuern ab. Sodann sind wir der Meinung, daß der Grundgedanke der Progression vor allem für die Einkommensteuer und die sie ergänzenden Vermögens- und Erbschaftsteuern gilt und hier zu verschärfen ist, daß er aber bei der Erwerbssteuer als Besteuerung des technischen Fortschritts zu vermeiden oder doch nur in ganz geringem Maße durchzuführen wäre. Dagegen stimmen wir Renner darin zu, daß wir nicht eine einzige Steuer, sondern ein System von direkten Steuern als Steuerprogramm brauchen.

Gegenüber diesem wichtigsten Probleme unserer Steuerpolitik treten andere in den Hintergrund. Nur im Vorbeigehen möchten wir betonen, daß wir den sogenannten Luxussteuern mit größerem Misstrauen gegenüberstehen als Renner und meinen, daß in der Praxis die Gründe für die Ablehnung überwiegen werden. Die letzte Steuer- und Zoll-erhöhung auf Champagner hat Frankreich in seinem Zolltarif mit einer Erhöhung der Höhe u. a. auf deutsche Spielwaren beantwortet. Die Opfer der Champagnersteuer sind also die ärmsten Hausindustriellen. In anderen Fällen wird die Rücksicht auf die Arbeiter der Luxusindustrie wohl ein gewichtiges Wort für die Ablehnung sprechen.

Daß die Sozialdemokratie aber nicht nur für eine, sondern für ein System direkter Steuern einträte, dafür sprechen außer den ausschlaggebenden ökonomischen noch

*) Siehe „Vorwärts“ Nr. 187.
 **) „Neue Zeit“ a. a. O. S. 788.
 ***) Näheres siehe darüber bei R. Hilferding: Das Finanzkapital. Die Preisbestimmung der kapitalistischen Konjunktur. S. 285 ff.

*) Näheres darüber bei Hilferding: „Finanzkapital“, in den Kapiteln „Die Aktiengesellschaft“ und „Die Effektenbörse“.

*) In Wirklichkeit wird er geringer sein, da der an die Aktionäre zu verteilende Profit durch Zantimen und eventuell höhere Verwaltungskosten vermindert ist. Auch werden die Aktionäre etwas mehr als den Durchschnittszins erhalten müssen.

Politische Gründe. Differenzieren wir die Besteuerung nach den verschiedenen Arten des Mehrwertes, so treffen wir stets zunächst einzelne Gruppen der Besitzenden. Diese werden dadurch unter Umständen viel leichter gespalten, ihr Widerstand gegen direkte Steuern geschwächt. Gegen die Grundsteuer haben die Industriellen nicht allzuviel einzumenden, für die Börsensteuern haben die Agrarier von jeher einen Schwarm. Die tatsächliche Stellung der Arbeiterklasse im Steuerkampf wird so gebessert.

Die Steuerbelastung des deutschen Volkes.

Die Monatszeitschrift „Verwaltung und Statistik“ bietet in ihrem letzten Heft eine interessante Uebersicht darüber, aus welchen Hauptsteuerarten das Deutsche Reich und die deutschen Bundesstaaten ihre Einnahmen beziehen und wieviel von diesen Steuern auf den Kopf der Bevölkerung entfällt. Zugrunde gelegt sind diese Berechnungen die Etatsvoranschläge für 1910.

Es ergeben sich danach folgende Einnahmen in Millionen Mark:

aus	im Reich	in den Bundesstaaten	zusammen
Erwerbseinkünfte	872.4	8742.8	4614.7
Steuern und Zölle	1639.2	989.5	2808.7
Gebühren und Sporteln	17.3	245.5	262.8
Berglöhnen aus der Reichskasse	—	73.8	73.8
Sonstige Einnahmen	311.4	260.1	571.5
Ueberschüssen von früher	0.6	29.6	80.2
Ueberschüssen a. d. Reichskasse	—	197.7	197.7
Außerordentliche Einnahmen	190.7	834.1	524.8
Zusammen	3061.6	6852.6	8894.2

Diesen Einnahmen standen Ausgaben im Gesamtbetrag von 8000.8 Millionen Mark gegenüber und zwar im Reich von 8031.6 und in den Bundesstaaten von 5969.2 Millionen Mark; u. a. bezuglich die Ausgaben in Millionen Mark:

für	im Reich	in den Bundesstaaten	zusammen
Erwerbseinkünfte	758.4	2847.8	3604.2
Schuldzinsen	225.0	655.4	880.4
Ueberschüssen an die Bundesstaaten	180.0	298.4	448.4
für die Verwaltung	1652.5	1833.4	3485.9

Wie sich daraus wiederum ergibt, beruht der Haushalt des Deutschen Reiches zum größten Teil auf den Einkünften aus den Zöllen und aus den Verbrauchssteuern (Bier, Branntwein, Tabak, Zucker, Salz, Schaumwein, Leuchtstoffe usw.), das heißt, es sind die ärmeren Volksklassen, die für die Erhaltung des Deutschen Reiches nötigen Geldmittel aufbringen müssen. Von den sämtlichen Steuer- und Zolleinnahmen des Reiches entfielen 700,5 Millionen Mark, das sind 46,4 Proz., allein auf die Zölle und 642 Millionen Mark, das sind 39,2 Proz., auf die Verbrauchssteuern. Die Verkehrssteuern machten 12,4 Proz. und die Erbschaftsteuer nur 2,1 Proz. aus.

Die Steuererträge der Bundesstaaten rührten dagegen zu rund 75 Proz. aus direkten Steuern, davon fast drei Viertel aus der allgemeinen Einkommensbesteuerung, her; zu je 11 Proz. aus Aufwands- und Verbrauchssteuern und zu 3 Proz. aus der Erbschafts- und Schenkungssteuer.

Berechnet man, wieviel von Steuern auf den einzelnen Kopf der Bevölkerung entfällt (Frauen und Kinder eingeschlossen), so ergibt sich, daß im Durchschnitt jeder 27 M. an Reichsteuern und 16 M. an Landessteuern zu zahlen hat. Der erstere Betrag setzt sich zusammen aus 23,12 M. an Zöllen und Aufwandssteuern, 3,85 M. Verbrauchssteuern und 0,56 M. Erbschaftsteuer; der letztere aus 12 M. direkter Steuern, 1,78 M. Aufwandssteuern, 1,74 M. Verbrauchssteuern und 0,5 M. Erbschaftsteuer.

Allein an Reichs- und Landessteuern hat also der einzelne jährlich 43 M. zu zahlen, eine Familie von fünf Köpfen also 215 M. Dazu kommen dann noch die Kommunalabgaben, Kirchensteuern usw. Ferner aber sind in dieser Summe noch nicht die Verteuerungen der Lebensmittel durch die deutsche Zollpolitik enthalten; denn durch den Zoll wird nicht nur der Teil der zollpflichtigen Waren verteuert, der aus dem Ausland in das deutsche Zollgebiet eingeführt wird, sondern zugleich jener Teil dieser Waren, der in Deutschland selbst erzeugt wird.

Das Ende des Eisenbahnerstreiks.

London, den 21. August. (Eig. Ber.)

Der Streik der Eisenbahner ist beendet. Die Furcht vor den Folgen ihrer vordringlichen Politik bewog die Regierung endlich, das zu tun, was sie zu Anfang hätte tun sollen. Die Regierung übte den nötigen Druck auf die eigensinnigen Scharfmacher der Eisenbahngesellschaften aus und siehe da: die Direktoren, die die Gewerkschaften zuvor mit der größten Verachtung behandelt hatten, die nicht einmal die Briefe beantworteten, die ihnen von den Beamten der Eisenbahnerorganisationen zugesandt wurden, ließen sich herbei, direkt mit den Gewerkschaften zu verhandeln. Dieser Erfolg allein rechtfertigt den Streik.

Die Lage war letzten Sonnabend eine äußerst kritische. Trotz der Meldungen, die von der Regierung und der Presse ausgebreitet wurden, daß die Streikbewegung im Abflauen begriffen sei, daß ganze Trupps die Arbeit wieder aufnehmen, ließen sich die Eisenbahner nicht beirren. Von Stunde zu Stunde dehnte sich die Bewegung aus. In dem Zentralverwaltungsgebäude der Eisenbahner, wo ich mich während der kritischen Stunden befand, liefen ununterbrochen Telegramme ein, die von der Ausbreitung der Bewegung in allen Landesteilen meldeten. Das Telephon kam nicht zur Ruhe. Sympathietumgebungen kamen aus allen Gegenden und selbst aus anderen Ländern. Ein Eisenbahnaktienbesitzer schickte den Streikenden 50 Pfund Sterling für die Streikkasse und erbot sich, als Redner in den Streikversammlungen aufzutreten. Eine Londoner Untergrundbahn konnte eben noch den Verkehr zwischen zwei Stationen aufrecht erhalten und funktionierte natürlich in der Presse „in zufriedenstellender Weise.“ Eine andere Londoner Untergrundbahn mußte alle Stationen schließen. Die Streikenden wurden nach den noch arbeitenden Untergrundbahnen abkommandiert. Mit Mühe und Not hielten die meisten Gesellschaften den notdürftigsten Dienst im Gange. Lokomotivführer, die wegen Fahrlässigkeit entlassen worden, Inspektoren, Lehrlinge und andere, die nie eine Lokomotive selbständig bedient hatten, dienten als Streikbrecher und fuhren zum Schrecken der Sachverständigen im Lande umher. Jeden Augenblick konnte ein großes Unglück passieren. Dann kamen die Nachrichten aus Pianelli, wo die Soldaten auf die Menge geschossen hatten und das Blut in Strömen floß. In dem ersten Telegramm, das die Eisenbahner aus Pianelli erhielten, hieß es, daß drei Personen getötet worden seien und daß das Militär ohne Provokation auf die Menge geschossen habe. Aus einer Reihe anderer Orte kamen

ebenfalls Meldungen über Zusammenstöße zwischen dem Volk und dem Militär. Der Regierung wurde angst und bange, sie machte den Eisenbahndirektoren Vorstellungen, wie es in dem offiziellen Bericht heißt, und die Konserenz zwischen den Vertretern der Eisenbahner und der Gesellschaften kam zustande. Das Ergebnis war der Vertrag, der zwischen den Eisenbahngesellschaften und den Gewerkschaften der Eisenbahner geschlossen worden ist. Seine wichtigsten Bestimmungen hat der telegraphische Bericht bereits gemeldet.

Gezeichnet ist der Vertrag von den Vertretern der Eisenbahngesellschaften, der Gewerkschaften der Eisenbahner und der Regierung. Beide Parteien haben sich auch verpflichtet, die Entscheidungen der Untersuchungskommission, die aus zwei Vertretern der Arbeit, zwei Vertretern des Kapitals und einem unparteiischen Vorsitzenden bestehen soll, als bindend anzuerkennen. Die Kommission, die ohne Verzug zusammentreten und berichten soll, hat sich mit der Frage zu beschäftigen, inwieweit das bestehende Einigungs- und schiedsgerichtliche Verfahren abzuändern ist. Die Regierung hat den Eisenbahngesellschaften versprochen, in der nächsten Parlamentsession eine Vorlage einzubringen, die es den Gesellschaften ermöglicht, ihre Tarife auf Grund von Lohnerhöhungen und der Verbesserung der Lage ihrer Arbeiter innerhalb der bestehenden gesetzlichen Tarifgrenzen zu erhöhen.

Von den Eisenbahnern ist der Vertrag nur mit mäßiger Begeisterung aufgenommen worden. In einigen Städten weigern sie sich, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die große Mehrheit jedoch wird den Führern folgen. Man kann es den Arbeitern kaum übel nehmen, wenn sie der Untersuchungskommission etwas skeptisch gegenüberstehen; Regierung und Unternehmer haben sie so häufig betrogen. Zweifelsohne haben aber die Gewerkschaftsbeamten recht getan, den Vertrag zu unterzeichnen. Die Kernfrage des ganzen Streites, die Anerkennung der Gewerkschaften, ist zugunsten der Arbeiter entschieden worden. Die Eisenbahndirektoren haben sich herabgelassen, mit den Vertretern der Gewerkschaften zu verhandeln. Vielleicht werden sie ihre Handlungsweise jetzt damit entschuldigen, daß sie nur dem augenblicklichen Druck nachgaben. Aber dieser Druck kann jederzeit erneuert werden. Darauf weisen auch die Gewerkschaftssekretäre in dem Manifest hin, in dem sie die Eisenbahner auffordern, die Arbeit wieder aufzunehmen. Es heißt dort: „Es wird der Regierung und den Eisenbahngesellschaften von unserer Seite jeder Bestand gewährt werden, um im Eisenbahndienst einen dauernden Frieden zu schaffen, vorausgesetzt, daß diese ihren Teil dazu beitragen. Die Klugheit verlangt, daß wir nach wie vor bereit sein müssen, den Kampf wieder aufzunehmen, sollten es die Umstände erfordern.“ Die Scharfmacher glauben, die Gewerkschaften ignorieren zu können; die Probe ist zu ihrem Schaden ausgefallen. Die Gewerkschaften haben sich als ein Machtfaktor erwiesen, mit dem man in Zukunft rechnen muß. Dies in Verbindung mit dem Präzedenzfall muß die Untersuchungskommission notwendigerweise zur Anerkennung der Gewerkschaften führen. Eine andere Lösung ist kaum denkbar.

Allerdings wäre eine klare Entscheidung, etwa die Erklärung der Eisenbahndirektoren: „Wir erkennen die Gewerkschaften an und verpflichten uns, nur mit ihnen zu verhandeln“, in jeder Hinsicht vorteilhafter gewesen. Aber dieser glatten Lösung stand die eigentümliche Denkart und die Gewohnheit des Engländers im Wege, selbst dem gänzlich überwundenen Gegner den Schein eines Kompromisses zuzugestehen, um eine unnötige Erbitterung zu vermeiden. Die diplomatische Lösung hat jedoch den Nachteil, daß sie von vielen Arbeitern, besonders den jüngeren und unerfahrenen, nicht gleich verstanden wird. Sie wollen die Anerkennung schwarz auf weiß sehen, und da der Vertrag nicht geradeheraus sagt, daß die Gewerkschaften anerkannt werden sollen, lassen sie sich leicht zu voreiligen Urteilen hinreißen, die sie später wahrscheinlich bereuen werden. Die Anerkennung der Gewerkschaften ist für die Eisenbahner eine aktuelle Frage von ungemein großer Wichtigkeit; hängt doch davon das Wohl und Wehe dieser Arbeiterschaft ab. Durch die bestehenden Einigungsämter werden sie, an Händen und Füßen gebunden, den Unternehmern ausgeliefert. Sie sind wie Gefangene, denen man den Rechtszustand verlagert. Ihre Vertreter im Einigungsamt sehen sich der Entlassung und Wahrfregung aus, wenn sie die Forderung ihrer Kollegen mit Nachdruck verfechten. Die Verhandlungen in den Einigungsämtern sind eine Farce. Wie könnte man auch von einem Eisenbahner, der das Vertrauen seiner Kollegen besitzt und sich vielleicht durch zehnjährige Arbeit mühsam bis zu einem Wochenlohn von 25 Schillingen herausgearbeitet hat, verlangen, durch ein energieloses Eintreten für seine Kollegen seine ganze Ehre auf Spiel zu setzen mit dem Bewußtsein, daß diese Aufopferung doch keinen Zweck hat? Nur die Vertretung durch die Gewerkschaftsbeamten, die die Drohungen der Eisenbahndirektoren nicht zu fürchten brauchen, kann ihnen ihr Recht verschaffen. Daß diese Anerkennung der Gewerkschaften in wenigen Wochen schriftlich festgelegt sein wird, daran ist kaum zu zweifeln.

Gestärkt und gestärkt gehen die Gewerkschaften der Eisenbahner aus diesem Kampfe hervor. Zum ersten Male haben sich die vier Organisationen zum gemeinschaftlichen und einmütigen Kampfe zusammengeworfen. Die verhältnismäßig gut bezahlten Lokomotivführer standen Schulter an Schulter mit den miserabel entlohnten Gepädrägern. Diese Solidarität kann nicht verfehlen, die Bestimmungen, alle Eisenbahner in einem einheitlichen Verbände zu organisieren, mächtig zu fördern. Es muß hier auch nicht unerwähnt bleiben, daß die Eisenbahner den Vertrag nicht unterschrieben, bis daß sie von der Regierung die Versicherung erhalten hatten, daß die Aussperrung der Dodarbeiter in Liverpool aufgehoben werden würde.

Mehr noch als die Eisenbahngesellschaften hat die Regierung durch den Streik verloren. Durch das brutale Auftreten Herrn Asquiths den Streikführern gegenüber, durch die rücksichtslose Verwendung des Militärs, durch den Beschluß, sofort scharf zu schießen, hat sie den grimmigen Haß des ganzen Volkes auf sich gelenkt. Sie schuldet dem Volke Rechenschaft über das vergossene Blut. Priand überlebte seine Heldentaten nicht lange. Die „Ketter“ der englischen Gesellschaft, denen der reiche Böbel zuschwebt, werden sich ihrer Ministeressel vielleicht auch nicht mehr lange erfreuen.

Fortdauer lokaler Streiks.

Das zwiespältige Verhalten mancher Eisenbahndirektoren, die der sofortigen Wiederanstellung der Streikenden Schwierigkeiten machten, hat die Arbeiter von neuem mit Mißtrauen erfüllt. Es scheint aber der Regierung gelungen zu sein, die

widerspenstigen Direktoren zur Reison zu bringen und zur Vertragstreue anzuhalten. Doch dauern an vielen Orten noch die lokalen Streiks fort. Es liegen darüber folgende Telegramme vor:

London, 22. August. Ueber den Eisenbahnerausstand liegen folgende Meldungen vor: In Hull haben die Eisenbahner die Vorschläge der North Eastern-Gesellschaft verworfen; der Streik dauert fort. In Leeds sind die Vorschläge der Gesellschaft günstig aufgenommen worden; die Arbeit wird voraussichtlich heute wieder beginnen. In Newcastle on Tyne wollen die Ausständigen die Arbeit nur wieder aufnehmen, wenn bessere Bedingungen gewährt werden. In Darlington wurde beschlossen, den Ausstand zu beenden, wenn die anderen Zentren einverstanden seien. In Sheffield hat das lokale Streikkomitee beschlossen, wegen der Verhältnisse bei der Midlandbahn wieder den Ausstand zu proklamieren.

Schwierigkeiten in Liverpool.

London, 22. August. In Liverpool haben sich gestern Abend der Beilegung des Ausstandes neue Schwierigkeiten in den Weg gestellt, da das Streikkomitee erklärt hat, daß keine Gruppe der Transportarbeiter heute die Arbeit wieder aufnehmen solle. Die Wiederannahme ist infolgedessen auf unbestimmte Zeit verschoben worden, hauptsächlich wegen der Schwierigkeit der Wiedereinstellung der ausländischen Straßenbahner.

Aus Newport in der Grafschaft Monmouth wird gemeldet, daß es in Tredgar, Ebbw Vale und Abymney zu ersten Ausschreitungen infolge der unter den Bergarbeitern herrschenden Unzufriedenheit gekommen ist. Die Polizeibeamten, die von den Aufstörern mit Burgeschossen empfangen wurden, machten von ihren Knütteln Gebrauch. Die Ruhe konnte erst nach dem Eintreffen von Truppen wiederhergestellt werden. Viele Personen wurden verletzt.

Die Streikdebatte im Unterhaus.

London, 22. August. (Unterhaus.) Bei Eröffnung der Sitzung wurde Minister des Innern Churchill von seiten der Arbeiterpartei und der Radikalen mit Fragen nach der Lage überhäuft, insbesondere wurde auf die Entsendung von Truppen in die Ausstandsgebiete ohne vorhergehendes Ersuchen der Zivilbehörden hingewiesen. Churchill erwiderte, bei der gegenwärtigen Lage seien die Militärbehörden mit der allgemeinen Pflicht betraut worden, das Eigentum der Eisenbahngesellschaften zu schützen, Gesetz und Ordnung zu sichern und den Verkehr aufrecht zu erhalten. Für diese Aufgaben sei ein großes Truppenaufgebot verwendet worden. Ich bin glücklich, sagen zu können, erklärte der Minister, daß weitaus in der Mehrzahl der Fälle diese Truppen nicht benötigt worden sind. Sie sind unter dem Befehl verschiedener Generale gestellt worden, die für bestimmte Bezirke verantwortlich sind. Diesen Offizieren ist Vollmacht erteilt worden, den Umständen gemäß zu handeln, und diese Vollmacht werden sie auch weiter ausüben. (Beifall, vereinzelte Rufe auf seiten der Arbeiterpartei: Kriegsschrei!)

Premierminister Asquith sprach in kurzen Worten den Dank aus, den die Nation allen schulde, die direkt oder indirekt mitgewirkt hätten bei Wiederherstellung des Friedens. Die Hauptsache sei nicht die Abmessung von Lob und Tadel, sondern die Sorge dafür, daß das Abkommen wirksam werde. Er kündigte an, daß die Kommission, welche die Wirkung des Eisenbahn-Einigungsabkommens von 1907 untersuchen und über eventuell wünschenswerte Änderungen zum Zweck der Herbeiführung eines befriedigenden Ausgleichs der Differenzen zu berichten haben werde, unter dem Vorbehalt des früheren Parlamentssekretärs für Irland Sir David Bixie tagen werde. Er hat eine Erörterung der vergangenen Vorläufe in diesem Augenblick zu vermeiden und sprach das Vertrauen aus, daß Haus und Land der Kommission guten Fortgang in ihren Bemühungen wünschen werde.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. August 1911.

Die bezahlte Kriegsbege.

Herr v. Jeddli hat sich also entschlossen — spät, aber doch — von der Hege seines Leiborgans gegen Wilhelm II. abzurücken. Unklar bleibt dabei aber nur das Verhältnis der freikonservativen Partei zu der Hege der „Post“. Denn das saubere Blatt berief sich ja gegenüber dem Protest des Fürsten Sayfeld auf die Zustimmung, die ihm von hervorragenden Führern der Freikonservativen zu seinem Antimonarchismus ausgesprochen worden ist. Und dieses Verhältnis wird noch unklarer, wenn man die interessante Mitteilung der „Kreuz-Ztg.“ über die Hintermänner des Scharfmacherblattes liest. Die „Kreuz-Ztg.“ schreibt nämlich:

„Aus den Kreisen der früheren Sozialisten der „Post“ wird uns zur Veröffentlichung folgendes mitgeteilt: Die „Post“ ist vom 1. Juli 1910 an ein neues Konsortium übergegangen, welchem kein Mitglied der früheren G. m. b. H. angehört. So viel bekannt, gehören der neuen Sozialisten auch keine Mitglieder der Deutschen Reichspartei oder der freikonservativen Fraktion des Abgeordnetenhauses an. Augenscheinlich steht die „Post“ jetzt unter dem Einfluß alldeutscher Kreise und rheinisch-westfälischer Eisenindustrieller.“

Daraus geht einmal hervor, daß die Kriegsbege der „Post“ von den Panzerplatten- und Kanonenfabrikanten bezahlt wird. Was also in diesem Blatte als Meinung des deutschen Volkes vorgetragen wird, ist in Wirklichkeit die bezahlte geschäftliche Vertretung der Waffenfabrikanten.

Unklar aber bleibt die Stellung des Freiherrn v. Jeddli. Galt doch dieser Herr bis in die allerletzte Zeit als der politische Inspirator des Blattes und war er doch immer sein eifriger Mitarbeiter. Hat also Herr v. Jeddli es für richtig gehalten, an einem Blatte mitzuarbeiten, von dem er wissen mußte — und er hatte die Pflicht sich darum zu kümmern — daß seine politische Haltung durch die Bezahlung bestimmt ist, die es von einer kleinen kapitalistischen Clique erhält?

Vom Bloßjüngling.

Von dem famosen Plane, in Berlin eine Marokko-Vollversammlung abzuhalten, hat man seit der ersten Ankündigung nichts vernommen. Jetzt aber veröffentlicht der Herr Dr. Gedächter, der fortschrittliche Abgeordnete, der neben den Herren Laitmann und Erzberger und anderen Blauschwärzen als Redner in Aussicht genommen war, im „Hamb. Fremdenbl.“ folgende Erklärung:

„Ich weiß von meiner Beteiligung an einer Marokko-Vollversammlung nur aus den Zeitungen, habe also weder zugehört, noch abgelehnt. Ohne zu dem Marokkostreit irgendwie Stellung zu nehmen, erkläre ich mich durchaus gegen eine solche öffentliche Kundgebung, weil ich für die Entscheidung von Fragen der auswärtigen Politik, noch dazu in kritischen Momenten, die Vollversammlung nicht für das geeignete Forum halte.“

Außer der Feigheit, mit der dieser Fortschrittler sich um eine Stellungnahme herumdrückt, ist die Unverschämtheit bemerkenswert, mit der dieser Volksvertreter der Volksversammlung das politische Urteil abspricht. Diese arrogante Ueberhebung wird dem aufgeblasenen Herrn schon noch unangenehm werden und wir zweifeln nicht daran, daß das deutsche Volk bei den nächsten Wahlen dem Herrn beweisen wird, daß die Geringschätzung zum mindesten eine gegenseitige ist.

Interessanter ist allerdings, was die Fortschrittspartei zu dieser Verleumdung des Volkes durch eines ihrer Mitglieder zu sagen haben wird.

Uebrigens erklärt auch Herr Erzberger, daß er nicht als Redner auftreten wolle. Sein Name sei mißbraucht worden.

Die Scharfmacher als Kriegsheher.

Wie die „Berl. Pol. Nachr.“ mitteilen, hat der Zentralverband Deutscher Industrieller an den Reichskanzler eine Eingabe gerichtet, in der die Wahrung der deutschen Interessen in Marokko verlangt wird. Nach Ansicht des Zentralverbandes der Scharfmacher birgt Marokko nicht allein reiche Erzschätze, sondern ist auch geeignet für die Schafwollzucht und für den Anbau von Rohbaumwolle. Es wird dann noch hingewiesen auf den steigenden Anteil Deutschlands an dem Handel in Marokko und eine Festsetzung der Deutschen wird damit begründet, daß Frankreich in seinen ausländischen Besitzungen das Auskommen anderer Nationen stets zu verhindern gesucht habe. Schließlich machen sich die Scharfmacher noch an zu behaupten, daß sie mit ihrer Eingabe den entschiedenen, einmütigen Willen der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes (!) zum Ausdruck gebracht haben.

Die Nationalliberalen und Marokko.

Nach der „Nat.-Ztg.“ sind die Vertrauensmänner der nationalliberalen Partei aus Berlin und der Provinz Brandenburg zum Sonntag, den 27. August, 11¼ Uhr, zusammenberufen worden, um zu der augenblicklichen Gestaltung unserer auswärtigen Politik und zur Marokkofrage Stellung zu nehmen.

Die paar Deute, hinter denen recht wenig steht, werden da einen schönen Lärm machen.

Alldeutsche Kriegsheereien.

Der alldeutsche Reichsverbandshauptling General a. D. v. Liebert betreibt auch lustig die Kriegsheereien; er fordert in dem Leipziger Limesblatt unter allen Umständen die unbedingte Eustellung Marokkos. Deutschland könne aus die wirtschaftliche Aufschlüsselung und Ausbeutung des nächst reichsten Gebietes Afrikas nicht verzichten, was „am einfachsten durch die Abgrenzung eines Teiles des Scherifenreiches (Südwesten) als deutsches Schutzgebiet oder Interessensphäre zu ermöglichen wäre“. Jede andere Lösung erscheint dem alldeutschen Heißsporn „fast ausgeschlossen“. Es werde sich kaum eine Vertragsform finden lassen, in der unter französischer Flagge deutsche Interessenten für Landbau, Bergwerksrechte und kaufmännische Geschäfte aller Art auf ihre Rechnung kommen könnten. Die „nachweisbare Unterlegenheit“ des französischen Geschäftsmannes gegenüber dem deutschen und englischen im Konkurrenzkampf habe lange in allen französischen Kolonien den ersteren durch Differenzialzölle berart begünstigt, daß der Handel und Verkehr fast ausschließlich dem französischen Mutterlande geblieben sei. Und so fragt denn Herr v. Liebert zornig als Sprachrohr der deutschen Kapitalisten: „Soll dies Verfahren vor den Augen und vor den Toren Europas sich wiederholen? — Man darf in der Tat gespannt sein auf die diplomatische Formel, die der deutschen Industrie die Erschließung marokkanischer Eisenerzen und die Anlage von Baumwollpflanzungen im Süd sichern soll.“

Besonders aufgebracht aber ist der alldeutsche Völkerverächler über die beabsichtigten „Kompensationen“, die er als eine „ungeheure Schädigung des deutschen Volkes“ bezeichnet, durch die es von der politischen und damit auch von der wirtschaftlichen Bühne Marokkos ausgeschlossen werde. Auf diese „Kompensationen“ sei einfach zu antworten: „Es gibt keine gleichwertige Entschädigung außer in Europa selbst, denn die selten günstige Lage, das Klima und die Bodenschätze Marokkos lassen sich mit keinem anderen Gebiete — Ägypten ausgenommen — in Parallele stellen. Gerade ich, der ich wohl als Kenner des Wertes tropischer Kolonien in Frage komme, und der ich persönlich jahrelang um den jetzt erst gesicherten Besitz des großen Nordwestdreiecks Deutsch-Ostafrikas gerungen habe, spreche uneingeschränkt die Behauptung aus, daß kein tropisches Gebiet einem subtropischen und noch dazu einem solchen von der glänzenden Lage Westmarokkos gleichzustellen ist.“

Es gibt keine gleichartige Entschädigung außer in Europa selbst — Sollen diese Worte des Reichsverbandsgenerals etwa den hin- und herverbrannten Gedankenlangsam wiedergeben: Frankreich hat, wenn es nicht auf Süd verzichtet, von seinem europäischen Gebiet einen Teil an Deutschland abzutreten? So verrückt diese Forderung selbst vom kapitalistischen Standpunkt aus wäre, so ist es dem franzosenkollektiven Kurragenerals doch zuzutrauen, daß er zur Schürung des deutsch-französischen Konflikts, zur Entschärfung der nationalen Leidenschaften der Franzosen diese handwinkliche Fabel angündet. v. Liebert ist sich auch bewußt, daß er hier zum Kriege heizt, denn er spricht es offen aus, daß es sich bei dem Konflikt um eine Machfrage handle, die „nicht durch die liebendstündigste Form und die künstliche Beschränkung der gegenwärtigen Besprechungen aus der Welt geschafft“ werde. Lasse sich das Deutsche Reich tatsächlich aus Marokko verdrängen, so erhalte sein bisheriger Einfluß innerhalb der islamitischen Welt einen schwachen Stoß. „Man wird im Orient das Juridischen des waffenstarken Deutschlands vor dem französischen Einfluß in Bagdad nicht begreifen, wird aber seine Schlüsse daraus ziehen“, meint er düster.

Diese Rossbanderale haben natürlich keinen anderen Zweck, als den Ordnungshüter vor den vaterlandslosen Gesellen graulich zu machen, die so gar nichts von den „herrlichen“ Kolonien, von dieser Art „Rechtung des Reiches“ wissen wollen. Wenn Liebert dann erreicht hat, daß die französische Presse in scharfen Worten das tolle Ansinnen zurückweist und dabei vielleicht auch mit sonstigen Ausfällen gegen das „ländergerliche“ Deutschland nicht spart, dann hat die alldeutsche Heißsporn wieder auf einige Wochen das Futter, das sie wegen der nahenden Reichstagswahl für ihre politische verblödeten Leser braucht.

Religion, Politik und Geschäft.

Im Wahlkreis Konstanz-Ueberlingen ist, da der bisherige Reichstagsabgeordnete Friedrich Hug (Zentrum) vor kurzem gestorben ist, eine Ersatzwahl nötig. Das Konstanzener Zentrumblatt benutzt diese Lage eifrig zur Vergrößerung seines Leserkreises, indem es die Pfarrer und Kaplanen des Wahlkreises als Zeitungsagenten anzuwerben sucht. Wie die „Woch. kath. Korresp.“ mitteilt, hat das Blatt ein Rundschreiben an die katholischen Geist-

lichen des weitverbreiteten Wahlkreises gesandt, in dem die Notwendigkeit der Verdrängung der kirchenfeindlichen Blätter in den katholischen Familien durch ein geeignetes katholisches Blatt betont wird und die Geistlichen gebeten werden, in diesem Sinne ihren Einfluß geltend zu machen. Zugleich werden die Pfarrer ersucht, den dem Rundschreiben beiliegenden Fragebogen sorgfältig auszufüllen und baldigt an den Verlag des Blattes zurückzusenden. Auf diesem Fragebogen werden folgende Fragen gestellt:

1. Welche katholischen Blätter werden in Ihrer Pfarrei hauptsächlich gelesen?
2. Welche gegenrätlichen Blätter sind noch in katholischen Familien verbreitet?
3. Galtten Sie eine durchgreifende Propaganda im September für zweckmäßig?
4. Wenn ja, welche Agitationsart halten Sie für die dortigen Verhältnisse am erfolgreichsten? Empfehlen Sie:
a) die Verteilung von Probeexemplaren durch einen Boten und wie oft? (täglich, oder zwei- bis dreimal in der Woche?)
Wenn ja, welche zuverlässige Person am Platze können Sie uns dazu empfehlen?
b) Die Zustellung von Probeexemplaren durch die Post (täglich)?, wenn ja, an welche Personen soll das Blatt überwiesen werden?
c) Die Agitation von Haus zu Haus?
Wenn ja, durch unser Personal?
Oder durch wen am Platze?
5. In welchen Wirtschaften liegen katholische Blätter auf? In welchen nur gegenrätlich? Welchen Wirtschaften könnten die „Konst. Nachr.“ über die Wahlzeit gratis überwiesen werden?
6. Wären Sie bereit, unser Lokalblatt mit Lokalnachrichten zu bedienen, eventuell gegen Honorar?
7. Wenn nicht, können Sie uns eine geeignete Person dafür namhaft machen?

Nach der Versicherung der Zentrumspreffe und der Zentrumsfraktion des Reichstages ist bekanntlich das Zentrum keine konfessionelle Partei. Trotzdem betrachtet das Konstanzener Zentrumblatt ohne weiteres die katholischen Geistlichen als Agenten und Agitatoren des Zentrums und hält es für ganz selbstverständlich, daß sie ihm Beihilfe leisten zur Vergrößerung seines Leserkreises und damit zugleich zur Betriebsvergrößerung. Religion, Politik und Geschäftsmacherei zeigen sich hier in schönster Verquickung — doch trotz alledem ist das Zentrum nur eine politische, keine konfessionelle Partei.

Die elsässischen Nationalisten

unter Führung von Blumenthal, Wetterlé und Freiß gehören wirklich zu den skrupellosesten aller Politiker. Ihre Opposition gegen alles, was von der Regierung ausgeht, äußert sich so wild, daß sie die Sozialdemokratie zum Beispiel nicht wirksamer bekämpfen zu können glauben, als daß sie seit der Zustimmung unserer Reichstagsfraktion zur Verfassungsvorlage beharrlich von der „kaiserlichen Sozialdemokratie“ faheln. Nun geschah dieser Tage das Merkwürdige, daß eines der nationalistischen Organe, die „Colmarer Rundschau“ des kirchlichen Colmarer Abgeordneten Herr, die Landtagskandidatur der drei Nationalisten Blumenthal, Käbler und Freiß, die sämtlich bisher dem Landesauschuß angehört, mit den Worten anpries:

„Sollen wir etwa solche Personen, welche die Regierung zu erster Arbeit gewiß selber wünscht, bekämpfen?“

Dieser Aufmarsch der nationalistischen „Republikaner“ Blumenthal, Käbler und Freiß im gouvernementalen Mantelchen ist umso überwältigender, als ihre „erste Arbeit“ im verflochtenen Landesauschuß bekanntlich zumeist in der sensationellen Ausschloßung von großen und kleinen politischen Vollgelehrten im Lande bestand, derart, daß noch dieses Jahr vor lauter „Fällen“ durch die Schuld der Abgeordneten wie der Regierung der Landesauschaltbestand erst viele Wochen nach Beginn des neuen Staatjahres fertig werden konnte. Die Regierung und diese Opposition sind einander wert!

Ein politischer Ahasver.

Noch immer hat der große Wassermann keinen Wahlkreis gefunden, dessen Mandat ihm sicher ist. Das beweist die „Süddeutsche Nationalliberale Korrespondenz“ zu folgender komischen Jeremiade:

„Es ist etwas Tragisches um Herrn Wassermann und seine Mandatschwierigkeiten, und etwas, das bis zu einem gewissen Grade der ganzen Partei peinlich ist. Eigentlich hat er noch nie auf ernstem Kampfe sich eingelassen, weder in Jena noch in Frankfurt, obwohl in beiden Fällen die Lage nicht gerade verzweifelt für ihn war. In Hoyerwerda freilich liegen ja die Dinge anders, und da kommt das zweite tragische Moment zum Ausdruck: daß nämlich gerade der so sehr fähigste Freisinnler es ist, der Herrn Wassermann gestanden hat, einmal auf die Mandatsuche zu gehen; schon am Tage der Wahl waren sich die Notzenburger Freisinnigen darüber einig, daß sie eine solche „Dummheit“, wie das Eintreten für Wassermann, nicht noch einmal begehen würden. Gleichwohl widmet die Nationalliberale Presse — das „Berliner Tageblatt“ prägte 1907 das schöne Wort vom „irrenden Ritter“ — dem Führer der befreundeten Partei Leitartikel mit wohlwollenden Ueberschriften wie: „Ahasver vom Meißel“. Es ist charakteristisch für die Auffassung des Freisinnigen von der Parität in der liberalen Einigung, daß unter ihrem Zeichen nicht einmal ein sicherer Sitz für unseren Führer gefunden werden kann. Als es sich um die Zurückziehung der nationalliberalen Kandidatur in Nordhausen, dem Wahlkreise Wiemers, handelte, da konnte man alle Tage in Freisinnblättern lesen, was für eine schmachvolle Auffassung von Einigungsgedanken es doch sei, wenn man sich nicht einmal die Siege der Führer gegenseitig garantiere. Und unsere Parteileitung, die nun einmal aus Gemütsmenschen besteht, tat ihr Bestes, und die Kandidatur Trittel wurde abgelehnt. Herr Wassermann aber erhält keinen Sitz garantiert; der Herold der liberalen Einigung muß sich, wenn überhaupt, von der Schwerindustrie Gnaden sein Mandat erwerben. Ein hübscher und lehrreicher Beitrag zu der von uns so oft gelobten Einigungsidee, der sehr wohl erzieherisch wirken könnte, es aber schwerlich tun wird.“

Anstatt die Freisinnigen sollte das nationalliberale Organ die korrupten verrotteten Zustände in der eigenen Partei dafür verantwortlich machen, daß ihr Führer erfolglos nach einem sicheren Mandat ausschaut. Ist denn unter den politischen nationalliberalen Kullen, die in einigemmaßen sicheren nationalliberalen Wahlkreisen gewählt sind, keine einzige, die so viel Opferwilligkeit besitzt, mit Zustimmung der Wähler dem Führer der Partei das Mandat bei der nächsten Reichstagswahl abzutreten?

Nationalliberaler Parteitag für Brandenburg.

Sonntag, den 27. August, findet eine Vertrauensmännerkonferenz der nationalliberalen Partei der Provinz Brandenburg und Berlins statt, die sich mit der auswärtigen Politik, besonders mit der Marokkofrage beschäftigen soll.

Der bayerische Landtag

ist auf den 20. September einberufen worden. Die ersten Tage der Verhandlungen werden durch Interpellationen ausgefüllt werden, so insbesondere durch eine Interpellation

über den jüngsten Ministerialerlaß gegen den Süddeutschen Eisenbahnerverband und weiterhin eine Interpellation über den durch die anhaltende Dürre hervorgerufenen Notstand.

Die Handhabung des Reichsvereinsgesetzes

wird jetzt auch den Fortschrittlern un bequem. Im Kreis Grünberg veranlaßte die Fortschrittler eine Versammlung und wählten sie rechtzeitig beim Amtsvorsteher an, der jedoch unterließ, die erforderliche Bescheinigung auszustellen. Die Versammlung wurde abgehalten. Hierauf erhielten die Veranlasser aber eine Anklage wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes. In der Voruntersuchung bestritt der Amtsvorsteher V a r t i s h - B i r n i g, eine Anzeige über die anberaumte politische Versammlung erhalten zu haben. Vor dem Schwurgericht K o n t o p p wurde jedoch durch den Angeklagten zweifelsfrei nachgewiesen, daß der Brief mit der Anzeige durch die Post zur Abwendung gelangt sei. Unter Eid mußte schließlich der Amtsvorsteher den Eingang des Schreibens zugeben. Er leitete seine Aussage mit den Worten ein: „Wenn ich die Wahrheit sagen soll . . .“ Selbstverständlich erfolgte darauf durch den Richter ein nicht mißzuverstehender Hinweis, daß er die volle Wahrheit zu hören erwarte, da die Aussage unter Eid erfolge. Auch wurde der Zeuge an seine Aussage in der Voruntersuchung, die gegenteilig lautete, erinnert. Hätte er damals den Eingang des Schreibens zugegeben, so wäre es gar nicht zur Hauptverhandlung gekommen.

Der Angeklagte mußte natürlich auf Grund der Beweisaufnahme freigesprochen werden, und es wurden nicht nur die Kosten des Verfahrens, sondern auch die Kosten der Verteidigung, sowie die baren Auslagen des Angeklagten der Staatskasse auferlegt. Seiner Dienstanweisung gemäß legte darauf der Amtsvorsteher gegen das schöffengerichtliche Urteil Berufung ein. Sie wurde aber von der Staatsanwaltschaft W l o g u n noch vor der Hauptverhandlung zurückgezogen, so daß das freisprechende Urteil Rechtskraft erlangt hat.

Folgen der Maul- und Klauenseuche.

Wie aus Kopenhagen gemeldet wird, hat infolge der in Deutschland auftretenden Maul- und Klauenseuche heute der dänische Landwirtschaftsminister die den Viehquarantäneanstalten in Apenrade, Hensburg, Kiel, Lübeck und Rostock erteilte Erlaubnis widerrufen, nach Deutschland ausgeführt, dort aber zurückgewiesenes Vieh nach Dänemark zurückzubringen.

Die Maßregel bedeutet, daß die ohnehin ziemlich geringe Vieheinfuhr aus Dänemark auf ein Minimum eingeschränkt wird.

Wie gelogen wird!

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“, das Organ des vielseitigen Journalisten Paul Liman alias Saul Liepmann teilt folgendes mit: „Der Rücktritt des Gouverneurs v. Truppel, der zehn Jahre lang seinen Posten innegehabt hat, und dem Tsingtau unendlich viel verdankt, war bei ihm in dem Moment beschlossene Sache, da ihm die Kommission des Reichstages seine Dispositionsgelder um 10 000 M. gekürzt hat, obwohl ganz besondere Anforderungen der Repräsentation gerade an den Gouverneur von Kiautschou gestellt werden und unter Ansehen im fernem Osten es dringend erheischt, daß wir gegenüber anderen Nationen gerade auf diesem Gebiet nicht inaufern. . . .“ Es bleibt höchst bedauerlich, daß wir infolge jenes Reichstagsbeschlusses einen so bewährten Gouverneur aus dem Reichsdienste verlieren.“

Genau das Gegenteil von dem ist richtig. Es ist schon mehrfach in der Budgetkommission des Reichstages versucht worden, die enorm hohen Repräsentationskosten des Gouverneurs von Kiautschou zu kürzen, gerade aber mit Rücksicht darauf, daß Admiral Truppel diesen Posten schon längere Zeit bekleidete, hat die Mehrheit der Budgetkommission stets von Abstrichen abgesehen. Erst als in diesem Frühjahr bekannt wurde, daß Admiral Truppel auf alle Fälle zurücktreten wird, hat die Budgetkommission den Beschluß gefaßt, die Repräsentationskosten seines Nachfolgers um 10 000 M. zu kürzen. Es ist also direkt gelogen, wenn das Limesblatt eine andere Darstellung des Vorfalls gibt.

Ein militärischer Erzieher.

„Gefindel, Verbrecher, niederwertiger Kerl, der Du wert bist, daß Dir die Rafe abfaßt,“ solche und ähnliche Nebenarten hatte der Torpedo-Obermaschinenführer Schumann am großen Kreuzer „Blücher“ einem Torpedo-Oberheizer an den Kopf geworfen und ihn dann noch mit der Faust auf die Rafe geschlagen, daß sie blutete. Als Grund für diese Rauferei gab er an, daß der Oberheizer seine Veschle widerwillig und so langsam ausgeführt habe. Das Kriegsgericht der Aufklärungsschiffe verurteilte den Soldatensinder zu einer Festungshaft von 45 Tagen. Von einer Gefängnis- oder sonstigen Ehrenstrafe sah es ab, weil der Angeklagte sich gut geführt habe. Der Herr Obermaschinenführer kann also nach Abbüßung der Haftstrafe seine „Erziehungserbteil“ fortsetzen.

Marokko.

Die Kuruzen in Tarudant.

London, 22. August. Wie der „Morning Post“ aus Tanger gemeldet wird, steht jetzt fest, daß die allgemeine Lage in Tarudant weit ernster ist, als man ursprünglich angenommen hat. Mehrere hundert Saurakute haben, unterstützt durch die Bevölkerung der Stadt, nach einem heftigen Kampfe mehrere wichtige Punkte innerhalb der Stadt besetzt. Die Zahl der bei dem ersten Angriff Getöteten beträgt 46. Der Gouverneur hat die Europäer ersucht, in der Zitadelle Zuflucht zu nehmen.

Das Vorgehen der Spanier.

Tanger, 20. August. Eine spanische Truppenabteilung unter dem Kommando von Oberst Ehlbestre, Hauptmann Duilo und von sechs Offizieren ist vor Azila eingetroffen und lagert außerhalb der Stadt.

Persien.

Ein Attentat.

Teheran, 21. August. In den Gebirgen Maganderans haben zwischen den Truppen des früheren Schahs und denen der Regierung verschiedene Gefechte stattgefunden, denen aber keine entscheidende Bedeutung zukommt. Es scheint, daß man den früheren Schah langsam umzingeln will, da auch in Warferusch und Sari nationalistische Truppen erschienen sind, während der frühere Schah sich bei Savadka verschanzt hat. Auch auf der Straße nach Kum sind Truppen vorgeschoben.

Der Kampf gegen den Schah.

Teheran, 22. August. Zwischen den Truppen der Regierung und denen des früheren Schahs soll bei Warferusch ein Kampf stattgefunden haben, bei dem die Regierungstruppen einen vollen Sieg davongetragen hätten. Sardar Aschad, einer der Hauptführer des früheren Schahs, soll Semnen geräumt haben und mit 150 Mann in die Berge geflohen sein.

Täbris, 22. August. Auf den in Erarab (Provinz Azerbeidschan) weilenden Gouverneur von Maragha Schahscha ed Daulch wurde ein Mordanschlag verübt. Der Gouverneur blieb unverletzt. Die Täter, drei Armenier und ein Tatar, wurden hingerichtet.

Gewerkschaftliches.

Ein Lärmschuß.

Aus Erfurt wird gemeldet:

Der Verband Thüringer Metallindustrieller hat bei dem Gesamtverbande Deutscher Metallindustrieller eine Gesamtaussperrung in der deutschen Metallindustrie beantragt.

Mit diesem Antrage dürften die Thüringer kaum Erfolg haben, sie rechnen auch wohl nur mit einer Schreckwirkung! Warum sollte eine Generalaussperrung erfolgen? Es fehlt dafür an Gründen für den Gesamtverband, oder aber er müßte schon den Grundgedanken vertreten: Wir veranstalten eine Nachtprobe! Das würde natürlich in den weitesten Kreisen eine große Erregung und Unzufriedenheit erregen. Materielle Gründe kann man aber für eine Generalaussperrung, die übrigens den Arbeitern gerade nicht unangelegentlich käme, nicht anführen. Daß in zwei kleinen Betrieben in Thüringen mit kaum einem Dutzend Arbeitern die Unternehmer keinen Frieden machen wollen und daß in Leipzig die als notwendig anerkannte Regelung der Arbeitsverhältnisse in der Selbstmetallindustrie grundsätzlich nur nicht mit dem Metallarbeiterverbande vorgenommen werden soll, das kann man doch nicht als eine Begründung für eine 1/2 Million Arbeiter umfassende Aussperrung angeben. Und andere Vorwände hat man nicht! Zudem herrscht in den Kreisen der Metallindustriellen auch zu wenig Neigung, um eines an den Haaren herbeigezogenen Nachtkampfes die günstige Konjunktur unausgenutzt zu lassen. Nochten Generalaussperrungsneigungen und -wünsche bestehen, die Erfahrungen und die ruhige Ueberlegung haben sie auf ein Minimum beschränkt, das keinen Weltbrand mehr entfesseln kann.

Berlin und Umgegend.

Die Tarifbewegung der Elektromonteur.

Eine sehr stark besuchte Versammlung der Elektromonteur und Hilfsmonteur fand am Dienstagabend im großen Saale der Brauerei Friedrichshain statt. Otto Handke vom Deutschen Metallarbeiterverband erstattete Bericht über die Antwort der Unternehmer auf den vorgelegten Tarifentwurf, der in der Versammlung vom 10. August die allgemeine Zustimmung der Arbeiter gefunden hatte. Der Entwurf war an etwa 350 Unternehmer gelangt worden und bis zum 17. August hatte man um Antwort gebeten. Eine Antwort erfolgte nicht oder vielmehr hinter verschlossenen Türen, denn am 14. August fand eine geheime Versammlung der Vertreter der Installationsfirmen Berlins und Umgegend statt, an der etwa ein Drittel der Unternehmer teilnahmen und die sich mit den Forderungen der Arbeiter beschäftigte. In dieser Versammlung wurde beschlossen:

1. Dem Deutschen Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin, auf sein Schreiben betr. Tarifverträge für Elektromonteur und Hilfsmonteur nicht zu antworten.
2. Tarifverträge weder mit dem Metallarbeiterverband noch mit den Angestellten abzuschließen.
3. Weder mit dem Metallarbeiterverband noch mit den Angestellten einen Mindestlohn zu vereinbaren oder festzusetzen.
4. Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse, wenn und soweit den Anwesenden solche nach reiflicher Prüfung angebracht erscheinen, in den nächsten Tagen vorzunehmen.
5. Im Streikfalle jeden Arbeiter, der streikt, der Geschäftsstelle zu melden und Arbeiter von bestreikten Firmen unter keinen Umständen vor Beendigung des Streiks einzustellen.
6. Im Streikfalle Arbeiten, welche bei einer bestreikten Firma wegen des Streiks nicht ausgeführt werden, nur nach Verständigung und mit Zustimmung dieser Firma zu übernehmen.
7. Ueber die heutige Versammlung keine Mitteilung an die Presse gelangen zu lassen.
8. Ueber den Inhalt der heutigen Verhandlungen strenges Stillschweigen zu bewahren. Das Ergebnis der Verhandlungen den eingeladenen Firmen schriftlich mitzuteilen, die nicht erschienenen Firmen aufzufordern, sich durch Unterzeichnung einer Erklärung den Beschlüssen zu fügen.
9. Die Einberufer der Versammlung (Verband der elektrotechnischen Installationsfirmen, Siemens Schudert-Werke, Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft) werden ersucht, als Geschäftsstelle tätig zu sein und ermächtigt, auf Wunsch weiterhin notwendig werdende Versammlungen einzuberufen. Alle wichtigen Nachrichten sollen an die Adresse des Herrn Dr. Zellinger, Berlin SW., Alalanischer Platz 3, gerichtet werden.

Auf Vorschlag mehrerer Teilnehmer der Versammlung wurde eine Kommission gewählt, welche ohne Zusammenhang mit der bevorstehenden Lohnbewegung über die Arbeitsverhältnisse in den elektrotechnischen Installationsbetrieben beraten soll und zu welcher der Verband der elektrischen Installationsbetriebe zwei, die Firmen Siemens Schudert Werke, die A. E. G., Rig u. Genest, Deutsche Telefonfabrik A. G., vormals J. Berliner, Deutsche Telefonwerke Schrade u. Co., Gebauer u. May, F. Siemundt, Siegfried Baumann je einen Vertreter stellen sollen.

Das was der Bericht über die geheime Versammlung, der von Otto Handke nach dem Protokoll vorgelesen und dann scharf kritisiert wurde.

Handke legte den folgenden Beschluß der Vertrauensmänner vor:

Die Vertrauensmännerkonferenz der Elektromonteur und Hilfsmonteur erkennt an, daß nach Lage der Sache die Haltung eines Teiles der Arbeitgeber vollständig unberechtigt und unverständlich ist.

Da aber eine einseitige Arbeitsniederlegung mit Rücksicht auf die gegenwärtige Situation, bei einer Anzahl Arbeitgeber sowohl wie Arbeitnehmer, gegenwärtig nicht tunlich erscheint, so wird die Agitationskommission beauftragt, die Verhandlungen dort wo es angingig ist, fortzusetzen, gleichzeitig aber auch bevollmächtigt, den Streik bei den Firmen, wo es angebracht und notwendig ist, von den betreffenden Kollegen beschließen zu lassen.

Die Versammlung nahm dann die folgende Resolution an:

Die am 22. August stattgefundene öffentliche Versammlung der Elektromonteur und Hilfsmonteur Berlins und Umgegend erklärt sich mit der Resolution der Vertrauensmänner in allen Teilen einverstanden. Die Kollegen verpflichten sich, gleichzeitig bei welcher Firma sie auch arbeiten, zu jeder Zeit den Ruf der Organisation Folge zu leisten und die von der Organisationsleitung vorgeschlagenen Maßnahmen auszuführen.

Ferner verpflichten sich die Kollegen die im Streik befindlichen Berufsangehörigen in jeder Hinsicht zu unterstützen, und alles daran zu setzen, daß die diesjährige Lohnbewegung der Berliner Elektromonteur mit einem anerkenntenswerten Erfolg abgeschlossen wird.

Zur Lage der Zigarrenarbeiter in Groß-Berlin.

Wie den Lesern des „Vorwärts“ bekannt sein dürfte, ist die Lage der Tabakarbeiter in Deutschland eine tieftraurige; die der Tabakarbeiter Berlins aber im besonderen ist fast unerträglich geworden. Die Fabrikanten Groß-Berlins haben es verstanden, die der Tabakindustrie auferlegten neuen Lasten in rigorosster Weise auf die Arbeiter abzuwälzen.

Man müßte die geschlossene Lage weidlich aus, indem man ein im Verarbeiten immer schlechteres, weil billigeres, Rohmaterial den Arbeitern verwenden ließ, wodurch der so schon geringe Verdienst noch mehr beeinträchtigt wurde. Wochenverdienste von 10, 14, 16 Mark sind an der Tagesordnung. Wohl gibt es Ausnahmen, aber nur gerade so viel, um die Regel zu bestätigen. Annähernd unerträglich.

Verantw. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inzeratenteil verantw.: H. Wode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druck- u. Verlagsanstalt

liche Verhältnisse gibt es in den anderen Branchen Berlins wohl kaum. Lauf- und Arbeitsbüchsen werden solche Löhne nicht zugemutet. Den Widelmachern werden Arbeiten zugemutet wie Einlage rippen, Einlage trocken u. s. f., die bei der Lohnbemessung gar nicht in Betracht gezogen werden.

Solche Arbeitsverhältnisse und Entlohnungen müssen vertörend wirken. Von dieser Erkenntnis durchdrungen, sah sich vor kurzem eine hauptsächlich von Zigarrenarbeitern besuchte Mitgliederversammlung des Deutschen Tabakarbeiterverbandes in Berlin veranlaßt, einem in seinen Einzelheiten schon durchgesehenen Tarifvorschlag einstimmig zuzustimmen. Es ist hohe Zeit, daß ein Wandel zum Besseren eintritt. Eine am Mittwoch, den 23. August, abends 8 Uhr, bei Dräsel, Neue Friedrichstraße, stattfindende öffentliche Versammlung der Tabakarbeiter Groß-Berlins wird erneut und ausschließlich sich mit der Tariffrage beschäftigen, und sei an dieser Stelle darauf hingewiesen.

Verichtigung. Wir werden um Aufnahme des Folgenden ersucht: Unter „Gewerkschaftliches“ in der Nr. 190 Ihres Blattes brachten Sie einen Artikel, dessen Inhalt nicht der Wahrheit entspricht und ersuche ich demzufolge um gest. Verichtigung.

Es wurde die Arbeit am 14. d. M. bei mir von den Leuten nicht niedergelegt, sondern wurden dieselben mangels genügender Arbeit von mir entlassen und ferner besteht auch keine Umgehung des Tarifvertrages, sondern erhalten meine Leute auf angeführtem Bau nicht 70 Pf., sondern 85 Pf. Stundenlohn.

Ich hoffe, daß Sie meine Verichtigung in nächster Nummer Ihres Blattes aufnehmen und zeichne

Hochachtung

Ferd. Reumann.

Achtung, Schuhmacher! Bei der Firma Spiegel, Greifswalder Straße 224, haben die Kollegen und Kolleginnen die Arbeit niedergelegt. An die vor kurzem stattgefundenen Lohnsitzungen sind nun noch anschließende Maßregelungen sind die Ursache. Wir ersuchen um strenge Fernhaltung des Fußganges.

Zentralverband der Schuhmacher. Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Freiseurgehilfen! Für Verbandsmitglieder gesperrt: Hoppmann, Viebigstr. 14. Wiedermann, Rodenbergstr. 7. Bewilligt hat Thiele, Lorestr. 4; Sachs, Stallschreiberstr. 12; Rinder, Waldenser Str. 12; Graf, Schulzenborfer Str. 17a.

Verband der Freiseurgehilfen.

Deutsches Reich.

Zur Metallarbeiterbewegung in Hagen.

Nachdem die Belegschaft der Firma Vobermann in beiden Werken gekündigt hatte, sah sich der Firmeninhaber veranlaßt, Zugeständnisse zu machen. Ein Vogelwanger Werk wurde anstatt der geforderten achtstündigen, die zehnstündige Lohnzahlung eingeführt. An Sonnabenden ist um 4 1/2 Uhr Feierabend; der Tag wird voll bezahlt. Den Hilfsarbeitern wurde eine Lohnzulage von 25 Pf. bewilligt. Die Spezialwünsche der Former wurden durchweg bewilligt. Für Ueberstunden werden in Zukunft 15 Proz., für Nachtarbeit 25 Proz., für Sonntagsarbeit 40 Proz. Zuschlag gezahlt. Wenn diese Zugeständnisse auf das Gevelsberger Werk übertragen werden, wird dadurch die Bewegung beendet sein. — Bei der Firma Wittmann Nachf. ist es bis jetzt noch nicht zu einer Einigung gekommen. Das Bewilligte war demnach minimal, daß die Arbeiter unter keinen Umständen damit einverstanden sein konnten.

Eine Abwehrmaßregel. Die Gauleitung des 4. Bezirks im Metallarbeiterverband hat zur Abwehr des Terrors der Metallindustriellen den Verbandsmittgliedern empfohlen, auf die Frage der Unternehmer nach der Organisationszugehörigkeit zu antworten, sie seien nicht organisiert. Da aber die Unternehmer den Richterorganisierten Geldunterstützung gewähren und dabei bemerken, daß jeder Organisierte, der sich als Richterorganisierter bezeichne, des Betrugsverdachts schuldig mache und seine Verstrafung zu gewärtigen habe, so fordert die Bezirksleitung die Mitglieder auf, das erhaltene Geld sofort im Verbandsbureau abzuliefern, wo der Betrag unter Aufsicht des Namens in eine Liste eingetragen und dann zur Verfügung des betreffenden Unternehmers bei Gericht deponiert wird. Die Gauleitung bemerkt dazu, daß dieses Vorgehen durchaus zu rechtfertigen sei, weil die Unternehmer ihr wirtschaftliches Uebergewicht benutzen, um von den Arbeitern eine Erklärung zu erpressen, wozu sie keineswegs berechtigt sind.

Ein „greifbarer“ Arbeitswilliger!

Bei dem Streik in der Schiffsfabrik Dorndorf in Oreslau im Herbst 1910 hatte sich auch eine Anzahl jener Arbeitswilliger eingefunden, die in Friedenszeiten der Arbeit aus dem Wege gehen, bei Streiks aber den Kämpfenden in den Rücken fallen. Des Wohlwollens und der Gunst der Chefs wie der Meister sind berartige Elemente meistens sicher. So auch hier. An noble Passionen gewöhnt, reichte der Verdienst während des Streikbruchs nicht aus, und so wurde das Vertrauen reichlich wahrgenommen. Die Gelden „landen“ fertige Schuhe, Leisten, Oberleder und Unterleder und dergleichen im Korb, bis die Polizei dieser „Fünderei“ eines Tages ein Ende machte und eine Menge der gestohlenen Sachen aus einer Streikbrecherwohnung herausholte. Einer dieser Arbeitswilligen und dazu Streikbrechervermittler, R. Urbanek, stand dieser Tage vor dem Breslauer Schöffengericht, um sich wegen Diebstahls zu verantworten. Er gestand. Auf die Frage, zu welchem Zwecke er ein langes Arbeitsmesser „gefunden“ habe, erklärte er: als „Schuß“ gegen die Organisierten! Das Gericht verurteilte ihn zu fünf Tagen Gefängnis; der Staatsanwalt hatte eine Woche beantragt. Wegen Verleumdung und Bedrohung dieses Arbeitswilligen wurde seiner Zeit ein Streikender zu der hohen Strafe von zwei Monaten acht Tagen Gefängnis verurteilt. Von — Rechts wegen!

Straßenbahnerstreik.

Saarbrücken, 22. August. (W. L. V.) Die hiesigen Straßenbahnbeamten beschlossen in einer gestern abgehaltenen Versammlung, in den Ausnahmestunden zu treten, weil die Straßenbahnverwaltung ihren Wünschen auf Regelung der Lohn- und Dienstverhältnisse nicht nachgegeben sei. Dem Beschluß entsprechend ruht seit heute früh jeder Verkehr auf den Straßenbahnlinien.

Die Forderungen der ausständigen Straßenbahner sind Lohn- und Gehaltserhöhung, Verkürzung der Dienstzeit von 14 auf 10 Stunden sowie ein freier Sonntag im Monat. Die Direktion erklärte sich mit der Lohn- und Gehaltserhöhung grundsätzlich einverstanden. In einer gestern stattgehabten Besprechung zwischen den Straßenbahnern und der Direktion verlangten die Straßenbahner die Hinzuziehung des christlichen Gewerkschaftsführers zu den Verhandlungen, was die Direktion ablehnte. Der Straßenbahnbetrieb wird zurzeit von den Bureauangestellten notdürftig aufrechterhalten. Die Direktion beabsichtigt, falls man nicht bald zu einer Einigung gelangt, Personal von auswärts heranzuziehen. Die Polizei hat Schaulente bei der Zentrale und den wichtigsten Kreuzungen aufgestellt. — Warum?

Ausland.

Beendigung der norwegischen Massenaussperrung.

Kristiania, 21. August. Nachdem schon am Donnerstag die beiden Organisationen sich geeinigt hatten, einen neuen Vorschlag der Schlichtungsmänner, der hauptsächlich den Vergewaltigungskontingente unter den Mitgliedern zur Abstimmung zu bringen, führten die Verhandlungen der nächsten Tage dazu, auch den Konflikt in der Papier- und Zellulosebranche vorläufig beenden zu können. Hier war der Tarifvertrag von den Arbeitgebern gekündigt worden, dieser lief aber erst während der Aussperrung ab. Die Arbeitgeber planten Lohnreduktionen. Nun wurde vereinbart, daß auch in dieser Branche die Aussperrung sofort aufgehoben, die Arbeit zu den alten Tarifverträgen fortgesetzt und bezüglich der neuen Tarife die Verhandlungen fortgesetzt werden, wobei Garantien geschaffen sind, daß sie zu einer friedlichen Einigung führen werden. Da die bisher vorliegenden Resultate der

Abstimmung unter den Vergewaltigern es schon als zweifellos ergehen, daß der Vermittlungsvorschlag von den Vergewaltigern angenommen ist, wird morgen die Aussperrung auf der ganzen Linie aufgehoben und Mittwoch oder Donnerstag die Arbeit aufgenommen werden.

Für die Arbeiterschaft bedeutet dieser Ausgang einen Sieg und eine glänzende Abwehr des Ueberfalls durch die Scharfmacher. Diese hatten die Baugewerkschaften gekündigt, um eine Reduktion der Mindestlöhne herbeizuführen, der Kampf endete mit einer Erhöhung der Mindestlöhne. Sie hatten sich geweigert, den zwischen Arbeitern und Arbeitgebern in so langen abgeschlossenen Tarifverträgen anzuerkennen, sie akzeptieren ihn jetzt ohne Änderung. Die dritte Streitfrage, der garantierte Mindestlohn, wird einem Schiedsgericht zugewiesen, das aus den beiden Schlichtungsmännern besteht, die den von den Arbeitgebern abgelehnten Mindestlohn prinzipiell anerkennen. So wird auch diese Frage zweifellos zugunsten der Arbeiter entschieden werden.

Kein agitatorisch gesehen kann die Arbeiterschaft den Scharfmachern für diesen probierten Kampf dankbar sein. Die Unorganisierten sind durch ihn zum Klassenbewußtsein aufgerüttelt worden, schließen sich an die Organisationen und diese treten gestärkt aus dem langen, harten Kampfe hervor.

Vom Streik der italienischen Eisenarbeiter.

Rom, den 20. August 1911.

Die Streiklage auf der Insel Elba und in Piombino gibt zu Besorgnissen Anlaß. Man hat, wie wir bereits meldeten, die Nachrichten verbreitet, daß im Laufe dieser Woche aus Deutschland Streikbrecher eingeführt werden sollen, was natürlich zu großer Erregung Anlaß gibt und eine nicht geringe Gefahr für die öffentliche Ordnung darstellt. Der Republikaner Ghiesia hat an Giolitti telegraphiert, ihn auf diese Gefahr aufmerksam gemacht und die Regierung aufgefordert, ihr vorzubeugen. Im Widerpruch zu der Drohung, ausländische Streikbrecher einzuführen, steht eine andere an sich ebenfalls äußerst ernste Tatsache, nämlich die Entlassung des gesamten Verwaltungspersonals der Eisenwerke, die unter Auszahlung der üblichen Entschädigung von drei Monaten Gehalt am 19. d. Mts. erfolgt ist. Die Streikenden ihrerseits rechnen auch mit längerer Dauer des nun schon 45 Tage währenden Konfliktes, denn sie beginnen ihre Kinder nach auswärts in Genossenschaftsfamilien zu versenden, in ähnlicher Weise, wie das vor zwei Jahren bei dem großen Streik der Eisenwerke in Terni geschehen ist. In verschiedenen Orten des Streikgebietes ist es zu leichten und unblutigen Konflikten mit der Polizei gekommen, aber es läßt sich nicht verkennen, daß die Situation mit jedem Tage gespannter wird.

Straßenbahner im Streik.

Wien, 22. August. Wie die „Neue Freie Presse“ aus Trieste meldet, ruht dort der Straßenbahnverkehr, da heute früh die Straßenbahnbediensteten in den Ausnahmestunden getreten sind, nachdem ihre Forderungen betreffend Lohn- und Gehaltserhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit seit neun Monaten abschlägig beschieden worden waren.

Letzte Nachrichten.

Die Streikdebatte im englischen Unterhaus.

London, 22. August. Im weiteren Verlauf der Unterhausdebatte über die Streikbewegung (siehe auf Seite 2) erklärte Ramsay MacDonald, der Vergleich könne von beiden Seiten als Friedensbürgschaft angenommen werden. Er betonte, daß besonders das Entgegenkommen der Vertreter der Eisenbahngesellschaften und die Haltung der Arbeiter in der Konferenz am Sonnabend den Vergleich verhältnismäßig leicht gemacht hätten. Wenn auch die zukünftigen Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern durch dieselbe Gesinnung charakterisiert würden, so habe man in der gegenwärtigen Generation den letzten Eisenbahnerstreik erlebt. MacDonald kritisierte sodann scharf die Politik, die von Churchill während des Streiks befolgt worden sei. Das Ministerium des Innern habe während der Unruhen eine sehr verwerfliche Rolle gespielt. Ferner protestierte er gegen die umfangreiche Verwendung von Truppen. Die organisierte Arbeiterschaft werde es nicht dulden, daß das bürgerliche Leben streikender Arbeiter durch unnötige Truppenentsendung gestört würde.

Auf die Kritik MacDonalds erteilte Churchill eine energische Antwort und verteidigte die Haltung der Regierung. Er betonte, daß eine fortgesetzte Störung des Eisenbahnverkehrs Beschäftigungslosigkeit und Hungernot in großen Teilen des Landes hervorgenerfen hätte in so wirksamer Weise einen Druck auf die große Bevölkerung des Landes ausüben können. Ich weiß keinen Fall in der Geschichte, sagte Churchill, wo eine solche Katastrophe jemals ein großes Gemeinwesen bedroht hat. Ich erkenne an, daß die Eisenbahner im ganzen Lande nichts zu tun haben mit der Schmach und Schande des Auftrahrs und der Vorfälle der Unordnung, für die die Verantwortung gewissen Personen zugeschrieben werden muß. Aber es wäre möglich, zu behaupten, daß der Ausstand ohne Gewalttätigkeit durchgeführt worden sei. Die Regierung hat weder für das Kapital noch für die Arbeiter Partei ergriffen, sondern sich auf die Seite des Volkes gestellt (Weisfall), und wir sind bereit, stark und vertrauensvoll jedem Angriff und jedem Vorwurf zu begegnen, da wir als Bevollmächtigte verantwortlich sind für die Wohlfahrt und Sicherheit des Volkes. Nur an dieses und seine Lebensinteressen denken wir und haben versucht, unsere Pflicht zu erfüllen. (Lauter Weisfall.)

Leonardo da Vinci Gioconda verschwunden.

Paris, 22. August. (W. L. V.) Heute nachmittag nahmen die Diener des Louvre-Museums zu ihrer größten Verstärkung wahr, daß eines der berühmtesten Bilder der Sammlung, die Gioconda von Leonardo da Vinci verschwunden war. Von dem Bilde, das im Salon de Paris den Ehrenplatz eingenommen hatte, war nur der Rahmen zurückgeblieben. Der Polizeipräsident, der hiervon verständigt wurde, ließ sofort die Gallerieräume und das Louvre-Museum absperren. Man glaubte zuerst, daß einige Photographen, welche die Reproduktion zur Reproduktion der Gioconda erhalten hatten, das Bild vielleicht in ihr Atelier geschafft hätten, doch stellte sich diese Annahme als Irrtum heraus.

Man hält es kaum für möglich, daß ein wirklicher Diebstahl vorliegt, da es ausgeschlossen erscheint, dieses weltberühmte Bild zu Gelde machen zu können. Es heißt, auf der Polizei neige man zu der Ansicht, daß es sich um den schlechten Scherz eines Reporters handle, der hierdurch nachweisen wollte, daß die Ueberwachung des Louvre-Museums, die schon oft gerügt wurde, in der Tat eine sehr mangelhafte sei.

(Das Gemälde stellt das Brustbild der Mona Lisa, der schönen Frau des Francesco del Gioconda dar und gehört zu den bedeutendsten Schöpfungen des Künstlers.)

Wie ein weiteres Telegramm meldet, dürfte sich nach Ansicht der Louvrebeamten der Dieb während der Reinigung des Saales eingeschlichen, das Bild während der Nacht aus dem Rahmen gehoben, die Einfassung teilweise zerstört und sich mit der zusammengekauerten Leinwand entfernt haben.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1910.

Das Krisenjahr 1908 hatte für die Gewerkschaften die zwar erklärliche, aber doch recht unerfreuliche Folge, daß die Zahl ihrer Mitglieder — soweit sie der Generalkommission angeschlossenen Verbände in Frage kommen — um 33 700 zurückging. Doch schon im Jahre 1909 war diese Krisenerscheinung soweit überwunden, daß man den wieder beginnenden Aufstieg deutlich erkennen konnte. Die Mitgliederzahl war gegen das Vorjahr um 936 gestiegen. Die Hoffnungen, welche an die Besserung der wirtschaftlichen Konjunktur in Verbindung mit der regen Agitationsarbeit der Gewerkschaften geknüpft werden konnten, haben sich erfüllt. Die kürzlich erschienene Statistik der Generalkommission zeigt ein recht erfreuliches Bild von dem Wachstum der ihr angeschlossenen Gewerkschaften. Deren Mitgliederzahl hat sich im Jahre 1910 gegen das Vorjahr um 184 631 vermehrt und damit die statische Zahl von 2 017 298 Mitgliedern erreicht.

Die dürftig nehmen sich dagegen die Zahlen der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine und der christlichen Gewerkschaften aus. Die ersteren verfügten am Schluß des Jahres 1910 über einen Mitgliederbestand von 122 571. Die freien Gewerkschaften haben also in einem Jahre weit mehr neue Mitglieder gewonnen, als wie die Gewerksvereine überhaupt ihr eigenes. Nicht viel besser steht es mit den christlichen Gewerkschaften. Sie hatten am Schluß des Jahres 1910 insgesamt nur 295 129 Mitglieder. — Die angeführten Zahlen reden eine deutliche Sprache. Die deutschen Arbeiter haben längst erkannt, daß nur die freien Gewerkschaften als wirkliche Interessenvertretungen der Arbeiter angesehen werden können. Deshalb hat sich die Arbeiterkraft, soweit sie den Wert der Organisation begriffen hat, den freien Gewerkschaften zugewandt und die Gewerksvereine sowie die christlichen Gewerkschaften führen ein bedeutungsloses Dasein, obgleich sie vielfach von Unternehmern und Behörden begünstigt werden, während man den freien Gewerkschaften alle möglichen Schwierigkeiten zu machen sucht. Also den freien Gewerkschaften gehört das Feld, wie die Zahlen beweisen.

Die Mitgliederzahl der der Generalkommission angeschlossenen Organisationen ist eigentlich noch um einige Tausend höher wie angegeben, denn in der Statistik ist der Verband der Landarbeiter mit 11 233 und der Verband der Hausangestellten mit 4901 Mitgliedern nicht aufgeführt, weil diese Organisationen sich nicht derselben Kampfmittel bedienen können wie die industriellen Arbeiter und deshalb nicht mit diesen in eine Reihe gestellt werden konnten.

Die Zahl der Verbände, welche der Generalkommission angeschlossenen sind, hat sich infolge einiger Verschmelzungen von 57 auf 53 vermindert. Diese 53 Verbände wiesen am Schluß des Jahres 1910 folgende Mitgliederzahlen auf:

- Metallarbeiter 415 863, Maurer 173 626, Fabrikarbeiter 150 152, Holzarbeiter 158 767, Transportarbeiter 124 891, Bergarbeiter 120 493, Textilarbeiter 113 822, Bauhilfsarbeiter 61 867, Buchdrucker 60 923, Zimmerer 54 908, Maler 42 692, Schneider 42 152, Schuhmacher 39 954, Brauerei- und Mühlenarbeiter 37 075, Gemeindefarbeiter 36 125, Tabakarbeiter 32 645, Buchbinder 28 934, Bäcker und Konditoren 21 944, Steinarbeiter 20 267, Maschinisten 19 560, Lithographen 17 215, Buchdruckerhilfsarbeiter 15 742, Schmiede 15 329, Glasarbeiter 14 890, Lederarbeiter 13 767, Porzellanarbeiter 12 418, Sattler und Portefeuille 12 121, Handlungsgeschäften 11 523, Töpfer 11 385, Steinseher 10 536, Gastwirtsgehilfen 10 320, Tapezierer 9 116, Putzmacher 8 975, Stuckateure 8 310, Böttcher 7 988, Dachdecker 6 792, Gärtner 5 661, Bureauangestellten 5 556, Kupfermeister 4 482, Kürschner 4 369, Glaser 4 125, Schiffszimmerer 4 070, Bildhauer 3 676, Fleischer 3 524, Zigarrenfertiger 3 090, Lagerhalter 2 993, Friseur 2 990, Zivilmusiker 1 858, Apfelmacher 1 066, Isolierer und Steinholzer 862, Blumenarbeiter 825, Typographen 470 und Notenschreiber 425.

In erheblichem Maße konnten die industriell tätigen Frauen und Mädchen für die gewerkschaftliche Organisation gewonnen werden. Die Zahl der weiblichen Mitglieder ist nicht nur absolut, sondern auch im Verhältnis zur Zahl der männlichen Mitglieder gestiegen. Von den 2 017 298 Mitgliedern sind 1 615 512 weibliche Mitglieder.

Zählend 1909 ein Verlust von 4555 weiblichen Mitgliedern zu verzeichnen war, ist 1910 eine Zunahme von 27 624 oder 20,6 Proz. eingetreten. Die 1 615 512 weiblichen Mitglieder gehören folgenden Verbänden an: Textilarbeiter 39 524, Metallarbeiter 19 610, Buchdrucker 19 213, Tabakarbeiter 15 400, Buchbinder 12 308, Buchdruckerhilfsarbeiter 8963, Schneider 8060, Handlungsgeschäften

- 6882, Schuhmacher 6443, Transportarbeiter 5321, Holzarbeiter 4354, Putzmacher 3594, Bäcker und Konditoren 2644, Kürschner 1413, Porzellanarbeiter 1313, Brauerei- und Mühlenarbeiter 913, Zigarrenfertiger 882, Gemeindefarbeiter 861, Sattler und Portefeuille 857, Lederarbeiter 854, Gastwirtsgehilfen 601, Glasarbeiter 573, Blumenarbeiter 333, Bureauangestellte 189, Lagerhalter 119, Tapezierer 116, Hafendarbeiter 60, Fleischer 48, Maler 39, Gärtner 37, Steinarbeiter 9, Schmiede 4, Glaser 2 und Friseur 1.

Ein günstiges Bild geben auch die Finanzverhältnisse der Gewerkschaften. Bekanntlich verfolgen die Unternehmerverbände die Taktik, durch Massenausperrungen die Klassen der Gewerkschaften soweit zu schwächen, daß die Arbeiterorganisationen kampfunfähig werden und sich den Bedingungen fügen müssen, welche die Unternehmer diktiert. Dieser saubere Plan wurde auch im Berichtsjahre auszuführen versucht. Es gab Ausperrungen der Bauarbeiter und der Werftarbeiter. Trotzdem ist die Finanzkraft der Gewerkschaften nicht geschwächt worden, sondern es ist sogar eine Stärkung derselben eingetreten. Die Einnahmen stiegen von 50 529 114 M. im Jahre 1909 auf 64 372 190 M. im Jahre 1910, der Kassenbestand von 43 480 932 M. auf 52 575 505 M. Pro Kopf der Mitglieder macht das Einnahme 31,91 M. und Vermögensbestand 26,06 M. Allerdings konnte dieses günstige Resultat nicht erzielt werden, ohne wesentlich erhöhte Anforderungen an die Mitglieder zu stellen. Aber, das ist gerade das erfreulichste Ergebnis, das die Ausperrungsmanie der Unternehmer gezeitigt hat: Erhöhte Opferwilligkeit der Gewerkschaftsmitglieder. Es wurden im Berichtsjahre an Extrabeiträgen, die von den Zentralvorständen ausgeschrieben waren, nicht weniger als 4 388 431 M. und von arbeitenden Mitgliedern in Streikorten 521 879 M., zusammen fast 5 Millionen Mark gezahlt.

Auch die regelmäßigen Einnahmen der Gewerkschaften stiegen infolge von Erhöhungen der Verbandsbeiträge. Die Einnahme an regelmäßigen Verbandsbeiträgen betrug im Berichtsjahre 48 357 229 M., während sich diese Einnahme im Jahre 1909 auf 41 679 466 M. belief. Außerdem wurden im Berichtsjahre eingekommen an: Eintrittsgeldern 451 618 M., örtlichen Beiträgen 6 055 892 M., Zinsen 1 117 332 M. und sonstigen Einnahmen 3 479 809 M.; insgesamt mit den vorerwähnten Extrabeiträgen 64 372 190 M.

Diesen Einnahmen steht eine Gesamtausgabe von 57 926 566 Mark gegenüber. Hiervon kommen auf Streiks im Beruf 19 068 972 M., Streiks in anderen Berufen und im Auslande 534 633 M., Gemahregelunterstützung 809 738 M., Rechtschutz 330 322 M., Reiseunterstützung 1 015 984 M., Umzugsunterstützung 316 452 M., Arbeitslosenunterstützung 6 075 522 M., Krankenunterstützung 9 028 623 M., Sterbegeld 884 012 M., Notfallunterstützung 548 567 M., Invalidenunterstützung 504 771 M. — Die Ausgabe für Reise- und Arbeitslosenunterstützung war im letzten Jahre geringer als in den beiden Vorjahren. Immerhin wurden für Unterstützungen, die mehr oder weniger einen humanitären Charakter haben (Reise, Umzugs-, Arbeitslosen-, Kranken-, Notfall-, Gemahregelunterstützung und Sterbegeld), 18 678 968 M. gegen 21 358 079 M. im Jahre 1909, 20 698 484 M. im Jahre 1908 und 13 275 400 M. im Jahre 1907 ausgegeben. In den vier Jahren wirtschaftlicher Depression mußten die Gewerkschaften für diese Unterstützungsabzwecke mehr als 74 000 000 M. ausgeben, während in den 16 Jahren von 1891 bis 1906 hierfür nur 46 1/2 Millionen Mark aufgewendet wurden. Allerdings sind die Unterstützungsleistungen in den letzten Jahren wesentlich ausgebaut worden. Während 1900 von 58 Zentralverbänden nur 21 Arbeitslosenunterstützung zahlten, hatten 1910 von 53 Verbänden 41 diesen Unterstützungsabzweck eingeführt.

Der Bearbeiter der Statistik der Generalkommission sagt hierzu: Die Unterstützungsleistungen seien für die Gewerkschaften zwar nicht Selbstzweck, sie hätten aber in ihrer heutigen Ausdehnung eine weitgehende volkswirtschaftliche Bedeutung, denn, indem sie die Leistungsfähigkeit der Arbeiter stärken, hoben sie auch die Leistungsfähigkeit der Industrie. Die Faktoren, welche in erster Linie ein Interesse an der Erhaltung dieser Leistungsfähigkeit haben, hätten deshalb die Pflicht, den Gewerkschaften die Unterstützungsleistungen zu erleichtern. Man könne den Gewerkschaften auf die Dauer nicht zumuten, daß sie in einem Jahre 10 M. und mehr pro Kopf ihrer Mitglieder für Unterstützungen ausgeben. Da die Arbeiter nicht schuld seien an den wirtschaftlichen Krisen, so waren sie auch nicht verpflichtet, die Opfer der Krisen zu erhalten. Diese Pflicht falle den Staatsorganisationen zu. Mit aller Entschiedenheit müsse deshalb verlangt werden, daß die Pflicht der Arbeitslosenunterstützung durch den Staat erfüllt werde. In den letzten 20 Jahren haben die Gewerkschaften die enorme Summe von 120 743 372 M. für Unterstützungen ausgegeben. Da-

gegen beträgt die in derselben Zeit für Streiks und Ausperrungen verwendete Summe nur 91 392 253 M.

Die die Ausgaben für Unterstützungsabzwecke erst in den letzten Jahren einen großen Umfang angenommen haben, so ist auch die Streikunterstützung, zum Teil infolge der Ausperrungen, erst in den letzten Jahren gewaltig gestiegen: Bis zum Jahre 1903 stieg sie selten über 2 Millionen Mark pro Jahr. Im Jahre 1903 erreichte sie die Höhe von 4 1/2 Millionen Mark und in den folgenden Jahren von 5 1/2, 9 1/2, 13 1/2, 18, 5 und 7 Millionen Mark, um 1910 schließlich auf die gewaltige Summe von 19 068 972 M. anzuschwellen. Ein großer Teil dieser Summe entfällt auf die Ausperrungen der Bauarbeiter und der Werftarbeiter. Die Bauhilfsarbeiter mußten 2 112 000 M., die Maurer 5 403 000 M., die Zimmerer 1 784 000 M. an Unterstützung zahlen, und im gleichen Verhältnis stehen die Ausgaben der anderen Organisationen des Baugewerbes. Die Metallarbeiter zahlten 3 763 000 M., die Holzarbeiter 1 317 000 M., die Schmiede 288 000 M. an Unterstützungen. Das sind 17 667 000 M., welche diese Verbände zum größten Teil zur Unterstützung der Ausperrten aufwenden mußten.

Alle diese Ausperrungen hatten keinen anderen Zweck als den: Die Unternehmer wollten nach dem Rezept des Zentralverbandes deutscher Industrieller die Gewerkschaften vernichten. Das ist den Unternehmern natürlich nicht gelungen und wird ihnen nicht gelingen, denn jeder Versuch, durch berartige Gewaltmittel die Arbeiterorganisationen lahmzulegen, schlägt die Arbeiter nur noch fester zusammen, erhöht ihren Opfermut und stärkt dadurch die Widerstandskraft der Organisation. Die Unternehmer werden aber durch die Mißerfolge ihrer Massenausperrungen noch nicht klug geworden sein. Sie werden ihre brutale Kampftaktik aufs neue versuchen. Aber anstatt das schuldhaft ererbte Ziel zu erreichen, werden die Gewaltakte der Unternehmer die Arbeiter im Klassenbewußtsein stärken und so auf eine Nacht stoßen, die, weil in den wirtschaftlichen Verhältnissen wurzelnd, unüberwindlich ist.

12. Verbandstag der Böttcher.

Dresden, 21. August.

Der Verbandstag wurde heute vormittag im Volkshaus eröffnet. Es sind 42 Delegierte, 2 Vorstandsmitglieder, 3 Gauleiter, je ein Vertreter der Redaktion und des Ausschusses anwesend. Die Generalkommission der Gewerkschaften vertritt Silberstein in Berlin. Der Dänische Böttcherverband hat zwei Vorstandsmitglieder als Gäste entsandt.

Nach Einsetzung verschiedener Kommissionen überbrachte Andersen-Kopenhagen die Grüße und Glückwünsche der dänischen Kollegen und gab eine ganz interessante Schilderung der dänischen Verhältnisse. Der dänische Verband zählt 700 Mitglieder; fast alle Böttcher sind organisiert. Der Lohn beträgt bei den Meistern in Kopenhagen 28 Kronen 50 Öere pro Woche und in der Provinz 24 Kronen (1 Krone = 1,12 M.). In Fabriken usw. sind die Löhne höher. Die Arbeitszeit beträgt in Kopenhagen 9 1/2 Stunden, in der Provinz 10 Stunden täglich. — Der dänische Verband hat unter anderem die Arbeitslosenunterstützung eingeführt. Da ist von Interesse zu hören, daß zur Deckung der Ausgaben hierfür die Kommune ein Drittel des von dem Mitglied zu leistenden Satzes (20 Kr., 80 Öere) gewähren kann, der Fiskus aber einen Zuschuß leisten muß in der Höhe der Hälfte des von dem Mitgliede geleisteten Beitrages und des von der Kommune gewährten Zuschusses. Die Reaktion, sagte Andersen, arbeite nun daran, den Kassen diesen Zuschuß zu entziehen oder ihn doch wenigstens herabzusetzen.

Den Geschäftsbericht des Vorstandes erstattete hierauf Vorsitzender Winkelmann. Wenn auch die Mitgliederzunahme in der Geschäftsperiode eine geringe sei, könne man doch die Entwicklung des Verbandes als eine gesunde bezeichnen. Mit der Anstellung von drei Gauleitern wurden gute Erfahrungen gemacht. Ihre Hauptaufgabe sei es, die Gauleiter auf dem Gebiete der Lohn- und Arbeitsbedingungen, wobei sie wesentliches für die Mitglieder geleistet haben. Die Agitation können die Gauleiter natürlich nicht allein betreiben. Hier müssen alle Kollegen mitarbeiten, dann werden die Erfolge auch nicht ausbleiben. Wie in den drei letzten Jahren hat der Verband auch im laufenden Jahre zahlreiche Lohnbewegungen zu führen gehabt. 40 Bewegungen wurden 1911 bereits zum Abschluß gebracht, wobei schöne Erfolge erzielt wurden. In 45 Bewegungen ist der Verband zurzeit noch verwickelt. Winkelmann bereitete sich im einzelnen über diese Bewegungen. Zum Schluß seiner Ausführungen ging er auf die vorliegenden Anträge ein und wendete sich dagegen, daß der Hauptfasse neue Listen aufgelegt werden.

Abseits von diesem Wibergetümmel steht eine alte, ehrwürdige und achtunggebietende Gestalt: die Mutter Raupassant, eine Matrone, die man eigentlich erst jetzt aus nächster Nähe kennen lernt. Sie lebte meist an der Riviera, wo ihr Sohn, wenn er aus Italien oder Afrika zurückkehrte, sie zu besuchen pflegte. Hier verbrachte er die glücklichsten Stunden seines Lebens. Frau Raupassant war eine hochgebildete und geistreiche Frau. Ihre vertraute der Sohn alle seine literarischen Hoffnungen und Projekte an; ihr verdankte er auch das Gefühl für Feinheit und das künstlerische Maß seiner Schöpfungen, das seine Prosa veredelt und selbst den Eindringlichkeit seiner drastischeren Novellen mildert. Keine andere Frau hatte ihm das geben können, was er von der Mutter als köstliches Erbe empfangen hatte: Größe und Talent.

Ein Opferlay der Lappen. In der schwedischen Zeitschrift „Amer“ berichtet Graf Rosen über einen von ihm entdeckten Opferlay in Lule, der nach der übereinstimmenden Aussage der Lappen noch niemals von einem Nichtlappen besucht worden ist. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist dieser Opferlay der einzige in Schweden, von dem man mit Bestimmtheit weiß, daß er bis auf den heutigen Tag in seinem ursprünglichen Zustande ist. Die Opferstelle liegt an einem Fluß, einige Meter vom Strande entfernt; zwischen Gras und Weidengebüsch sieht man einige kleine Erhöhungen in ungefähr einem Drittel Meter Höhe. Auf diesen und rings um sie herum liegen zehn eigentümlich geformte Steine von dem gleichen Typus, wie man sie schon früher an anderen nordischen Opferstellen aufgefunden hat. Von seinem lappländischen Begleiter namens Kuoljof erfuhr Graf Rosen, daß in früheren Jahrzehnten große Opfer an dieser Stelle dargebracht worden seien, die bei den Lappen hohe Bedeutung genossen. Auch der Großvater des Kuoljof hätte an solchen Opfern teilgenommen.

Notizen.

Die Jurysfreien. Nun sollen wir, nach dem Vorbild Münchens auch in Berlin eine jurysfreie Kunstschau bekommen. Sie wird vom Oktober bis Ende Dezember stattfinden. Gegen 400 Künstler haben bis jetzt etwa 1200 Werke der Malerei und Plastik angemeldet.

Eine Sammlung aller Meisterbilder Wilhelm Leibs hat dessen Geburtsstadt Köln aufgekauft und zu einem Museum vereinigt, das des Künstlers Namen trägt.

Das Blüthner-Orchester unter Leitung Sigmund v. Hausegger beginnt anfangs November mit seinen diesjährigen großen Sinfoniekonzerten.

Der Kampf um Offenbachs „Schöne Helena“ zwischen den hiesigen Theaterdirektoren Pasi und Reinhardt dauert fort. Wem wird der Richter die fette Beute zusprechen? Aber der Sieger hat noch ebendrei seine mächtige Klamme weg!

Kleines feuilleton.

Neues über Raupassant. Viel ist über den großen Dichter und Romantiker geschrieben worden. Sein Leben, seinen Aufstieg und sein tragisches Ende haben Verusene und Unberusene behandelt. Aber das weitest interessante, weil menschlichere Dokument aus des Dichters Leben sind die Erinnerungen, die sein Diener Francois soeben veröffentlicht. Francois war der Typus des Kammerdieners aus dem Faubourg St. Germain, der schon in vielen Häusern gedient hatte, als ihn 1883 der damals im Zenit seines Ruhmes stehende Raupassant engagierte. Francois gibt selbst zu, daß er diesen Dienst niemals angenommen hätte, wenn ihm nicht der Dichter persönlich so gefallen hätte. Damals war dieser nach des Dieners Schilderung ein mächtiger Kerl, stiernadig, mit roter, gesunder Hautfarbe, einem prächtigen, blonden Schnurbart und lastenbraunem, gefoxtem Haar. Seine Bewunderung umschloß vorerst nur den Menschen, nicht den Dichter. Er lobt als Kenner die vorzüglichen sportlichen Eigenschaften Raupassants. In seinen Augen ist er der beste Schwimmer, Auerer, Jäger und Schieler von all den Herren, denen Francois bisher gedient hatte. Interessant ist es nun, zu verfolgen, wie diese rein menschliche Sympathie des Dieners für seinen Herrn allmählich literarische Färbung annimmt. Francois weiß schon im ersten Jahre, an welchem Werke sein Herr arbeitet, und freut sich mit ihm an dem Erfolge seines „Bel-Ami“, des auch unseren Lesern bekannten Romans. Während des Aufenthaltes in seinem Villa in Etretat kommt Raupassant oft in die Küche — denn Francois war gleichzeitig auch Koch — und beobachtet durch ein Fernrohr den fernestehenden Himmel. Francois redandiert sich, indem er oft das Arbeitszimmer seines Herrn durchstöbert. Er liest viele Romane im Manuskript, freut sich an der täglich wachsenden Seitenzahl und an der schnellen und fast fehlerfreien Niederschrift der Werke. Oft liest er sich Bücher aus der Bibliothek und liest den Küchenmädchen „Madame Bovary“ vor. Schließlich fängt er an, alles mit den Augen seines Herrn zu sehen, und schreibt sogar in Raupassants Stil. So z. B. als er den Mond in Etretat schildert: „Une lune de détresse, une de ces lunes d'Afrique, qui trame sa tristesse sur la mer de sable au l'ondemain d'une tempête.“ (Ein trüb-seliger Mond, einer jener afrikanischen Monde, der traurig über das Sandmeer zieht, bis zum stürmischen Morgen.)

In wenigen Jahren hatte Francois sich so eingelebt, daß er Menschen und Dinge genau so zu beurteilen wußte wie sein Herr. Einmal schickte ihn Raupassant von Kir-les-Vains nach der Villa des „Bel-Ami“ und ließ ihn dort gewissenhaft seine Eindrücke sammeln. „Weißt Du“, sagte er dabei zu seiner Mutter, „seine Erinnerungen können mir noch von Nutzen sein. Er hat ein ausgezeichnetes Gedächtnis und weiß wiederzugeben, was er gesehen hat.“ Francois eignete sich mit der Zeit derart die Methode seines Herrn an, daß er geradezu das

Gras wachsen hörte und die Intentionen Raupassants vorzunehmen versuchte. Er war dann sehr verärgert, ja geradezu verlegt, wenn Raupassant sich anders entschied. In solchen Augenblicken wurde er etwas lächerlich. Zuletzt war er der einzige Freund des Dichters einsehler, der sein mit Melancholie und Witterkeit erfülltes Herz dem Diener öffnete und oft genug den Rat des Älteren befolgte. Als ihm Francois die Absicht, eine in Kofen gebettete, aber sehr teure Villa zu kaufen, ankündete, sagte Raupassant zu ihm: „Wir Schriftsteller denken immer nur an die Erzählungen, die wir schreiben. Darum machen wir auch so viele Dummdheiten im Leben.“

Manch wertvolles Wort Raupassants und so manche charakteristische Anekdote aus der damaligen Pariser Gesellschaft hat der treue Diener in seinen Erinnerungen aufgezeichnet. Wenn der Dichter, angeleitet von der Langeweile und Leichtfertigkeit des gesellschaftlichen Lebens, sich aus diesem Dunstkreis hinaufschonte, blieb ihm nur ein Ausweg. Er bestieg seine Segelboote „Bel-Ami“ und trieb sich wochenlang wie der fliegende Holländer auf dem Meere umher. Hier sah er am Steuer und gab sich seinen Träumereien hin. Oft genug ließ er sich auch von Francois und den beiden Matrosen, die ihn begleiteten, Geschichten erzählen oder nahm selbst die Stelle eines Erzählers ein. Vielleicht seine besten Romane sind auf diese Weise entstanden, aber niemals niedergeschrieben worden. Francois wiederholt einige dieser improvisierten Geschichten, die alle die unvergleichliche Diktion des Dichters verraten.

Wie ein immer wiederkehrendes Leitmotiv winden sich durch die Aufzeichnungen des Dieners all die Frauen, die im Leben Raupassants eine so große Rolle gespielt haben. Schon in Etretat lernte Francois die Schwägerin seines Herrn kennen, als eines Tages eine tiefverkleidete Dame in der Villa erschien. Es war eine schillernde Geliebte Napoleons III., die nun mit einem Kammerdiener des Kaisers verheiratet war. Nach ihr kamen noch viele andere Frauen und trugen ihren Duft, ihr Lachen und manchmal auch ihre Tränen über die Schwelle des Hauses. Einst, zur Zeit als Raupassant vom höchsten Ruhmesglanz umstrahlt war, kamen in Gesellschaft des jüngeren Dumas gleichzeitig zehn Aristokratinnen, um den Dichter zu besuchen. Wenn auch Francois gegen derartige Qualifikationbeweise nicht unempfindlich war, so sah er die verschwiegen bereitretenden Damen doch mit scheelen Augen an. Solche „Weiber“ tragen nach seiner Meinung nur Unordnung und Unfrieden ins Junggesellenheim. Einmal kam sogar eine mit dem Revolver und schrie: „Der mit Raupassant, er muß mir bluten!“, darauf fiel sie in Ohnmacht. Eine andere drang bis ins Arbeitszimmer, nahm eine Eisenstatuette mit und stellte an deren Stelle ihre eigene Photographie hin. Dieser Tausch gefiel Francois ganz und gar nicht. Am meisten jedoch setzte dem Dichter die von Francois so genannte „Marmor-dame“ zu, die bleich und still wie der Tod in das Allerheiligste eindrang und Szenen hervorrief, denen Francois die Schuld an des Dichters späterer geistiger Umwandlung zuschrieb.

Den Klassenbericht gibt Thierfelder-Bremen. Die wichtigsten Zahlen haben wir bereits gebracht. Thierfelder er- sucht, Anträge, die die Unterstützung erhöhen wollen, ab- zulehnen, da die Klasse dies ohne Deckung nicht ertrage. Eine Beitragserhöhung sei aber gegenwärtig nicht opportun.

Für die Redaktion berichtet Holtmann-Bremen. Die Auflage des Verbandsorgans ging in der Vorwoche etwas zurück, steigt aber zurzeit wieder. Dem Wunsche des letzten Ver- bandstages, mehr sozialpolitische Artikel zu bringen, wurde Rechnung getragen.

Nach dem Revisionsbericht wurden Klasse und Bücher in bester Ordnung gefunden. Die Revisoren beantragten Entlastung des Kassierers.

Den Ausschussbericht erstattete Böttcher-Hannover. Der Ausschuss hatte eine Reihe Beschwerden zu erledigen, die aber kein Allgemeininteresse haben.

An die Berichte schloß sich eine eingehende Debatte, die heute nicht mehr beendet wurde. Im allgemeinen waren die Redner mit der Tätigkeit des Vorstandes zufrieden. Es wurde aber auch in verschiedenen Punkten Kritik geübt. So wurde be- mangelnd, daß der Vorstand verschiedene Beschlüsse des letzten Ver- bandstages nicht ausführte. (Winkelmann hatte dies mit Arbeits- überlastung entschuldigend.) Kritisiert wurde auch, daß die Ergebnisse einer aufgenommenen Statistik noch nicht veröffentlicht sind und dies vielfach verlangt. Von einem Redner wurde gewünscht, daß zur Gewinnung der Weinküfer mehr getan werde und ein anderer Delegierter verlangte, daß unter den Hilfsarbeitern mehr gewirkt werde. Betont wurde auch, daß die Anstellung von Bezirksleitern sich bemühen habe. Wenn trotz dieser Anstellung in der Geschäfts- periode nur ein geringer Mitgliederzuwachs zu verzeichnen sei, so liege dies an den ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen.

Die Verhandlungen werden vertagt.

Die gewerkschaftliche Presse in Rußland.

Die äußeren Bedingungen und die Schicksale der Arbeiterpresse wie der ganzen Arbeiterbewegung in Rußland in der Periode der Konterrevolution nach dem Jahre 1905 sind zur Genüge bekannt. Wir können es hier unterlassen, wiederum ein Bild der Beschlag- nahmen, Strafen, Verbote und Verhaftungen — auf gericht- lichem wie administrativem Wege — zu schildern, denen die Ar- beiterpresse, ihre Redakteure und die Organisationen, deren Organe diese Zeitungen sind, ausgesetzt waren und sind. Es scheint uns wichtiger, die Tatsache hervorzuheben, daß es trotz all dieser Aus-rottungsmittel der Arbeiterpresse gelang, feststehende Wurzeln zu erzielen.

Freilich sank die Zahl der gewerkschaftlichen Blätter unter den Schlägen der wütenden Reaktion von zweiundsechzig im Jahre 1906 auf acht im Jahre 1908, um dann noch weiter zu fallen. Aber der Boden der sich trotz aller Hindernisse durchsetzenden Entwicklung — wenn man den Mittelpunkt der offenen Arbeiterbewegung in Petersburg ins Auge faßt — ist kein eingedampft ab: an die Stelle der geschlossenen Gewerkschaftsblätter wurden immer neue unter anderen Benennungen herausgegeben; obwohl sich ihre Zahl verminderte und sie unter der Wucht der grausamen Verfolgungen schwer litten, ließen sie sich doch nicht die Fahne aus den Händen entwenden. Jetzt bei den ersten kräftig wütenden Zeichen des wirtschaftlichen Aufschwunges und der politischen Flut beginnt die gewerkschaftliche Presse von neuem ihre Stimme über ganz Ruß- land zu erheben.

Es erscheinen nun wieder acht Gewerkschaftsblätter in Peter- burg: „Unser Weg“, das Blatt der Metallarbeiter; „Die Sache der Buchdrucker“; „Das Arbeiterrecht“, das gemeinsame Organ der Holz-, Bau-, Gold- und Silberarbeiter; „Der Vokal der Schneider“; „Die Stimme des Bäckers und des Konditors“; „Der Arbeiter“; „Das Fabrikleben“, das Blatt der Textilarbeiter; „Die Schrift des Farmarbeiters“. In Moskau werden herausgegeben: ein Blatt für alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter: „Unsere Zeit“; das Blatt der Röhre: „Der Kulinar“; „Das Blatt der Kellner“; „Der Mensch“. Es wurde hier auch der Versuch gemacht, das verbotene Organ der Buchdrucker wieder erscheinen zu lassen; der Redakteur wurde aber verhaftet, bevor noch die erste Nummer herausgegeben werden konnte. In Kiew erscheint: „Das Leben des Pharmazeuten“; der „Werkstoff“, ein Blatt für alle Organi- sierten, mußte schon nach der ersten Nummer eingestellt werden wegen der Verhaftung aller Mitarbeiter; in Odessa erscheint „Der Odeßer Buchdrucker“; in Elisabethgrad „Die Arbeit“, ein gewerkschaftliches Organ für Arbeiter aller Berufe; in Watu: „Der Wäuter Bureauangestellte“ und eine politische Wochenchrift, „Das heutige Leben“; in Wladiwostok (Sibirien) „Die Stimme des Handelsangestellten“.

Die gewerkschaftliche Presse besitzt eine außerordentliche Be- deutung in dem Emanzipationskampf des russischen Proletariats, sie stellt sich den unmittelbaren Bedürfnissen der Gewerkschafts- bewegung zur Verfügung. Die Gewerkschaftsblätter erwecken die Individualität, sie regen zur Organisation an, sie verbinden den Vorstand der Gewerkschaften mit der Klasse; in den Zeiten des Verfalls oder gar der Zertrümmerung der Organisation halten sie die Mitglieder zusammen, und endlich durch die Zuschriften, die sie aus verschiedenen Orten — aus großen Mittelpunkten des Staates wie aus den entlegenen Flecken — erhalten, verbinden sie die Mitglieder der Gewerkschaften von ganz Rußland miteinander, sie bereiten somit den Boden vor für zukünftige zentralisierte Gewerkschaftsverbände. Dieser wichtigsten Aufgabe sind sich die gewerkschaftlichen Blätter bewußt. „Wie möchten“, schreibt z. B. die „Stimme des Bäckers“, „daß unser Organ das Bindeglied werde, das die Wäder Rußlands zu einem Ganzen vereinigen könnte“. Die Textilarbeiter — die Petersburgs und die Wostauer — machten durch ein gemeinsames Organ, das die Interessen der beiden Gewerkschaften gleichzeitig vertritt, die ersten praktischen Schritte zur Herstellung einer organisatorischen Verbindung. So berichten die Gewerkschaftsorgane ein gutes Stück Aufklärungs- arbeit. Zudem sie sich in die lokalen Schranken der Kirchums- politik nicht einschließen, engen sie sich auch nicht in den Jurns- trahmen des einen Gewerbes ein. In jedem Organ kann man Ar- tikel finden, die die allgemeinen Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung im ganzen und ihre Rolle in dem seinen Zielen nach einheit- lichen proletarischen Kampfe erörtern; man findet dort allgemeine Ueberblicke der Gewerkschaftsbewegung in Rußland wie im Aus- land. Ereignisse wie der schwedische Klassenstreik, der Ausbruch der französischen Eisenbahner, die Aussperrung der Bauarbeiter in Deutschland werden in allen Organen ohne Unterschied der be- zugslichen Aufgaben der Blätter einer gründlichen politischen Be- leuchtung unterzogen.

Auch nichtgewerkschaftliche Formen des Klassenkampfes des Proletariats werden von der Gewerkschaftspresse lebhaft diskutiert. So wird die Bedeutung der gemessenen politischen Bewegung und der Bildungsarbeit in besonderen Artikeln behandelt. Es wurden auch in besonderen Artikeln besprochen: der 1. Mai, der interna- tionale sozialistische Kongreß in Kopenhagen, die Gedenkfeier der Pariser Kommune, das hiebzehnjährige Jubiläum Bebel's, der Tod Singer's.

Damit ist die sozialpolitische Aufklärungsarbeit der Gewerkschaftspresse keineswegs erschöpft. Sie umfaßt das gewerkschaftliche Leben in all seinen Erscheinungen. Es genügt nur, einige Nummern durchzublättern, um die Breite des Kreises von Fragen zu erkennen, die die russischen Gewerkschaftsblätter beschäftigen. Die Schwindsucht und die Arbeiterklasse, der Alkoholismus und die verschiedenen Seiten der Arbeiterfrage, das sibirische Anstaltungs- gebiet, die Prostitution, die Cholera, die Sozialversicherung, der 19. Februar (die „Befreiung“ der Bauern), Kasstoi, Gogol, Tschekow, Schwitschenko, die Mode und der Kapitalismus — alle diese und mehrere andere Gegenstände werden in der Gewerkschaftspresse eifrig besprochen.

Endlich wird darin auch eine rein politische Aufklärung ge- geben und es wird das Massenbewußtsein der Leser durch die Be- leuchtung durch die Besprechung der Ereignisse des täglichen po- litischen Lebens erweckt. Besonders wertvolle politische Zeitartikel

finden wir in dem Organ der Petersburgs Metallarbeiter, auch die meisten anderen Blätter besitzen ständige Rubriken, die der „Tätigkeit“ der dritten Duma gewidmet sind. Da werden be- sprochen die arbeiterfeindliche Politik, die agrarischen und andere Gesekentwürfe, die Klassenjustiz des Senats, das Stölpische Re- gierungssystem.

Die Gewerkschaftspresse hatte die Führung beim Auftreten der Arbeiter auf den öffentlichen Kongressen der letzten Jahre, so beim Kongreß der Fabrikarbeiter, beim antialkoholischen Kongreß, beim Kongreß zur Bekämpfung der Prostitution und auf anderen, dann aber auch bei der Agitation aus Anlaß der Versicherungs- projekte der Regierung wie bei dem sich immer mehr entfaltenden Kampf um die Koalitionsfreiheit.

Diese ganze Erziehungsarbeit ist desto wertvoller, da sie in ausgesprochen sozialdemokratischem Geiste geführt wird. Das offenbart sich nicht nur in der Agitation für die sozialdemokratischen Kandidaten bei den Wahlen, nicht nur in der beständigen Unter- stützung der sozialdemokratischen Dumafraktion, sondern vor allem in dem Standpunkt, von dem aus alle Artikel geschrieben werden.

Die Entwicklung der Gewerkschaftspresse in Rußland beweist, daß trotz der Wut der Konterrevolution auch die russische Arbeiter- bewegung nach den in den fortgeschrittenen Ländern Europas be- währten Methoden wirkt, sie wird auf diesem Wege unaussetzbar vorwärts marschieren.

Aus der Partei.

Sozialdemokratischer Landesparteiung in Sachsen.

Bei der Eröffnung der Dienstag-Sitzung der Landeskonferenz teilte Genosse Frähdorf mit, daß die Fraktion beschloßen habe, eine Eingabe an die Regierung aus Anlaß der Lebens- mittelsteuerung einzubringen. Er wies darauf hin, daß die große Dürre in der letzten Zeit eine weitere Zerstörung der Lebensmittel herbeiführen würde. Es wäre eigentlich Pflicht der deutschen Regierung und des Bundesrats gewesen, Maßnahmen zu treffen, um dieser Lebensmittelsteuerung zu begegnen. Die sächsische Regierung habe die Frachtermäßigung für Futtermittel beschloßen, aber das genüge bei weitem nicht, da diese Ermäßigung nur den Landwirten zugute komme, den Produzenten, nicht aber der konsumierenden Bevölkerung. Da seien weitere Maßnahmen notwendig, u. a. Oeffnung der Grenzen, Herabsetzung der Fracht- sätze für Lebensmittel, zeitweise Suspension der Zölle auf Nahrungsmittel, vor allen Dingen Verringerung des großen Unfalls der Einfuhrsätze, durch die das Brotkorn aus dem Lande ge- schafft würde. In diesem Sinne sei die Eingabe an die Regierung gehalten, die heute (Dienstag) eingereicht wird.

Genosse Geher-Leipzig erstattet namens der Kommission zur Durchberatung des Organisationsstatut-Entwurfs Bericht und empfiehlt die Annahme desselben ohne wesentliche Aenderung. Bezüglich der Ueberwachung der grundsätzlichen und taktischen Haltung der Parteipresse durch die Bezirksvorstände weist er darauf hin, daß eine solche Einrichtung in den süddeutschen Staaten eben- falls bestehe eventuell noch eingeführt werden soll. Die oberste Instanz bleibt nach wie vor Landesversammlung und Partei- vorstand. Die Kritik könne sich nur nach den Grundsätzen der Partei richten und sei deshalb nicht davon zu trennen. — Betreffs der Delegation der Kreise zu den Landesversammlungen ist eine kleine Aenderung des Entwurfs zugunsten der kleinen Kreise er- folgt. Die Reichs- und Landtagsabgeordneten, deren Vertretung auf der Landesversammlung durch einen Leipziger Antrag ein- geschränkt werden sollte, sind vollständig zugelassen, doch ruht ihr Stimmrecht, wenn es sich um parlamentarische Angelegenheiten handelt.

Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte wird para- graphenweise abgestimmt und gegen wenige Stimmen sämtliche Paragraphen und damit der ganze Organisationsentwurf an- genommen.

Genosse Landtagsabgeordneter Lange referiert über die Gemeindesteuereform, die wahrscheinlich die nächste Landtagsession beschäftigen wird. Die Landesversammlung er- klärt sich ohne Debatte mit den von ihm entwickelten Grundsätzen einverstanden.

Genosse Geher spricht dann über die Reichstags- wahlen. Er weist darauf hin, daß nach seiner Meinung die Parokoffrage keine günstige Wahlparole für die Regierung und die rechtsstehenden Parteien bilden werde. Es sei nur notwendig, die Wähler ausreichend über die Kriegsbereitungen zu informieren. In Sachsen könne naturgemäß der Kampf nur gegen alle bürger- lichen Parteien geführt werden. Eine Stichwahlparole sei in Sachsen nicht notwendig, da wir voraussichtlich an allen Stich- wahlen selbst beteiligt sein werden. Sollten Stichwahlen zwischen bürgerlichen Kandidaten vorkommen, so wird die Landesvertretung später darüber Beschluß fassen.

In der Debatte weist ein Genosse besonders auf die ländlichen Kreise hin, auf die sich die Gegner wieder mit aller Macht werfen werden. Er fordert besonders eifrige Werbearbeit in den länd- lichen Kreisen. Am besten sei es, wenn „Der Landarbeiter“ dort verteilt würde. — Geher stimmt ihm im Schlußwort zu und unterstreicht diese Forderung noch besonders.

Als Sitz des Landesvorstandes wird dann Dresden be- stimmt und die bisherigen Mitglieder Sindermann, Braune und Schulte wiedergewählt. — Die nächste Landesversammlung findet in Dresden statt.

Beitragserhöhung.

Der sozialdemokratische Zentralverein für den 7. Schleswig- holsteinischen Wahlkreis (Niel-Neumünster-Rendsburg) beschloß in seiner letzten Generalversammlung die Erhöhung des Mitgliedsbeitrages von 40 auf 50 Pf. pro Monat. Ein er- freuliches Zeichen der Erkenntnis, daß es zum Ausbau der Or- ganisation und zur wirksamen Bekämpfung der Gegner neben der ideellen auch der materiellen Opferwilligkeit bedarf.

Aus den Organisationen.

Der sozialdemokratische Volksverein für den Kreis Solingen hielt am Sonntag in Oblligs eine Generalversammlung ab. Zunächst erhaltete Parteisekretär Ge- nosse Heller den Geschäfts- und Klassenbericht. Diesem ist zu entnehmen, daß sich die Zahl der Mitglieder im Geschäftsjahre von 2973 auf 3888, also um 610 erhöhte, wobei zu berücksichtigen ist, daß eine starke Fluktuation stattfand; denn eigentlich sind in dem einen Jahre 1784 Mitglieder neu hinzugezogen. Leider ist das weibliche Element noch recht schwach vertreten: nur 308 ge- hören der Organisation an. Dabei ist hier gegen das vorhergehende Jahr noch nicht einmal ein Fortschritt zu verzeichnen. Die Ein- nahmen betragen 21.200,50 M., die Ausgaben 20.281,94 M., so daß ein Bestand von 918,56 M. bleibt. An Versammlungen wurden eine große Anzahl abgehalten, nämlich 185 Mitgliederversammlungen und 43 öffentliche Versammlungen; außerdem fanden ver- schiedene größere Konferenzen statt. Die schriftliche Agitation wurde durch die Verteilung von rund 100.000 Flugblättern, Ka- lendern und Broschüren besorgt.

Ueber den bevorstehenden Parteitag sprach Genosse Schaal. Im Anschluß daran wurde beschloßen, zwei Dele- gierte zu entsenden, also nicht das volle Delegationsrecht — drei Delegierte — auszusenden; doch wurde den Genossen dringend empfohlen, dabei eine Genossin mit zu berücksichtigen. Den letzten Tagesordnungspunkt der Versammlung bildete der Antrag des Gesamtvorstandes, gegen den Genossen Hildebrand das Ausschlußverfahren einzuleiten. Der Antrag ist gestellt worden, weil Hildebrand nicht nur für Kolonien, son- dern in letzter Zeit auch noch für Schutzgölle, für den Militarismus, ja sogar für den Parokoffrummel eingetreten war. Nach langer Beratung, in der die Ankläger Hildebrands wie auch Hilde- brand selbst zu Worte kamen, wurde mit 118 gegen 58 Stimmen beschloßen, das Ausschlußverfahren zu eröffnen.

Der Sozialdemokratische Verein für Halle und den Saalkreis hielt am Sonntag einen Kreisitag unter außergewöhnlichen Umständen ab. Während im Vorjahre die Generalversammlung im Walde abgehalten wurde, die ebenso wie eine im Juni wieder im Walde tagende Mitgliederversamml- ung nur die notwendigsten Angelegenheiten erledigte, ist in diesem Jahre statt der Generalversammlung, die sicher politisch geführt worden wäre, heimlich ein Kreisitag einberufen worden. Der Ge- schäftsbericht, der in einer Broschüre gedruckt vorlag, meldet von guten Fortschritten und vor allem von wachsender innerer Festig- ung der Organisation. Es fanden in den Distrikten und Land- orten 78 Mitgliederversammlungen statt; weiter wurden 40 öffent- liche Versammlungen abgehalten. Schriftliche Agitation wurde mit 108.350 Flugblättern und 24.800 Volkskalendern betrieben. Die Mitgliederzahl des Vereins stieg auf 6118, was leider infolge der starken Fluktuation bei 1389 Neuaufnahmen nur ein Mehr von 403 gegenüber dem Vorjahre bedeutet. Die Zahl der organisierten Frauen stieg — namentlich infolge einer Hausagitation — von 599 auf 801. — Das Jahr war überreich an Prozessen. Die preussische Wahlrechtsbewegung zeitigte in diesem Jahr noch eine Reihe von Verurteilungen. Es wurden insgesamt an 5. fängnis- reiß, Haftstrafen in 43 Fällen 167 Wochen 5 Tage verhängt; dazu kamen noch 48 Fälle mit 1668,59 M. an Geldstrafen und Kosten. Trotz dieser besonderen Aufwendungen haben sich die Klassenver- hältnisse gebessert, was der Einführung des 10 Pfennig- Wochenbeitrages zu danken ist. — Der Bildungsausschuß, der 11 künstlerische und unterhaltende Veranstaltungen und einen Vortragskursus über das Erfurter Programm stattfinden ließ, arbeitete mit einem Lieberlauf. Die acht Abende des Vortrags- kursus waren durchschnittlich von 702 Personen besucht. Sehr günstig lautet der Bericht über die Zentralbibliothek. Ihre Ein- richtung hat die Zahl der Leser von 780 der früheren Einzel- bibliotheken auf 1288 der jetzigen Zentralbibliothek gesteigert, und die Zahl der Entleihungen von 6510 auf 18.212 gehoben, also in einem Jahre fast verdreifacht. — Nach kurzer Diskussion wählte der Kreisitag den bisherigen Vorstand in geheimer Abstimmung mit großer Majorität wieder. Zum Parteitag wurden die Ge- nossen Hennig, Meiwand und Oertel und die Genossin Nühle delegiert. Der Reichstagsabgeordnete des Reiches, Ge- nosse Kunert, gab in einer Rede über die Ufah-Lothringische Verfassungsfrage für seine Enthaltung bei der Abstimmung über die Vorlage im Reichstag eine Begründung, die lebhafteste Zustimmung fand. Einstimmig wurde Genosse Kunert wieder als Kandidat für die nächste Reichstagswahl normiert.

Schließlich nahm der Kreisitag noch zu dem polizeilichen Ausnahmerecht, das in Halle herrscht, Stellung. Er erließ einen Aufruf an die Arbeiterklasse, in dem es u. a. heißt:

„Der Kreisitag erhebt flammendsten Protest gegen das immer unerträglicher werdende hallesche Polizeiregiment! Seit dem Reichstagswahltag: 1909 ist das Lösungswort des Polizei- kommandeurs Weydemann: „Neh kämpfe die Sozialdemokratie mit allen Mitteln“ zur ausschließlichen Richtschnur des Polizei- systems in Halle erhoben worden, was sich besonders zeigte durch die unerhörten Verfolgungen der Partei, der Gewerkschaften, der Presse, der Jugend, der Turner; durch blutige Nieder- schlagung der Wahlrechtsforderer; durch Aufhebung der vereins- gemässigen Rechtsanwaltschaft für die geschlossenen Mitglieder- versammlungen von Partei und großen Gewerkschaften; durch Ver- bot der Gewerkschafts- und Parteiumzüge und endlich durch Be- lagerung und Verhaftung des Volksparks und der Verhängung der sogenannten „Polizeistunde“.

Der Kreisitag ruft die Massen auf, diese Schläge in zähem Kampfe in Niederlagen unserer Feinde umzuwandeln.

Die Generalversammlung des Sozialdemo- kratischen Vereins des Kreises Wanzleben fand am Sonntag, den 20. August, in Groß-Otterleben statt. Der Verein feierte gleichzeitig sein zehnjähriges Bestehen. Am 13. Januar 1901 wurde er gegründet und hatte besonders in der ersten Zeit mancherlei Schwierigkeiten zu überwinden. Im ersten Jahre konnten sieben Ortsgruppen errichtet werden, die zusammen 338 Mitglieder hatten. Heute umfaßt der Verein in 25 Orts- gruppen 2468 Mitglieder (darunter 450 Frauen) und der Klassenbestand beträgt 8921,98 M. Die Ausgabe betrug 10.647,54 M. Zur Agitation, mündliche wie schriftliche, Broschüren, Ver- breitung der „Landpost“ und „Gleichheit“, für Bildungsweckz., Bibliotheken, Jugendbewegung usw. konnten 4238 M. aufgewandt werden. Die günstige Finanzlage verdankt der Verein einmal der gut ausgebildeten Organisation und zum anderen dem Umstande, daß seit drei Jahren im ganzen Regierungsbezirk der 10 Pf.- Wochenbeitrag eingeführt ist.

Das Vorgehen der Polizei während der preussischen Wahl- rechtsbewegung verursachte insgesamt 1796,35 M. Kosten. Der Abonnementstand der „Volkstimme“ liegt im Berichtsjahre von 3211 auf 3825. Im Verhältnis zu der im Jahre 1907 abgegebenen sozialdemokratischen Stimmzahl beträgt die Deferenzzahl 43 Proz. und die Zahl der Mitglieder 33 Proz.

Am die Wahlarbeiten recht wirksam betreiben zu können, wird am 1. Oktober ein Sekretär eingestellt. Im Kreise herrscht eine kampferne und siegesfrohe Stimmung. Zum Partei- tage delegierte die Generalversammlung den Genossen Silber- schmidt.

Aus Industrie und Handel.

Parokoff und die Börse.

Die Parokoff-Affäre hat schon wiederholt zu Börsen- manövern Anlaß gegeben. Offiziere kauften Aktien von Gesell- schaften, die Kriegsmaterialien liefern. Natürlich sprangen die Kurse in die Höhe. Ob die Offiziere nur als Strohmänner dienten oder gern Krieg machen wollten, um nicht nur Ehren, sondern auch Kursgewinne einzubeinjen — wer weiß? Am Dienstag wurde die Berliner Börse erschreckt — es hieß, die Parokoffverhandlungen seien resultatlos verlaufen. Wahrscheinlich von interessierter Seite war das Gerücht kol- portiert worden, die „Neue Freie Presse“ habe den Abbruch der Verhandlungen gemeldet. Scharfe Ausrückgänge waren die Folge. Später stellte sich auf Anfrage des „B. L.“ heraus, daß die Meldung erfinden war. Die Drahtzieher sind natürlich daran interessiert, daß keine Beruhigung ein- tritt, sie machen Geschäfte, das ist die Hauptsache.

Händlerzucht.

Ist in einer Industrie an die Stelle der unbeschränkten Kon- kurrenz erst die gemeinsame Vereinbarung der Verkaufspreise und die Umgründung der Produktion getreten, so machen sich zu aller- meist auch bald Bestrebungen geltend, die Bedingungen zu regeln, unter denen die Händler die Ware an die Konsumenten abgeben. Zunächst wird dieses Vorgehen von der Ansicht diktiert, einheitliche Detailpreise zu schaffen, damit die Händler die ihnen selbst vor- geschriebenen Preise möglichst glatt akzeptieren sollen. Das ist der so geschaffene Zustand erst eingebürgert, dann pflegt bei den Fabri- kantenorganisationen — mögen sie Kartelle oder sonstwie heißen — weiter schnell die Neigung zu erwachen, den Handel ganz unter ihre Herrschaft zu bringen. Dieser Prozeß vollzog sich nicht nur in der Kohlen- und Eisenindustrie, auch in vielen anderen Gewerben sind die Händler nur noch Kommissionäre der kartellierten Produzenten.

Nicht ohne Ironie ist die Bezeichnung „Händlerzucht“ für jene Praxis, der Händler, der an die Fabrikanten den vom Kartell festgelegten Preis zu zahlen hat, auch zu verpflichten, bestimmte Mindestpreise für den Einzelverkauf einzuführen. Diesen Händler-

Schuh wollen jetzt auch die Linoleumfabriken einführen, die im Dezember vorigen Jahres einen strenger organisierten Verband geschaffen haben. Dem Verband gehören die folgenden sieben Werke an: Germania-Linoleum-Werke Akt.-Ges., Dietigheim bei Stuttgart, Rheinische Linoleumwerke Werdberg bei Köln, Bremer Linoleumwerke „Schlüsselmarke“, Delmenhorst, Delmenhorster Linoleumfabrik „Anker-Marke“, Delmenhorst, Deutsche Linoleumwerke „Janja“, Delmenhorst, Linoleumfabrik Maximiliansau am Rhein, Deutsche Linoleum- und Wachstuch-Compagnie, Rixdorf bei Berlin. In schneller Folge hat der Verband Preisverhöhungen eintreten lassen, die mit den Steigerungen des Preises für Leinöl begründet wurden. Wenig wahrscheinlich aber ist, daß er bei einem Rückgang der Leinölpreise auch die Preise für seine Fabrikate wieder ermäßigen wird. Bereits vor der offiziellen Gründung des Verbandes wurden gemeinsame Preisausschlüsse vorgenommen, die allein schon ausgereicht haben müssen, um die Ausgaben für die höheren Leinölpreise zu decken, denn für das Jahr 1910 haben die Linoleumfabriken allgemein eine bessere Rentabilität als im Vorjahre erzielt. So verteilten die Linoleumgesellschaften, deren Aktien an der Berliner Börse gehandelt werden, Dividenden:

	1908	1909	1910
Bremer Linoleum	6 Proz.	0 Proz.	8 Proz.
Delmenhorster Linoleum	13	13	20
Deutsches Linoleum	8	5	8

Von einer Notlage der Linoleumfabriken zur Zeit der Verbandsgründung, die, wie erwähnt, erst im Dezember 1910 erfolgte, konnte also keine Rede sein. Vornehmend ist übrigens, daß schon im Mai 1910 von den deutschen Fabriken mit den englischen Linoleumunternehmungen Vereinbarungen über gleiche Exportpreise abgeschlossen wurden. Man wollte wohl auch frühzeitig verhindern, daß durch die wiederholten Steigerungen der deutschen Inlandspreise ein englisches Linoleum auf den deutschen Markt gelockt wird.

Ganz programmäßig wird nun die Kartellmäßigkeit erweitert, der Verband der deutschen Linoleumfabriken gründet eine Händlerorganisation, die ihm angegliedert werden soll, etwa wie die Trägerhändlervereinigungen dem Stahlwerkverband. Händler, die sich der Organisation nicht anschließen, erhalten von den Verbandsfabriken keine Ware, etwaige Uebertretung der Verbandsvorschriften, Nichtbeachtung der Mindestverkaufspreise usw., wird mit Verhängung der Sperre bestraft. Durch den „Händlerbund“ reglementiert die Großindustrie den Zwischenhandel und schaltet ihn schließlich ganz aus. Ihre Vertikalen, Konterbaiten und nationalliberalen Parteifreunde und Agenten aber bedrücken und bestücken in froher Heuscheit zum Schutz des Handels — die Konsumgenossenschaften.

Der Fürstentum und sein Warenhaus.

Zu den interessantesten Blüten des modernen Bank- und Aktienwesens gehört die Handelsvereinigungs-Aktiengesellschaft. Dies Unternehmen besteht in Wirklichkeit nur aus drei Aktiönäre. Es sind Fürst Christian Kraft zu Hohenlohe, Fürst Max Egon von Fürstenberg und Prinz Friedrich Karl zu Hohenlohe. Als Dokument der Emanzipierung des Hochadels, seine kapitalistische Betätigung, ist die Geschichte der Handelsvereinigungs-Aktiengesellschaft, des Warenhauses W. Wertheim G. m. b. H., äußerst interessant.

Gegründet wurde der Fürstentum als Madeira-Aktiengesellschaft, die im Jahre 1905 unter Führung des Prinzen Friedrich Karl zu Hohenlohe-Dehringen eine Madeira-Sanatorien-Sondervereinigung G. m. b. H. übernahm. Das in Aussicht genommene Projekt, mit 3 Millionen Mark Kapital in portugiesischem Gebiet Sanatorien einzurichten, blieb unausgeführt. Nachdem Fürst Fürstenberg an den Fürstentumern gekündigt hatte, begab er sich bald in der Berliner Omnibus-Aktiengesellschaft. Hier war der bekannte Bankier Neuburger, — er hat kürzlich bankrott gemacht, nachdem seine Fürstentumgesellschaft und ihre Kapitalisten ihn verlassen hatten, um zur Deutschen Bank zu gehen — noch der eigentliche Berater und Leiter der Geschäfte.

Heute hat der Fürstentum u. a. auch in der Kalkindustrie, wo seine jüngste Transaktion Friedriehshafen-Sarstedt wegen der unglaublich rigorosen Verschmelzungspolitik berechtigtes Aufsehen erregte, festen Fuß gefaßt. In Palästina gehört zu seinem Machtgebiet die Deutsche Palästina-Bank. Die Deutsche Levante-Linie, eine Schiffsahrtsgesellschaft, die im besonderen nach dem Orient Verkehre hat, steht ebenfalls unter der Herrschaft des adeligen Konzerns. Auch ist die Handelsvereinigungs-Aktiengesellschaft noch in verschiedenen anderen Industrien zu finden.

Ein eigenes Kapitel des Fürstentumers bildet die Gründung der Wulf u. Co. G. m. b. H., einer Kohlentransport- und Handelsgesellschaft, die schon bei den Transaktionen der Hohenlohe-Werke u. G. eine gewisse Rolle spielte. Die Wulf u. Co. Gesellschaft hatte den besonderen Zweck, in das Monopol der Firmen Wolkheim und Friedländer auf dem Gebiete des schlesisch-brandenburgischen Kohlenhandels Verstehe zu legen. Es ist ihr auch gelungen. Die Wulf u. Co.-Gesellschaft ist zugleich die Vertreterin der ober-schlesischen Braunkohleninteressen der fürstlichen Aktiönäre. Bald auf allen wichtigen Industriegebieten läßt sich heute schon der Einfluß von Interessen des Fürstentumers mit beobachten. Nicht zuletzt gehört zu ihren Tätigkeitsgebieten die Terrain-Spekulation. Es scheint allerdings so, als ob die mit ganz anständigen Kronen beladenen Herren hier Achte lassen müssen. Die Hauptursache ist dabei das Passagelaufhaus! Es sind jetzt reichlich zwei Jahre her, daß das mächtige Gebäude als Sammelhaus für Detailgeschäfte eröffnet wurde. Man wußte allerdings schon vorher, daß das Detailgeschäftswarenhaus nichts weiter war als der kramphof und lange gesuchte Name für eine Grundstückspekulation und einen großen Bauauftrag. Der offizielle Gründer des Passagelaufhauses war die Terrain- und Baugesellschaft, hiermit war auch die Verbindung mit dem Fürstentum gegeben. Das schon genannte Bankhaus Neuburger betrieb die finanziellen Vorgeschäfte, die bekannte Möbelfirma Martkewig, die jetzt sogar in New York an einem Wollenlager, der 53 Mill. Mark Kaufkraft veranschlagt, stark beteiligt ist, gab damals den Grund und Boden zu einem sehr, sehr guten Preise her; es waren rund vier Millionen Mark. Die Firma Woswau u. Knauer übernahm den Bauauftrag. Die Vermögenswerte der Woswau u. Knauer-Gesellschaft der Deutschen Bank, stand dahinter. Die Verpflichtung, die durch die Bau- und Terraingesellschaft mit übernommen worden war, die 7 1/2 Millionen Mark zum Bau nötigen Gelder zu besorgen, bedeutete für sie bei der damaligen Lage am Geldmarkt zugleich das Joch, durch das sie von der Deutschen Bank hindurchgezwungen wurde. Sie ließ sich die Verschmelzung mit der Woswau u. Knauer-Aktiengesellschaft gefallen. Der Fürstentumern wurde dem Bankier Neuburger untern und schenkte zur „goldbewehrten“ Führung der Deutschen Bank über. Fürst Fürstenberg benutzte die günstige Gelegenheit und lud seinen Klientenbesitz am Feltowkanal auf die ohnedies schon stark belastete und äußerst verwickelt engagierte Gesellschaft ab. Nachdem das Detailgeschäftswarenhaus Weiße gemacht hatte, kam zur rechten Zeit der Streit der Brüder Wertheim. Das neue W. Wertheim-Warenhaus entstand. Heute ist davon nicht viel mehr übrig, denn Herr W. Wertheim ist nun schon seit Jahresfrist nicht mehr Inhaber des ganzen Unternehmens, an seiner Stelle besitzen es in Wirklichkeit drei Fürsten! Die fürstlichen Geldgeber, haben beachtlich, halb gezwungen, mühten immer mehr Geld in das neu erworbene Warenhaus hineinstecken. Kurzeit haben sie wohl schon rund 15 Millionen Mark kreditiert. Damit muß natürlich ihre Berliner Terrain- und Baugesellschaft immer wackeliger werden. An der Börse ist trotz kramphofter Bemühungen der Fürst dieses Unternehmens des Fürstentumers in den letzten Tagen von 79 auf etwa 73 Prozent gefallen! Sogar die sonst nicht immer unbedingt kritische „Frankfurter Zeitung“ schreibt dazu: „Dieses Unternehmen ist, seitdem es unter die Herrschaft des Fürstentumers gekommen, eine Sammelstelle unruher und risikoreicher

Engagements geworden, das überlastet mit Millionenengagements, nicht mehr aus noch ein weiß. Die Deutsche Bank hat es immer verstanden, ihre Kapitalien sicher zu stellen, die Handelsvereinigung der Fürsten ist in einer weniger glücklichen Lage.“

Dividenden.

Die A.-G. Held u. Franke will auch in diesem Jahre wieder 10 oder 20 Proz. Dividenden zahlen. Begründet wird diese hohe Ausschüttung damit, daß reichliche und besonders günstige Aufträge vorliegen, die eine befriedigende Zukunft verbürgen und das jetzt zu Ende gehende Geschäftsjahr in jeder Hinsicht befriedigend und besser als die vorhergehenden Jahre war. Die vielen Bauarbeiter, die bei der Firma arbeiten, können für ihre Verhältnisse leider nicht das Gleiche sagen.

Soziales.

Doppelte Strafe.

Die Firma C. Wolle, Meierei, bedingt sich von ihren Ausschüßern 101 M. Kaution aus, mit der dieselben für etwaigen durch sie verschuldeten Schaden haften sollen und die außerdem in vollem Umfange verfällt, wenn sich der Betreffende eines Diebstahls oder einer Unterschlagung schuldig macht. Der Ausschüßer A. hatte sich Waren im Werte von 220 M. angeeignet und war deshalb im Strafverfahren zu 30 M. Strafe rechtskräftig verurteilt worden. Wolle verzweigte nun die Herausgabe der Kaution. A. hielt es mit den guten Sitten nicht vereinbar, daß er neben der Strafe noch die Kaution für das im Werte geringe Objekt einbüßen sollte. Er rief deshalb das Gewerbegericht an, welches gestern unter Vorsitz des Magistratsrats Wölbling darüber zu entscheiden hatte.

Dieses wies die Klage mit der Begründung ab, daß nicht nur die Frage vom klagenden Interesse aus geprüft werden müßte, sondern von dem Interesse beider Teile. Da sei aber zu beachten, daß das Interesse der klagenden Firma ein viel höheres sei. Denn sie habe ein sehr großes Interesse am Unterbleiben von Diebstählen. Somit stehe auch die Vereinbarung, daß die Kaution in voller Höhe als Vertragsstrafe verfällt, den guten Sitten nicht entgegen, zumal die Strafe verhältnismäßig nicht zu hoch ist.

Dieser Urteil eines Gewerbegerichts muß lebhafteste Bedenken wachrufen. Das Interesse der Firma Wolle an dem Erfolg der Unterschlagung in Höhe von 220 M. kann diese Summe nicht übersteigen. Was darüber ist, ist eine durch nichts gerechtfertigte zweite Privatbestrafung wegen der Straftat. Das verstößt gegen den Rechts- und Moralsatz: ne bis in idem (es darf eine Tat nicht zweimal bestraft werden). Uebrigens ist es unmoralisch, daß eine solche Strafe dem Geschädigten zufallen sollte. Weiter ist zu bedenken, daß die Höhe der Strafe geradezu einen Anreiz für die Firma bieten kann, die Angestellten zu kleinen Unterschlagungen zu verleiten. Dies insbesondere dann, wenn, wie es scheint, die Vertragsstrafe nicht zugunsten einer Woffahrtsskaffe, sondern zugunsten der Firma selbst verfallen sollte. Verursachtig kann noch, daß der Festlegung der Vertragsstrafe zugunsten der Angestellten keine ähnliche zugunsten der Firma für Vertragsverletzungen gegenüber steht und daß die dem Angestellten ungünstige Vertragsabrede durch die wirtschaftlich weit mächtigere Firma erfolgt ist, so erscheint der Einwand der Richtigkeit wegen Verstößes, ja wegen groben Verstößes gegen die guten Sitten durchaus gerechtfertigt. Es hätte demnach der Klage stattgegeben werden sollen.

Wie steht es mit der Rückerstattung von Nebemerkungen bei Heiraten?

Aus dem Leserkreise werden aus Anlaß falsch informierender Artikel der bürgerlichen und sogenannten unparteiischen Presse wiederholt an uns Anfragen gerichtet, ob in der Tat das Recht junger, verheirateter Ehefrauen in Horfall kommt, die Rückerstattung der Beiträge aus der Invalidenversicherung zu verlangen. Wir wiederholen deshalb, wie die Rechtslage ist. Wer nicht bereits vor dem 1. August 1911 den Antrag auf Rückerstattung der Beiträge gestellt hat, dem ist durch das am 1. August veröffentlichte Einführungs-gesetz zur Reichsversicherungsordnung das Recht auf Rückerstattung von Beiträgen genommen. Wer vor dem 1. August 1911 solchen Antrag (innerhalb eines Jahres nach Heiratsabschluss) gestellt hatte, erhält die Beiträge zurück erstattet, wenn die Behörde seinen Anspruch noch vor dem 1. Januar 1912 durch einen rechtskräftig gewordenen Bescheid anerkennt. Verbummelt es die Behörde oder zieht sich die Erledigung des Antrages bis nach dem 31. Dezember 1911 hin, so ist durch das erwähnte Einführungs-gesetz der Anspruch auf Rückerstattung beseitigt.

Der Handwerks- und Gewerbeamtstag gegen die Versicherung der Privatangestellten.

Der in Düsseldorf gestern veröffentlichte Handwerks- und Gewerbeamtstag nahm nach einem Vortrag des Syndikus der Preussischer Handwerkskammer Dr. Paschke folgende Resolution gegen den Gesekentwurf über die Versicherung der Privatangestellten gegen 4 Stimmen an:

1. Der Gesekentwurf fällt aus dem Rahmen der allgemeinen Invalidenversicherung heraus und zerstört damit wieder das eben abgeschlossene Werk der Vereinigung der sozialen Gesehe.
2. Durch Annahme dieses Gesekentwurfes würde der soziale Frieden nicht gefördert, sondern gestört werden; denn das Geseh bringt denjenigen Personen, die dadurch versichert werden, eine Anzahl von Sonderprivilegien, welche die durch das allgemeine Geseh versicherten Personen nicht erhalten haben.
3. Zu diesen Sonderprivilegien gehören: Die Herabsetzung der Altersgrenze auf 65 Jahre, die gesetzliche Festlegung des Begriffs Berufs-Invaldität, die Errichtung einer Einkommensgrenze von 6000 M. und die Doppelversicherung in den unteren Einkommensklassen gegenüber den nicht unter das Spezialgeseh fallenden Versicherten.
4. Die Organisation der Versicherung ist zu kompliziert und kostspielig. Die Mitwirkung der Beitragspflichtigen bei dem Direktorium ist erforderlich.
5. Für diejenigen Personen, denen staatlich geleitete oder beaufsichtigte Pensionskassen mindestens dieselben Rechte sichern, wie es die Reichsversicherung tut, hat der Versicherungszwang wegzufallen.
6. Die schon bestehenden Pensionsanstaltungen müssen aufrecht erhalten bleiben, falls durch ihren Wegfall ihre Mitglieder geschädigt werden.
7. Der Kostenaufwand, der entsteht durch a) die Kosten der Doppelversicherung, b) die Kosten der besonderen Verwaltung, ist übermäßig und daher nicht zu billigen.
8. Der deutsche Handwerks- und Gewerbeamtstag kann daher einem derartigen Gesekentwurf nicht zustimmen.

Gerichts-Zeitung.

Der Raubmordversuch eines Siebzehnjährigen

beschäftigte gestern unter Vorsitz des Landgerichtsrats Wille die 6. Ferienkammer des Landgerichts I. Aus der Unterschlagung wurde der 17jährige Kurt Anoblauch vorgeführt, um sich unter der Anklage des versuchten Mordes in Ideal Konkurrenz mit versuchten schwereren Verbrechen zu verantworten.

Der jugendliche Angeklagte, der einen sehr intelligenten Eindruck macht, ist aus nicht gerade glücklichen Familienverhältnissen hervorgegangen. Seine Mutter ist dreimal verheiratet gewesen, so daß seine Erziehung bald in den Händen der Mutter, bald in denen der Großmutter oder anderer Verwandten lag. Es wurde für ihn schließlich ein Vormund ernannt, dem einige Zeit die Er-

ziehung oblag. In der frühesten Jugend befaßte der Angeklagte seine Mutter und seinen Vormund. Deswegen brachte ihn dieser aufs Land in die Lehre. Eines schönen Tages stahl der junge Burche seinem Lehrherrn eine goldene Uhr und ein Fahrrad und verschwand damit. Nachdem er die Uhr zu Geld gemacht und dadurch Jahrgeld hatte, warf er das Rad einfach in den Gassen-graben und kam mit der Bahn nach Berlin. Besonders auffällig ist, daß ihm gerade dieser Lehrherr das Zeugnis eines selten intelligenten und überaus fleißigen Menschen gibt, dem nichts sauer gefallen war. Wie sich später ergab, war A. schon auf der Schule teils der fleißigste Schüler und teils der Schulprämien davon. Wegen jenes Diebstahls wurde A. zu einer Woche Gefängnis verurteilt, die ihm aber bei guter Führung erlassen werden sollte. Er wurde dann in einer Verlagsbuchhandlung in der Mittelstraße untergebracht, wo er sich ebenfalls als sehr intelligent und fleißig erwies. Am 2. Juni d. J., während seiner zweitägigen Mittagszeit, verließ A. das Geschäft und suchte den Laden des Wesserschmieds Baumann in der Reinholdsdorfer Straße auf. Er ersuchte den Inhaber Baumann, ihm verschiedene Revolver vorzulegen. Als B. dies tat, erklärte der Angeklagte, er möchte ihm Waffen größeren Kalibers zeigen. Er ließ sich dann von B. einen Revolver mit Kugelpatronen laden und sich den Mechanismus erklären. Auf den ausdrücklichen Wunsch des Angeklagten unterließ es B. die Waffe wieder zu entladen. Als er den Revolver in Papier einpacken wollte und sich nach dem Papier bückte, ergriff der Angeklagte die Waffe und setzte sie dem erschrockenen B. auf die Brust, wobei er äußerte: „So, jetzt leben Sie sich Ihren Revolver noch einmal genau an!“ In demselben Moment drückte er los. Wie durch ein Wunder wurde die Kugel durch das fleischfarbte Chemiefeld des B. in ihrem Lauf derartig gehemmt, daß sie nur eine oberflächliche Fleischwunde hervorrief. Durch die Detonation wurde die Frau Baumann herbeigerufen, auf die der Angeklagte ebenfalls sofort feuerte. Die Kugel ging glücklicherweise fehl. Frau B. lief auf die Straße hinaus um Hilfe zu rufen. Inzwischen hatte sich W. auf den Angeklagten gestürzt, nachdem dieser nochmals auf ihn geschossen und ihn in die linke Seite getroffen hatte. Zwischen beiden kam es zu einem wütenden Handgemenge, bei welchem sich W. in der Hitze des Kampfes an der Wange des Angeklagten festbiß. Inzwischen hatte sich vor dem Laden Publikum angesammelt, das für den Angeklagten Partei nahm und ihn zu befreien suchte. Durch einen hinzukommenden Schutzmann wurde der Angeklagte festgenommen. Auf eine Frage der Frau Baumann, wie er denn in aller Welt dazu komme, ohne Veranlassung auf ihren Mann zu schießen, antwortete der Angeklagte mit lächelnder Miene: „Ich wollte Sie nur ein bißchen verärgern, mir sieht sowieso das Messer an der Kehle!“

In der gestrigen Verhandlung zeigte der Angeklagte ein für einen unter so schwerer Anklage stehenden jungen Menschen auffällige Ruhe. Auf eine Frage des Vorsitzenden, wie er zu der Tat gekommen sei, erklärte der Angeklagte mit zynischem Lächeln: „Ich wollte den Revolver später zu Einbrüchen gebrauchen.“ — Der Staatsanwalt ließ die Anklage wegen versuchten Mordes fallen, da es nicht genügend festzustellen sei, daß der Angeklagte schon in der Absicht, den Reuten Baumann zu töten, den Laden betreten habe. Wegen versuchten Totschlags und versuchten Raubes beantragte der Staatsanwalt 2 Jahre Gefängnis. Das Gericht ging weit über diesen Antrag hinaus. Wie der Vorsitzende mitteilte habe es das Gericht für erforderlich gehalten, einen Menschen, mit so starken verbrecherischen Neigungen auf möglichst lange Zeit unschädlich zu machen. Das Urteil lautete auf 5 Jahre Gefängnis.

Die Begründung des Urteils muß Verwunderung erregen. Liegt, wie das Gericht ohne Vernehmung eines Sachverständigen annahm, eine „starke verbrecherische Neigung“ beim Angeklagten vor, so gehörte er in einer Heilanstalt, nicht in das Gefängnis, wenn diese Neigung etwa physische oder psychische Ursachen hatte. Nimmt man aber an, die Neigung sei nicht krankhaft, sondern erkläre sich aus dem Mangel an Erziehung des geistig gut Veranlagten, so war der vorliegende Fall ein Schulbeispiel für die Fälle, in denen der Versuch zu machen war, statt zu „strafen“, eine gute Erziehung durch Ueberweisung an eine geeignete Familie oder Erziehungsanstalt nachzuholen. Soweit ersichtlich, ist der junge Mann auf Abwege geraten, weil ihm Niemand einen Weg zu seiner sittlichen Weiterbildung und geistigen Betätigung auch auf anderen Gebieten auf dem Arbeitsfeld wies. Das Gefängnis ist zur Verbesserung nicht geeignet, sondern dürfte den jungen Mann vollends in die Laufbahn gewerbmäßigen Verbrechertums drängen.

Ein schändliches Sittenbild

wurde gestern in einer Verhandlung aufgerollt, die unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Höpke die 2. Ferienkammer des Landgerichts I. beschäftigte. Auf der Anklagebank mußte die Möbelhändlerin Helene Dorn, geb. Kurmann, und deren Tochter, die Möbelhändlerin Anna Gerlach, Platz nehmen. Frau Dorn wurde beschuldigt, dem unsittlichen Treiben ihrer mitangeklagten Tochter Vorstüb geleistet zu haben. Die Tochter wiederum war deselben Vergehens, nämlich der Kuppelrei, gegenüber ihrer Mutter beschuldigt. Außerdem war die Dorn auch noch des Sittlichkeitsverbrechens im Sinne des § 176, Absatz 3 des Strafgesetzbuches, an ihrer auferzehlenden 14jährigen Tochter Helene angeklagt.

In der Verhandlung ergab sich, daß die Dorn nicht nur ihre verheiratete Tochter, die jetzige Mitangeklagte, zu den Orgien, die in ihrer Wohnung in der Alten Jakobstraße stattfanden, herangezogen hatte, sondern auch ihre eigene minderjährige Tochter. — Staatsanwalt Dr. Dyßer beantragte gegen die Angeklagte Dorn 2 Jahre Zuchthaus, gegen die Tochter 6 Wochen Gefängnis. Das Gericht erkannte gegen die Dorn auf 1 Jahr Gefängnis. Die Angeklagte Gerlach wurde zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt.

Verfammlungen.

„Die Volksehrwürdigerungen gegen den Händlersbund“ lautete die Tagesordnung einer öffentlichen Versammlung der Straßenhändler Berlins, die am Donnerstag in den „Musterjahren“ stattfand. Der Referent, Redakteur Denger, schilderte, wie die Straßenhändler von der Polizei mit Strafmandaten förmlich verfolgt, ihnen die Ausübung ihres Berufes oftmals rein unmöglich gemacht wird. Diese Verfolgungen hätten ihre Ursache in der Klassenherrschaft und Klassen-gesetzgebung, die zu bekämpfen und zu beseitigen Aufgabe des gesamten Volkes sei. Der Redner forderte die Anwesenden auf, sich vor allem ihrer Berufsorganisation, dem Zentralverband der freien Händler und verwandten Berufsgenossen, die Essen a. d. Ruhr, anzuschließen. Die politischen Strafmandate solle man nicht ruhig hinnehmen, sondern rüchliche Entscheldung beantragen, wobei ihnen der Syndikus ihrer Organisation zur Seite stehen werde. — Die Versammlung schloß mit Annahme einer entsprechenden Resolution.

Zagungen der deutschen Arbeitgeberverbände im Malergewerbe. Zu dem Bericht in Nr. 190 des „Vorwärts“ schreibt uns Herr Fr. Kelpke: „Ich habe gesagt, mein Wunsch ginge dahin, daß alle Schichten organisiert wären, und zwar in der freien Organisation, denn nur mit dieser sei es möglich, die Schmutzkonkurrenz ernstlich zu bekämpfen. Ja, und wenn Sie auch rufen hört! hört! Ich habe die Erfahrung gemacht, daß mit dieser Organisation besser gemeinsam zu arbeiten ist als mit der christlichen oder mit einer unorganisierten Masse.“

Berichtigung. Im Massenbericht der Verbandsgeneralversammlung ist unter Raifonds zu berichtigen:

Die Einnahmen betragen für Raimarken 6 154,75 M.
Ueberschüsse der Feiern 6 448,85

nicht 72 601,10 M., wie irrtümlich im Berichte angegeben.
Der Kassierer: Emil Voelke.

Leser- und Diskussionsklub „Zd. Osk.“. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, bei Reibhardt, Götlicher Straße 58: Vortrag. Gäste willkommen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Einseher.

Donnerstag, den 24. August, abends 8 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15, Zimmer 4, Arbeitslokalraum:
Branchen-Versammlung
(Die Generalversammlungsdelegierten müssen sämtlich anwesend sein, da in dieser Versammlung die Delegiertenkarte ausgegeben werden.)

Zalonsiearbeiter.

Mittwoch, den 23. August, abends 8 1/2 Uhr, bei
Voeker, Weberstr. 17:
Versammlung.

Kranken- und Sterbekasse der Fuhrherren, Kutscher
und verw. Berufsgenossen „Eintracht“. E. H. No. 80 zu Berlin.
Donnerstag, den 7. September, abends 8 1/2 Uhr, im Rosenthaler
Vereinshaus, Rosenthaler Straße 57:

Außerordentliche General-Versammlung

Tagesordnung: 1846
1. Anträge auf Änderung der §§ 2, 3, 9 und 37 des Statuts. 2. Ver-
schieden. Der Vorstand. J. A.: Suhr, 2. Kandidat.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Zimmerer.

(E. G. Nr. 2, Hamburg.) Cert. Verwaltung Berlin.
Donnerstag, den 24. August, abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 3.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 2. Quartal. 2. Kassenangelegenheiten.
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt III, 1239. Charitéstraße 3. Hauptbureau: Hof III. Amt III, 1987.

Donnerstag, den 24. August, abends 8 Uhr, in der Brauerei Friedrichshain
(im großen Saale), Am Friedrichshain 16/23:

Fortsetzung der General-Versammlung

vom 14. August d. J.

Ohne Mitgliedsbuch und Legitimationskarten für Vertrauensleute kein Zutritt.
Besondere Einladungen werden zu dieser Versammlung nicht verschickt.

Achtung!

Klempner.

Achtung!

Die für Donnerstag, den 24. August, angesetzte Klempnerversammlung findet
wegen der Generalversammlung erst am

Freitag, den 25. August

in den Andreae-Festsälen, Andreaestr. 21, statt.

Tages-Ordnung:
1. Wahl des Branchenleiters. 2. Was haben wir nach der besetzten Bewegung zu tun? 3. Wichtige
Branchenangelegenheiten.
Kollegen! In Anbetracht der besonders wichtigen Tagesordnung, die jeden Kollegen interessieren muß, ist
es Pflicht eines jeden, ob Bau- oder Werkstattklempner, unbedingt zu erscheinen.
Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Ortsverwaltung.

MOBEL MESSE

AUSSTELLUNGSHALLEN AM ZOO
BERLIN-1911 VOM 19. AUG. - 4. SEPT.
EINTRITT FREI GEOFFNET V. 10-8 UHR

Leitergerüstbauer!

Kollegen, welche Mitglied der
Unterstützungskasse sind, lade ich
zu einer wichtigen Besprechung
am Sonntag, den 27. August,
vormittags 10 Uhr, in das Ge-
werkschaftshaus, Saal 10, ein.

Der Kassierer.

Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzug od. Paletot
nach Maß, schnell, durch. Zahlung
von 25 Mark an Moritz Laband,
Neue Promenade 8, II. (Stadth. Bldg.)

Möbel

Teilzahlung

Spiegelschränke Anz. 5 Mk. an
Bettstellen " 4 " "
Kleiderschränke " 5 " "
Vertikos " 8 " "
Zweischränke " 5 " "
etc. etc.

Abzahlung 1 Mark.

Zimmer-Einrichtung
Anzahlung 10 Mk. an
Wohnungs-Einrichtung
Anzahlung 20 Mk. an

Wittkopp

Rosenthaler Str. 83
vis-a-vis Nean Schönhauser Str.

Reste

Rusterfabrik „Herbst-Neuhäuser“ für
Krawatte, Kostüme, Meter 3, 4 Mark.
Zuchlager-Gesellschaft m. b. H.
Gertraudenstr. 20-21, b. Petrifische

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, den 23. August.
Anfang 7 1/2 Uhr.
R. Oberhaus. Aida.
R. Schauspielhaus. Hochmann
als Freier.
Berliner Theater. Die junge Garde.
Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Faust. I. Teil.
Veffing. Glaube und Heimat.
Berliner. Dummelstudenten.
Kleines. Der Leibgarbist.
Neues Schauspielhaus. Die leinche
Eulama.
Romische Oper. Der verbotene
Kuß.
Rehdenz. Die Dame von Maxim.
Westen. Die lustigen Nibelungen.
Thalia. Polnische Wirtshaft.
Schiller. O. Der dunkle Punkt.
Schiller-Charlottenburg. Pann.
Metropol. Die Welt amüsiert sich!
Noch. Guten Morgen, Herr Fischer.
Herrfeld. Das Kind der Firma.
Schmerzlose Behandlung.
Apollo. Spezialitäten.
Vasage. Spezialitäten.
Reichshallen. Berliner Sänger.
Wintergarten. Spezialitäten.
Königstadt-Kasino. Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Lustspielhaus. Die goldene Schüssel.
Lulien. Der Siebente.
Diele. Staatsanwalt Alexander.
Folies Caprice. Drei Frauenhüte.
Sie ist eine Ausnahme.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Kammerspiele. Frühling's Erwachen.
Neues Operetten. Eine Million.
Trianon. Das Pringchen.
Intimes. Pachtier Uen.
Urania. Landenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Lebende Tierbilder
von nah und fern.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.
Kaiser-Panorama. 3 Wanderung
in der lässlichen Schweiz.
Oberitalienische Seen. - Lago
Maggiore usw.

Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Die lustigen Nibelungen
Residenz-Theater.
Direction Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Sommerpreise.
Die Dame von Maxim.
Schwan in 3 Akten von Georges
Rehdenz. Deutsch v. Benno Jacobsohn.

ROSE=THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Staatsanwalt Alexander.
Auf der Gartenbühne:
Es gibt nur ein Berlin.
Große Revue.

Apollo Theater
Ab 8 Uhr:
Vorletzte Woche
des grandiosen Programms mit
Harry Walden
in
sein Herzensjunge.

Metropol-Theater.
Zum 117. Male:
Hohheit amüsiert sich!
Operette in 3 Akten von J. Freund.
Musik von Rudolf Kellon.
In Szene gesetzt vom Dir. H. Schulz.
Anfang 8 Uhr. Hausen gestattet.

Herrnfeld Theater
Jubiläums-Saison 20-jährig Direction
Anton und Donat Herrnfelds.
Seit 20 Jahren der größte Erfolg
die Kospitäten

Das Kind der Firma
Verwandlungskomödie in 2 Akten mit
den Autoren
A. Herrnfeld u. Tobias Tschoppnerock.
Donat Herrnfeld als Philipp Katzenfell.
Schmerzlose Behandlung
Anfang 8 Uhr.
Vorverl. 11-2 Uhr (Theaterkasse).
Prachtvoller Sommergarten.
Lustige Vergnügen.

Schweizer-Garten
Am Königstor. Am Friedrichshain.
Jeden Abend 7 1/2 Uhr:
Wie man Weiber fesselt.
Voffe mit Gesang in 2 Akten.
Spezialitäten, Kinematograph.
Jeden
Kinderfest.
Anf. wochentags 5, Sonnt. 4 Uhr.

Ab 1. September

AUSSTELLUNG NORDLAND

auf dem entsprechend hergerichteten Platze
Kurfürstendamm 151 (frühere Rollschuhbahn)

125 Polarbewohner bei Arbeit, Sport und Spiel

Hochinteressante Darstellungen aus d. Volks-
leben im höchsten Norden, ausgeführt von
kunstgeübten Eskimos und Lappländern.

Unübertroffene Sportsleistungen

Skiläufen, Skiboote, Schlittentfahren auf künstl.
Bahn, Islandpferde, Renntiere, Grönlandhunde.

Buntes Volksleben

Original-Hütten und -Zelte Hausindustrie

SPORT-PALAST

Potsdamer Str. 72

Eröffnung der Saison 1911/12

Ende August cr.

Blockhefte, 30 Eintrittskarten 20 Mk., Saisonkarten 40 Mk.
Monatskarten für Erwachsene 8 Mk., für Schüler und
Kinder 4 Mk. sind ab heute im Sport-Palast zu haben.

Größter Eispalast der Welt

Neue Welt
Amerikanischer Vergnügungspark
Hansende.
Heute:
Kinder-Erntedankfest.
Gratisverlosung. Hauptgewinne
goldene Uhren.
Donnerstag: **Eiltettag**
mit **Parade-Feuerwerk.**
Freitag: Sanitätskolonne vom
Roten Kreuz.
Gr. Promenadenkonzert,
Spezialitätenvorstellung.
Eintrittspreis nur 15 Pf.

Moabiter Wintergarten
Artus-Hof
Perleberger Str. 26, Stendaler Str. 18
Direction: Karl Pirnau.
Riefen-Angust-Programm.
The Lunas Lustakt. Byron, musika-
lischer Glom. Relays Duett. Herm.
Milardo, Grotteskomiker. The Darnolds,
Belangenst. Rositta, Bern. Tänzerin.
Erka Erika, Soubrette. Arturo, frei-
lebende Leiterin. Gust. Müller, Du-
motist. Les Totos an Silberketten.
Das Weisent.
Schwan in 1 Akt.
Anfang 4 Uhr. Vorstellung 6 Uhr.

Café Bellevue.
Kummelsburg am See.
Inh.: G. Tempel.
Jeden Sonntag:
Spezialitäten-Vorstell.
u. **Garten-Konzert.**
Jeden Sonnabend und
Donnerstag:
Soireen der
Koffmanns Sänger

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Anfang
wochentags 8 Uhr,
Sonntags 7 Uhr.

Urania.
Wissenschaftliches Theater,
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Lebende Tierbilder
von nah und fern.

ZOO
LOGISCHER
GARTEN
Täglich:
Großes Militär-
Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mark
von abends 6 Uhr ab 50 Pf.,
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

PASSAGE :: ::
PANOPTIKUM
Das größte Schautablisement
des Kontinents.
Lebend
der Mann mit der
**eisernen
Zunge.**
Ein Fakir ohne Nerven.
AGA die schwabende Jungfrau.
Alles ohne Extra-Entree.

Noacks Theater.
Direction: Robert Oll.
Berlin N., Brunnentstraße 16.
Wenn schön: im Garten!
Wenn schlecht: im Saal!
Theater, Konzert, Spezialitäten.
Guten Morgen, Herr Fischer!
Der Präsident. Guten Tag, Papa!
Anfang 5 Uhr.

Admiralspalast
Am Bahnhof Friedrichstraße
Eis-Arena.
Geöffnet ununterbrochen von
10 Uhr vormittags.
Heute
Zum 160. Male

D. prunkvolle Eisballast
Montreal
D. Stadt auf Schlittschuhen
Zahlreiche
Kunstausproduktionen.
Anerkant vorzögl. Küche.
Bis 7 Uhr u. von 10 1/2 Uhr
abds.: halbe Kassenpreise.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Rudolf Mälzer
Der erste Komiker d. Jetztzeit.
Emanuel Steiner
Rechenphänomen
! und das große
Varieté-
Eröffnungsprogramm

Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Parisiana-Ensemble.
3 Frauenhüte.
Sie ist eine Ausnahme.
Das Strumpfband.
Cousin Pamponette.

Volksgarten-Theater
Mittwoch, den 23. August 1911:
Konzert, Theater- u. Spezialitäten-
Vorstellung.
Zum Benefiz f. die Ballettmeisterin
Elise Matan und Herrn Musikdirektor
Robert Eibnitz.

Der Walzerkönig.
Charakterbild mit Gesang und Tanz.
Berliner Prater-Theater
Rastanien-Allee 7/9.
Täglich:
Die junge Garde.
Ausstattungsstücke von Jacobson
und Hin.
Spezialitäten u. Konzert.
Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Casino-Theater
Wiedereröffnung
Sonnabend, den 26. August
mit dem neuen
Berliner Vollen-Schlager
Der selige Huldshinsky.
Vorverl. tägl. von 10 1/2 bis 1 1/2 Uhr.

Max Kliems
Sommer-Theater
Rudolf Krüger, Ostendebö 13-15.
Täglich: Erklaffige Theater-
und Spezialitäten-Vorstellungen.
Zeltbühnen-Theatergarten, bei un-
günstiger Witterung Schaubühnen.
Jed. Mittwoch: Gr. Kinderfest.
Donnerstag: Eiltettag.

Königstadt-Kasino.
Königstr. 72. Ecke Wegscheiderstr.
Inh.: Max Schindelhauer.
Von 16.-1. 1. 1. 1.
Neue Spezialitäten.
Neue Attraktionen.
Etterlos.
Lebensbild mit Gesang in 2 Akten.
Für den Inhalt der Inserate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Zweite Konferenz des Krankenpflege-, Massage- und Badepersonals.

Berlin, 22. August 1911.

Zweiter Verhandlungstag.

Die Verhandlung am Montag schloß mit dem Referat des Redakteurs Dittmer-Berlin über Prüfungsvorschriften.

Redner betont, daß seine Ausführungen mehr informativ als kritisch sein sollen. Im weiteren führt er aus, daß im Jahre 1906 der Bundesrat Vorschriften über die staatliche Prüfung von Krankenpflegepersonal erlassen hat.

Hier liegt also bereits eine einheitlich geregelte gesetzliche Maßnahme vor, die nur des Ausbaues bedürftig hätte, statt dessen mußte aber im Jahre 1906 die Gewerbeordnung als Argument herhalten, die bereits geplanten obligatorischen Bestimmungen für das Krankenpflegepersonal fakultativ zu gestalten.

Redner verbreitet sich weiter über die Prüfungsvorschriften, sowie über die Fachschulen, er kommt zu dem Urteil, daß die zwei- bis vierjährige Erfahrung zu einem vernünftigen Urteil über den fakultativen Charakter des Gesetzes geführt hat.

Nach kurzer Debatte, die am Dienstag früh einsetzte, in der Strunk-Magdeburg, Hofmann-Nürnberg und Schuchardt-Leipzig die Ausführungen des Referenten scharf unterstrichen, wurde folgenden Thesen einstimmig zugestimmt:

Von Ärzten und Fachleuten wird mit Recht immer dringender ein gut ausgebildetes Personal im Kranken-, Heil- und Badewesen gefordert. Unerlässliche Vorbedingung hierfür ist aber bessere Bezahlung und Hebung der gesamten wirtschaftlichen und sozialen Lage der Berufsgenossen.

führen oder auch nur die größten Nöthstände im Beruf zu beheben. Es muß deshalb erneut von der Gesetzgebung gefordert werden, daß vereinfachte, möglichst systematische und obligatorische Ausbildungs- und Prüfungsvorschriften für das Heil- und Pflegepersonal erlassen werden.

Ueber das Stellenvermittlungsrecht referierte ebenfalls Dittmer-Berlin. In längeren Ausführungen besprach er die einzelnen Paragraphen dieses Gesetzes. Der Extrakt seiner Ausführungen ist in folgenden Zeitsähen wiedergegeben:

Das öffentliche Interesse für Kranke und Bedennde gebietet, daß Pflege und Bedienung von sachkundig vorgebildetem Personal geleistet wird. Alle staatlichen und städtischen Heil- und Badeanstalten sind verpflichtet, ihr Personal von paritätisch geleiteten, der öffentlichen Kontrolle unterstellten Fach-Arbeitsnachweisen zu beschaffen.

So mit den privaten Badeanstaltbesitzern Tarife durch die Organisation abgeschlossen sind, soll gleichzeitig auf die Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises hingewirkt werden.

Solange öffentliche paritätische Arbeitsnachweise mit besonderen Fachabteilungen für das Krankenpflege-, Heil- und Badepersonal nicht bestehen, sind die Kollegen verpflichtet, nach Kräften den von der Organisation eingerichteten Zentral-Stellennachweis zu unterstützen.

Gegen die private Stellenvermittlung sind die Bestimmungen des neuen Stellenvermittlungsrechtes rückhaltlos anzuwenden.

Der Delegierte Polenske-Rixdorf gab bekannt, daß der Oberbürgermeister Dominikus-Schöneberg einem anzuwendenden Stellung in Dresden verweigert habe, deren Besuch doch gerade für das Pflegepersonal recht praktisch sei. Dann referierte Riedel-Wilmersdorf über die Lage des Krankenpflege-, Massage- und Badepersonals. Seine Ausführungen begründeten nachstehendes Programm, dem nach längerer Debatte zugestimmt wurde:

1. Erlass einheitlicher bundesrätlicher Vorschriften über obligatorische Ausbildung des Pflege-, Massage- und Badepersonals. Regelung des Prüfungswesens.

2. Unterstellung des gesamten Personals unter die Reichsgewerbeordnung. Aufhebung der im § 154 der Gewerbeordnung für Heilanstalten und Gesehungsheime enthaltenen Ausnahmeregelungen. Aufhebung der im § 160 der Reichsversicherungsordnung vorgesehenen Einschränkung der Berufspflicht. Ausdehnung der gesetzlichen Unfallversicherung auf das Personal. Anerkennung des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches.

3. Zahlung angemessener Löhne unter Festsetzung von Minimalätzen und regelmäßigen Dienstalterszulagen. Beseitigung des Trinkgelberauswechslens.

4. Festsetzung einer Maximaldienstzeit von täglich 12 Stunden einschließlich der Frühstücks-, Mittags- und Vesperpausen. Trennung des Nachdienstes vom Tagesdienst durch Einführung von Doppelschichten. Gewährung einer wöchentlichen Ruhepause von

mindestens 36 Stunden. Anerkennung der persönlichen Freiheit während der dienstfreien Zeit.

5. Beseitigung des heutigen Kost- und Logiswesens.

6. Gleichstellung des männlichen und weiblichen Personals. Verbot weiblicher Pflege auf Männerstationen öffentlicher Anstalten.

7. Gewährung eines alljährlichen Sommerurlaubes unter Fortzahlung des Lohnes und Entschädigung für Kost und Logis.

8. Gewährung von Rubelohn und Hinterbliebenenversorgung. 9. Einführung öffentlicher unter paritätischer Verwaltung stehender Facharbeitsnachweise. Verbot der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung. Anrechnung der Dienstzeit beim Stellenwechsel.

Das Referat des Vorsitzenden Mohs-Berlin über „Die Organisation des Krankenpflege-, Massage- und Badepersonals“ zeitigte die Annahme folgender Resolution:

„Die heutige Konferenz spricht aus, daß zur nachdrücklichen Besserung der Lage des Krankenpflege-, Massage- und Badepersonals eine gute gewerkschaftliche Organisation eine Notwendigkeit ist.“

Eine solche hat aber zur Vorbedingung die Gewährleistung und praktische Durchführung des uneingeschränkten Koalitionsrechtes. Das Personal in Kranken-, Pflege- und Badeanstalten fordert deshalb, daß ihnen dieses voll zugesprochen wird.

Die Kolleginnen und Kollegen halten es für selbstverständlich, ihnen zugesandene Rechte auszunutzen und ihre Organisation weiter auszubauen. Sie fühlen sich eins mit den in der modernen Arbeiterbewegung organisierten Proletariaten und geben mit deren Unterstützung auf dem von ihnen eingeschlagenen Wege ihr Ziel, Hebung der Lage des Krankenpflege-, Massage- und Badepersonals zu erreichen.“

Nach Abschluß der Debatte im zustimmenden Sinne waren die Arbeiten der zweiten Konferenz geschlossen.

Witterungsübericht vom 22. August 1911.

Table with 10 columns: Stationen, Barometerniveau, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in °C, Stationen, Barometerniveau, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in °C.

Wetterprognose für Mittwoch, den 23. August 1911. Gemäß warm, zeitweise heiter, aber recht unbeständig mit einzelnen leichten Regenschauern und schwachen westlichen Winden.

Unserem alten verehrten Sangesbruder Rudolf Kühnelt zu seinem 75jährigen Geburtstag, sowie seiner 57jährigen treuen Wittwe, die am 22. August d. J. im Alter von 82 Jahren nach langem Leiden entschliefen ist.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis. Landberger Viertel. Bezirk 416 II.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Kassenbeamte Gustav Fues

am 22. August nach langem, schweren Leiden verstorben ist.

Verhand der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege Ernst Krummreich

am 22. August nach langem, schweren Leiden verstorben ist.

Todesanzeige. Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber, guter Sohn und Bruder, der Schlosserlehrling Georg Fliegner

am 22. August nach langem, schweren Leiden verstorben ist.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten, welche an der Beerdigung meines lieben Mannes und guten Vaters teilgenommen haben, sagen wir hiermit unseren herzlichsten Dank.

Beste Zeit 1/2 Uhr entließ nach längerer, doch gut überstandener Krankheit, plötzlich an Herzschwäche mein lieber Mann, unter guter Pflege, Schwiegermutter, Großvater, Schwager und Onkel, der Gastwirt Fritz Hecht

im 60. Lebensjahre. Mit der Bitte um stille Teilnahme Fran Klara Hecht nebst Angehörigen. Beinhöfstr. 9.

Die Beerdigung findet am Donnerstag nachmittags 5 Uhr von der Leichenhalle des Emmaus-Friedhofes, Hermannstraße, aus statt.

Dankfagung. Für die innige Beileidteilnahme und Kranzsenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau sage ich hiermit allen Beteiligten, besonders den Genossen und Genossinnen, dem Männerchor, dem Arbeiter-Männerbund Romabes sowie dem Genossen Nag Schütte meinen innigsten Dank.

Julius Meißner und Kinder.

Dankfagung. Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die reichen Kranzsenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere den Genossen des Rixdorfer Wahlvereins (Bezirk 7), dem Deutschen Metallarbeiterverband, den Kollegen der Firma C. Schulz, dem Sparverein „Zentrum“, sowie dem Gesangsverein „Rixdorfer Männerchor“ unseren herzlichsten Dank.

Witwe A. Rath nebst Kind.

Advertisement for Westmann clothing store. Text: Um den gewaltigen Andrang zu verhüten, erbitte ich den Besuch möglichst schon vormittags. Sonnabend, den 26. August: Schluss der Sommer-Saison bei Westmann. Mohrenstr. 37a (nahe Jerusalemer Strasse) Grosse Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.)

Advertisement for clothing store. Text: Eröffnung der Herbst-Saison: Vornehme, gediegene, besonders preiswerte Kostüme, Ulster, Plüsch-Konfektion, Pelz-Konfektion. Einsegnungs- und Prüfungskleider.

Advertisement for Spreegold-Margarine. Text: WENN Sie über unreinen Teint zu klagen haben 1077 DANN gebrauchen Sie Lysoform-Toilette-Seife! Sie ist vorzüglich!

Advertisement for Spreegold-Margarine. Text: Spreegold-Margarine. Vom Guten Das Beste. Überall erhältlich. Margarine-Werke Berolina Berlin-Lichtenberg, Herzogstr. 55-56.

Advertisement for Westmanns Trauermagazin. Text: Ohne Anzahlung. Westmanns Trauermagazin Extra-Abteilung. I. Gesch.: Berlin W., Mohrenstraße 37a (2. Haus von der Jerusalemer Straße).

Advertisement for Bau- und Möbel-Tischlerei. Text: Bau- und Möbel-Tischlerei mit gutem Möbellagergeschäft, guten Gebäuden, großem Garten, in der Provinz Hannover, preiswert zu verkaufen.

Advertisement for Blumen- und Franzbinderei. Text: Blumen- und Franzbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.

Advertisement for Persil. Text: Persil. Spitzen-Blousen. Stickereien, Gardinen und sonstige feine Stoffe sollten nur mit Persil gewaschen werden. Größte Schonung des Gewebes bei höchster Reinigungs- und Bleichkraft.

Partei-Angelegenheiten.

Die Provinzial-Konferenz findet am Sonntag, den 27. August, vormittags 10 1/2 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Berlin, Engelauer 15, statt.

Tagesordnung:

- 1. Bericht des Bezirksvorstandes. Referent: Otto Wels.
2. Die bevorstehende Reichstagswahl. Referent: Wilh. Pannsch.
3. Jugendfürsorge und Sozialdemokratie. Referent: Heinr. Schulz.
4. Anträge.

Zur Lokalliste!

Folgende Lokale stehen der Partei sowie den Gewerkschaften zu den allbekannten Bedingungen zur Verfügung: Im 4. Kreis: „Sandhölzer“, Kottbuser Str. 6. Im 8. Kreis: „Victoria-Säle“, Gerichtstr. 1.

Groß-Lichterfelde-Mariensfelde. Der Spardverein Lichterfelde-Nst, Vereinslokal Restaurant Hirsch, veranstaltet am Sonnabend, den 26. August, im Lichterfelder Schützenhaus in Mariensfelde, Lichterfelder Straße, einen Sommernachtsball. Da versucht wird, in Arbeiterkreisen Billetts abzugeben, machen wir darauf aufmerksam, daß obiges Lokal der Arbeiterchaft nicht zur Verfügung steht; wir bitten daher, Billetts zurückzugeben.

Die Lokalkommission.

Bernau. Sonntag, den 27. d. M., nachmittags 3 Uhr, findet in Ruhlsdorf, auf dem an der Klosterfelder Landstraße gelegenen Grundstück des Herrn Bradock eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel statt. Referent: Parteisekretär Genosse Fried. Berlin. Da zu erwarten ist, daß die Versammlung von unseren Gegnern stark besucht wird, erlauben wir die Genossen von Panlow sowie die des Arbeiter-Radfahrer-Bundes sich stark an dieser Versammlung zu beteiligen. Die Bezirksleitung.

Trebbin. Eine Volksversammlung findet am Sonntag, den 27. August, nachmittags 3 Uhr, in Alstow bei Trebbin statt. Genosse Klüh-Niedorf spricht über das Thema: Für was bezahlen wir unsere Steuern?

Berliner Nachrichten.

Abend auf der Spree.

Die blutroten Nessel, die der untergehende Sonnenball in breiten Streifen auf das Wasser warf, hat sein Zwillingbruder, der Mond, in silbernes Licht gewandelt. Die Spreenixe geht noch lange nicht schlafen. Wie zum Sommernachtsball püht sie sich. Jetzt erst beginnt in ihrem Revier der Tanz der Lichter und der Wellen. Pittoresk heben sich vom Horizont gleich riesenhaften Gestalten die im Nachtdunkel gehüllten Häuser und Fabrikdornsteine ab. Was am Uferstrand steht, scheint wie aus dem Wasser zu wachsen. Gespensisch reden versprengte Bäume und Sträucher die Arme gen Himmel. In dichten Schattengebilden spiegelt sich der Launenwald in den leichtbewegten Bogen. Am Strand schreut ein Rehböck, der verspätet zur Tränke oder auf Liebesabenteuer zieht. Klagen ertönt der Ruf des Königshens. Eulen und Uhus verlassen ihre Waldberstecke, drängen beutesuchend mit scharfen Augen zum Wasserrand. In unheimlich wilder Jagd huschen Fledermäuse mit seltsamem Bickakt über die Wellen. Das Heer der tierischen Nachtrüber ist erwacht. Hier zwischen Wald und Wasser, im geheimnisvollen, unbelauchten Nixenboudoir, kleidet sich Fräulein Spree zum nächtlichen Festgange. . . .

Lustige Lachen schallt vom dunklen Ufer. Weit draußen ist es, weit hinter den Mauern der großen Stadt. Fröhliche Menschen sind's, Weltstadtmenschen, die aus dem durchhitzten Häusermeer zu den Wassern fliehen, in sie die ermatteten Glieder zur Kühlung zu tauchen. Und am späten Abend, wenn ringsum der Tageslärm verstummt, ist für manchen das Baden erst der richtige Hochgenuss. Da stört kein Staatshüter, der um diese Zeit längst auf der Vierbank tief-sinnig ins Glas stiert, und zur Not kann man sogar ohne Hörschen, wie Adam und Eva, Nix und Nixe spielen. Aber doppelt in acht nehmen muß man sich vor einer anderen, gefährlicheren Nacht. Wie die Sirenen den tollkühnen Schiffer zum Untergange locken, ziehen die Wassergeister den waghalsigen Nichtschwimmer, dem im Dunkeln die Hülfe fern ist, in das nasse Grab.

Und die Menschen und die Lichter mehren sich, je näher dem Spreea dem großen Stadtungefühl kommt. Bald links, bald rechts hinter den Bassern tauchen strahlend helle Lichtstuten auf. Stampfende Maschinen, laufende Schwungräder überdünen das Plätschern der Wellen. Die Spreenixe wundert sich schon nicht mehr über das unruhige Menschengeflecht, das ihr auch des Nachts den Wasserfrieden streitig macht und im ewigen Kampf liegt mit dem Götzen Geld. Nicht auch auf ihrem eigenen Rücken die Industrie ihre nimmer-raufende Bahn? Stöhnend, ächzend, fauchend ringen sich pech-schwarz gestrichene Schleppdampfer mit ihrer schwimmenden Last an der stählernen Troste wie eine Wasserfahrlange durch die Fluten. Funkenregen prüht ätzend aus dem Schlot, mischt sich sekundenlang mit den weißen, roten, grünen Führungslichtern, zerfließt stimmernd auf dem ersten Wassertropfen. Schriill und hastig geht die Schiffs-glocke. Ein weißer, schaumumhüllter Niesenleib wirbelt lange, schmale Silberfurchen auf. Der Bergungsdampfer, mit Hunderten von Menschenleben gefüllt, mahnt alles, was noch auf den Fluten sich bewegt, zur Vorsicht. Und wieder, immer wieder und häufiger, vernählen sich strahlende Lichtbischel mit den Bassern. Wie im Märchen aus Tausend und Eine Nacht leuchtet es tageshell von den Ufern herüber mit bunten elektrischen Girlanden und phosphoreszierenden Vogenlampen gleich mächtigen schwebenden Glühwürmern. Und dazwischen fluten, von Musikflängen umrauscht, Tausende von Menschen. Hier werfen sie des Tages Last und Mühe für kurze Stunden von sich, dort hüten bei den ratternden Maschinen am Wasser dient auch die Nacht noch dem Kampf ums Dasein. Pfeilschnell schießen flinke, schmalgebaute Ruderboote durch die Bogen. Wie riesige Räden schwirren Segler umher, und im Stahn am Schiß fingen und jaulen ein paar junge Menschenkinder bei Mondenschein von der ewigen Nacht der Liebe.

Tumult! . . . tumult! . . . dröhns angstvoll, gefahrkündend vom Schallrohr des Dampfers. Am Ufer laufen erregt die Menschen durcheinander. Ein Unglück? Ein Schiffszusammenstoß? Ein Boot ist überant! Drei, vier Menschen kämpfen mit dem Wasser. Der Dampfer hat gestoppt, die Rettungs-

ringe und Fangleinen klar gemacht. Von allen Seiten eilt Hilfe heran. Nach langen, langen Minuten zieht man zwei, drei dem Tode nahe Menschen an Bord. Der Vierte? Alles Suchen ist vergebens. Ertrunken . . . mitten aus dem Vergnügen in die Unterwelt gerissen! Und weiter hinauf am Wasser, wo es still und einsam und dunkel ist, sieht fern von der Menschen Lust ein Mensch, dem das Leben zur Last ward. Wer fragt viel nach ihm, wenn sie den müden, ausgelittenen Körper landen . . . niemand! Und den toten Leib, der endlich die ersehnte Ruhe hat von der Schuld dieser herrlichen Welt, umspülen beim Morgengrauen die Wellen der Spreenixe und die rastlose Arbeit.

Veteranen geduldet Euch! Es wird berichtet: Vom 1. Oktober 1910 bis 1. Oktober 1911 sind von dem Zentralkomitee vom Roten Kreuz in Berlin in seinen vier Veteranenheimen in Kissingen, Ems, Wiesbaden und Hersfeld sowie in anderen Badeorten, in denen entsprechende Einrichtungen getroffen worden sind, im ganzen 389 Veteranen zu kostenfreien Bädereisen zugelassen worden. Der große Andrang, der gerade in den letzten Wochen noch eingetreten ist, veranlaßt zu dem Hinweis, daß für dieses Jahr alle verfügbaren Stellen besetzt sind.

Bemerkte sei noch besonders, daß der Ertrag der Kornblumentage verwendet werden soll zur Gewährung freier Brunnen- und Bädereisen an bedürftige Veteranen. Geldunterstützungen werden nicht gewährt. Und zur Klar werden auch nur besonders kriegervereinstreue Veteranen ausgewählt. Diese Tatsachen zeigen erst klar und scharf, was es mit dem Kornblumentage auf sich hat.

Kriminalkommissar a. D. In der letzten Nummer der „Welt am Montag“ befindet sich das folgende, auffällig hervorgehobene Zitat:

„Von Tressow, Königl. Kriminalkommissar a. D. Überlässigste, vertraul. Ermittlungen jeder Art. Berlin usw.“

Ausgerechnet in der „Welt am Montag“! Das läßt tief blicken. Es handelt sich im vorliegenden Fall um Herrn von Tressow II, dessen Verlon und eigenartige Tätigkeit in Spielangelegenheiten wir vor einiger Zeit gedacht hatten.

„Jugendpflege“ durch die Volksschule.

Aus Lehrerkreisen Berlins wird dem „Berliner Tageblatt“ geschrieben: „Auf Grund eines Ministerialerlasses wird jetzt auch in Berlin die Jugendpflege seitens der Gemeindefchulen in die Hand genommen werden. Eine verbindliche Anweisung durch die Schuldeputation liegt allerdings nicht vor; aber verschiedene Schulleiter haben bereits Jugendklubs gegründet und andere sind mit ihren Lehrern in Beratungen getreten, die Angelegenheit im Sinne des Erlasses zu pflegen.“

Der Verfasser der Zeitschrift legt dann dar, daß in Berlin, wo das Band zwischen Schule und Haus, zwischen Lehrer und Schüler nur locker sei, die beabsichtigte Jugendpflege ihre sehr großen Schwierigkeiten habe. Der Versuch, die schulenklassene Jugend in Klubs zu sammeln und noch einige Jahre zusammenzuhalten, habe Aussicht auf Erfolg nur dann, wenn große Arbeitsmittel angewendet werden. Im übrigen biete man in Berlin schon durch die Fortbildungsschulen den jungen Leuten „die Segnungen der Jugendpflege“ (Wanderausfahrten, Lichtbildervorträge usw.) und für eine zwanglose Jugendpflege sei in der Tat die Fortbildungsschule die geeignetste Stätte. Allzuviel erwartet aber der das „Berl. Tageblatt“ als Sprachrohr benutzende Lehrer auch von der Jugendpflege der Fortbildungsschule nicht; wenigstens hinsichtlich der Zahl der Teilnehmer aus den Reihen der Schüler hegt er keine übertriebene Hoffnungen. Er sagt: „Viele unserer Kinder haben Anschlag im Jünglingsverein, in Turn- und Sportvereinen, im Elternhaus usw., für sie alle liegt also kein Grund vor, eine neue Gelegenheit besonders zu beachten. . . . Der Rest wird allzu groß nicht sein. Ihn zusammen zu halten ist eine schöne, aber schwierige Aufgabe, die vielleicht am besten gelöst wird, wenn die bereits vorhandenen Vereine ehemaliger Gemeindefchüler mit Hand ans Werk legen. Jeder Zwang und jeder Druck freilich würde der guten Sache eher schaden als nützen.“

Es ist amüsant, daß dieser vermutlich liberale Pädagoge an die Spitze die Jünglingsvereine stellt und dann von sonstigen Veranstaltungen für die Jugend nur noch die Turn- und Sportvereine nennt. Sollte er nicht wissen, was die Klassenbewußte Arbeiterbevölkerung Berlins bereits für die Jugendpflege getan hat? Oder sind gerade diese Veranstaltungen ihm so un bequem, daß er die gegen sie gerichtete „Jugendpflege“ der bürgerlichen Klasse als eine „schöne Aufgabe“ anpreisen zu sollen meint? Abtät und Zweck dieser von der Regierung inszenierten „Jugendpflege“ sind für jeden aufklärten Arbeiter so offenkundig, daß er vor ihren „Segnungen“ seine Kinder bewahren zu suchen wird. In Berlin wird man mit den von Gemeindefchulen oder von Fortbildungsschulen gegründeten Jugendklubs für Schulentlassene kein Glück haben.

Die „gebildete“ Geheimratsgattin.

Von einer Geheimratsgattin, die außerordentlich erhaben über ihre eigene Person denkt, wird folgendes Stückchen berichtet: Am Sonntag waren mehrere befreundete Familien in dem Lokal „Zum Panzgrafen“ in Panlow beisammen. Eine Frau hatte sich wohl verspätet und wollte möglichst bald an das verabredete Ziel gelangen. Da sie aber über die Lage des Lokals nicht genau orientiert war, sprach sie unterwegs in der Schloßstraße eine besser gekleidete Dame an und richtete an diese Frage, ob sie der Fragestellerin nicht sagen könne, wo das Lokal „Zum Panzgrafen“ liege. Darauf antwortete die Angeredete: „Was erlauben Sie sich denn, eine Geheimratsgattin nach einem solchen Lokal zu fragen!“ Die Fragestellerin war im Augenblick ob einer solchen Antwort ganz verblüht, sie sah sie aber schnell und gab der Geheimratsgattin zur Antwort: „Von einer Geheimratsgattin hätte ich erwartet, daß sie die einfachsten Formen der Höflichkeit kennen würde.“ Damit war das Gespräch beendet und die beiden trennten sich.

Die Geheimratsgattin hatte durch ihre Antwort den Beweis geliefert, daß sie nicht nur eine recht malitiose, hochmütige Person ist, sondern daß es mit ihrer Bildung nicht weit her ist. An einer einfachen Arbeiterfrau könnte sie sich ein Beispiel nehmen. Was die Antwort selber betrifft, so scheint der Dame es das Lokal „Zum Panzgrafen“ angetan zu haben, denn es gehört zu denen, die den Arbeitern zu Versammlungen zur Verfügung stehen; auf etwas anderes zielt der Ausdruck von „solchem Lokal“ nicht hin. Das Dienstmädchen, das bei dieser gebildeten, oder besser eingebildeten, Dame bedient ist, dürfte nicht zu beneiden sein.

Wie weit die Sozialistenreicherei beim Militär geht, dafür liefert die Mitteilung von Landwehrenten einen Beweis, die kürzlich zu einer Landwehrübung nach dem Truppenübungsplatz Rehs eingezogen waren. Wie das in solchen Fällen geht, nehmen sich die Leute, die es können, einigen Proviant mit, wie Schmalz und Würst-

Gleich beim Eintritt beginnt auf dem Kasernenhofe die Revision der Koffer und der sonstigen Requiriten. Es wollte der Zufall, daß die Frau eines Landwehrmannes ihrem Namen Schmalz ausgelassen hatte und den Schmalzkopf in ein Sonntagsblatt, eine Buxi in eine Beilage des „Vorwärts“ eingewickelt hatte. Das wurde bei der Revision auf dem Kasernenhofe entdeckt. Ein hochnotpeinliches Verhör war die Folge. Es half nichts, daß der Landwehrmann erklärte, er sei ohne Schuld, seine Frau habe die Einwickelungsprozedur mit dem staatsgefährlichen Papier vorgenommen. Das Resultat der Untersuchung war die Verurteilung des „Verbrechens“ zu drei Tagen Mittelarrest, die der Mann überdies nach Absolvierung seiner Übungszeit verbüßen soll. Dazu kommt, daß dem Landwehrmann, dessen Führung als gute bezeichnet wird, folgender Vermerk in den Militärpaß eingetragen wurde: „3 Tage Mittelarrest, weil er gegen das ihm bekannte Verbot, Teile einer sozialdemokratischen Zeitung in das Revier gebracht hat.“ Natürlich muß der zu drei Tagen Mittelarrest verurteilte Landwehrmann die Strafe als ungerecht empfinden, weil er an dem Einwickeln ganz unschuldig ist, dann aber ist es eine große Härte, die Strafe außerhalb des Militärdienstes zu verbüßen, wodurch eine halbe Woche Arbeitsverdienst verloren geht. Müht denn die Militärbehörde nicht, welche ungeheure Erbitterung sie selber durch solche Maßnahmen in die Reihen des Soldatenstandes trägt?

Eine Sprengkolonne auf dem Tempelhofer Feld.

Uns hier geschrieben: Auf dem Tempelhofer Felde kann man seit längerer Zeit täglich die Beobachtung machen, wie eine Kolonne von 12-15 Mann mit langen Schläuchen den Teil des Tempelhofer Feldes besprengt, der das ganze Jahr hindurch umzäunt gehalten wird und bei den militärischen Übungen sowohl, als auch von gewöhnlichen Sterblichen nicht betreten werden darf. Es ist jener 100-150 Quadratmeter große Teil vor der Paradediräne, der nur an Paradedagen von hohen und höchsten Herrschaften betreten wird und der nun, wahrscheinlich zur Herbstparade, aus der großen gelben verbrannten Fläche als grüner Teppich herausleuchten soll. An sich wäre es ja sehr anerkennenswert, wenn der Fiskus — oder ist es die Stadt Berlin? — für die Allgemeinheit eine jetzt so seltene grüne Rasenfläche schafft, auf der sich Erholungs-suchende tummeln könnten, aber wie hier die Dinge liegen, scheint nichts weniger als zu diesem Zweck diese Ansammlung von Arbeitskraft täglich verwendet zu werden, denn diese ganze Aufmachung lediglich für einen Tag oder gar nur für ein paar Stunden vorzunehmen, ist doch ein überflüssiges Beginnen.

In finanziellen Schwierigkeiten befindet sich „Kellers Neue Philharmonie“. Es ist trotz mehrfacher Verhandlungen innerhalb des Gläubigerausschusses zu einer endgültigen Einigung über ein zu gewährendes Moratorium wie über die künftige Fortführung des Establishments noch nicht gekommen. In einer erneuten Konferenz der Gläubiger und sonstigen Interessenten, die unter dem Vorsitz des Justizrats Dr. Blaschauer stattgefunden hat, wurde vereinbart, in den nächsten Tagen nochmals eine Versammlung familiärer Gläubiger einzuberufen, in der über die zu ergreifenden Maßnahmen endgültig Beschluß gefaßt werden soll.

Auffehen verursachte in Steglitz die Festnahme eines jener Menschen, die in Frauenrecht auf Abenteuer ausgehen. Ein in Berliner Homosexuellenkreisen verkehrender junger Mann, der gern in Frauenkleidung in den Straßen sein Unwesen treibt, hatte sich gestern nach Steglitz gewandt. Er promenierte in auffallender Damenkleidung in den Hauptstraßen umher und es glückte ihm auch, mehrere „Verbrecher“ an sich zu locken. Ein patrouillierender Polizeibeamter wurde schließlich von Passanten, denen die ganze Sache widerlich vorkam, aufmerksam gemacht, so daß die Festnahme erfolgen konnte. Auf der Polizeidirektion wurde der Mann in Frauenkleidern photographiert und nach erfolgter Vernehmung im vollen Kostüm nach dem Roabiter Untersuchungsgefängnis übergeführt.

Nächste Räubereien werden gegenwärtig in der Tegeler Heide in großer Zahl verübt. Die Räuber haben es auf solche Personen abgesehen, die sich auf der Heide zum Schlafen niederlegen. Sie verstehen es dann, ihre Opfer unbemerkt zu berauben. Bei der Polizei laufen jetzt fast täglich derartige Meldungen ein und einem überwachenden Polizeibeamten sollte es in den letzten Nächten gelingen, einige der Flederer auf frischer Tat zu ertappen und unschädlich zu machen.

Die gestohlene Segeljolle. Ein seltener Diebstahl ist auf dem Tegeler See verübt worden. In der Nähe des Vorsichtigen Kranes war seit einiger Zeit eine Segeljolle im Werte von 2000 M. an einer Boje befestigt. Zu einer der letzten Nächte ist das Fahrzeug von unbekanntem Täter von der Boje losgelöst und entführt worden. Der Diebstahl muß von „Fischleuten“ ausgeführt worden sein. Die Jolle ist 1,20 Meter breit, 6 Meter lang, eisenschwarz gestrichen und besitzt großes, neues Segel sowie Focksegel.

Ein dreifaches Diebesstück leistete sich ein junger Mensch in der Reinen Friedrichstraße. An der Ecke der Schillerstraße hatte ein der Wäscherei von Koch, Draisenstr. 41, gehöriges Gefäß gehalten. Während der Ausschger das Gefäß betrat, schwang sich ein etwa zwanzigjähriger Mann auf den Bod, ließ auf die Ferde ein und fuhr davon. Es sollte dem frechen Durschen auch gelingen, mit dem Gefäß zu entkommen. Der Wagen hatte für mehr als 1200 M. Wäsche enthalten.

Anfall auf dem Flugplatz Johannisthal. Von einem bedauerlichen Unglücksfall wurde gestern früh auf dem Flugplatz Johannisthal der Grabe-Schüler Welat betroffen. Der Aviatiker war mit mehreren anderen Piloten um 6 Uhr zu Probeflügen aufgestiegen, flog aber in der entgegengelegten Richtung als vorgeschrieben um das Feld. Beim Landen geriet Welat infolgedessen gegen den Apparat des Piloten Schirrmeyer, der ebenfalls niedergehen wollte. W. zog das Höhensteuer und schoß in großem Bogen über die andere Maschine hinweg. Beim Landen überschlug sich jedoch sein Apparat und der Flieger wurde aus demselben herausgeschleudert. Welat erlitt erhebliche Verletzungen im Gesicht, eine schwere Quetschung des rechten Armes und wurde, nachdem ihm Notverbände angelegt worden waren, nach seiner Wohnung übergeführt. Der Eindexer wurde ziemlich erheblich beschädigt.

Schwerer Baumfall. Auf einem von der Aktiengesellschaft für Bauausführungen auf dem Grundstück Neue Königl. 52/54 errichteten Neubau stürzte Dienstagnachmittag beim Trägerslegen der Maurer Albert Limyach aus der zweiten Etage in den Keller. Außer anscheinend schweren inneren Verletzungen erlitt er einen doppelten Beinbruch und mußte nach dem Krankenhaus Friedrichshain gebracht werden.

Straßenbahnunfälle. Auf einem Dienstwege verunglückte gestern vormittag gegen 12 Uhr der 19 Jahre alte Postbote Georg Jäger aus der Grobbeerstr. 82, der in der StraÙe An der Hasenheide auf einem Fahrrad mit dem Austragen von Depeschen beschäftigt war. Der junge Mann geriet vor dem Hause Hasenheide 40 so unglücklich zwischen dem Motorwagen 2302 der Linie 7 (Richtung Hirtsdorf) und einem in gleicher Richtung fahrenden Geschäftswagen, daß er bei dem Verluß zwischen beiden Gefährten hindurchzukommen, von der linken Ecke des Vorderperrens erfasst und zu Boden geworfen wurde. Durch den Sturz erlitt Jäger eine schwere Quetschung des Rückgrats und einen Bruch des linken Oberarms. Der Verunglückte, dessen Rad in Trümmer gegangen war, wurde in einem Krankenwagen dem Krankenhaus am Urban zugeführt.

Bei einem zweiten Unfall, der sich gegen 11 Uhr vormittags an der Reichenberger Straße, Ecke Forsterstraße, zugetragen hat, mußte ein Pferd sein Leben lassen. Dort ging das vor einem Schlächterwagen der Firma Petring aus der Forsterstraße gespannte Pferd aus unbekannter Ursache plötzlich durch und lief mit solcher Gewalt gegen den Vorderperron des Motorwagens 1533 der Linie P. (Richtung Nitzdorf), daß es unter den Vorderperron zu liegen kam und an Ort und Stelle verendete. Zur Beseitigung des Hindernisses von den Schienen und zur Verhütung einer Verkehrsstörung auf der stark befahrenen Straße wurde seitens der Polizei die Feuerwehr herbeigerufen, die die Straße freimachte. Die Störung dauerte 15 Minuten.

Der fällige Dachstuhlbrand. Die Brandstiftungsperiode im Westen Berlins dauert an. Auch gestern nachmittag war wieder ein großer Dachstuhlbrand zu verzeichnen, der auf Charlottenburger Gebiet, in der Suarezstr. 56 zum Ausbruch kam. Die Gefahr wurde gegen 4 1/2 Uhr bemerkt, und da es zu gleicher Zeit an mehreren Stellen im Dachstuhl des Luergebäudes brannte, so vermutet man hier ebenfalls wieder vorsätzliche Brandstiftung. Auf mehrfachen Alarm rückte die Charlottenburger Feuerwehr mit den beiden Löschzügen aus der Haupt- und Südfeuerwache an. Der Löschangriff erfolgte von mehreren Seiten unter Verwendung von sieben Schlauchleitungen. Obgleich aber ungeheure Wassermengen in die Glut geschleudert wurden, konnte doch nicht verhindert werden, daß das Feuer auch noch einen Teil vom Dachstuhl des Seitensüßgels erfaßte. Erst um 6 Uhr war die Hauptgefahr beseitigt, so daß einige Räume zurückerhalten werden konnten. Die vollständige Ablösung mit den Aufräumungsarbeiten zog sich aber noch bis zum späten Abend hin.

Das Seccerestaurant der Stadt Berlin am Schäfersee in Reinickendorf mit dem 19 Morgen großen Schäfersee, der Badeanstalt, dem Eiswerk und sämtlichen Bauschiffen soll vom 1. Oktober d. J. neu verpachtet werden.

Beim Sommerfest des fünften Kreises am 20. August in der Brauerei Friederichsdamm ist ein goldenes Armband und ein Stod mit Dirschhornkrüde verloren gegangen. Die Finder werden gebeten, die Gegenstände in der „Vorwärts“-Expedition, Auguststr. 50, bei Sachlich abzugeben.

Arbeiter-Samariter-Kolonie Groß-Berlin. Freitag, abends 8 Uhr, im Dresdenener Garten: Vortrag des Herrn Dr. Lohm über „Augenverletzungen“.

Vorort-Nachrichten.

Mahlsdorf an der Ostbahn.

Ueber Weltpolitik und Kriegsgefahr referierte in einer im Lokal Heidekrug abgehaltenen öffentlichen Versammlung Genosse Fuchs in Berlin. Anknüpfend an die Marokkoaffäre von 1905 beleuchtete und kritisierte der Redner die Vorgänge des jetzigen Marokkopolitik und forderte die Anwesenden zu einem energischen Proteste gegen das Bestreben einer gewissen Clique, das Volk in einen abenteuerlichen Krieg zu ziehen, auf. Am Schluß der Versammlung gelangte eine vom Genossen Käning vorgeschlagene Resolution einstimmig zur Annahme, laut welcher die Versammelten einen etwaigen, im Interesse progressiver Interessengruppen angezeigten Krieg mit aller Energie zu bekämpfen entschlossen sind. Indem die Versammelten jede koloniale Abenteuerpolitik verwerfen, fordern sie zugleich die Einberufung des Reichstages, um dem diplomatischen Schacher und Räuspenspiel ein Ende zu machen.

Friedenau.

Auf eigenartige Weise verunglückt ist vorgestern die Gattin des Baumeisters Pohle aus der Bornstr. 18. In der Aderstraße war der Hund der Dame vor einem Straßenbahnwagen auf die Schienen gelaufen. Als Frau P. dem Hunde, den sie in Gefahr glaubte, nachließ, wurde sie von dem Waggon umgestoßen und erlitt eine starke Quetschung des linken Oberarmes. Mittels Droßke wurde die Verunglückte nach ihrer Wohnung übergeführt.

Nitzdorf.

Die erste Frauenabteilung der „Freien Turnerschaft Nitzdorf-Verein“ veranstaltet heute Mittwoch, den 23. August, abends 8 1/2 Uhr, in Doppel-Pfeifen (Jah. Dartsch), Hermannstr. 40, ein öffentliches Turnen und ladet dazu die Frauen und Mädchen Nitzdorfs ein.

Hohen-Schönhausen.

Ein tödlicher Ausgang nahm ein Streit, der sich in der Nacht zum Dienstag hier abspielte. In dem Lokal von Schulke, Hauptstraße 8, fand vorgestern abend ein Grutesfest statt, an dem auch der 24jährige Schuhmachergeselle Edmund Altem aus Hohen-Schönhausen und der 27 Jahre alte Friseur Robert Wenzig aus der Hohen-Schönhauser Straße 88 in Wilhelmshagen teilnahmen. Wegen 12 Uhr nachts verließ Altem das Restaurant in Begleitung eines Mädchens, das er auf dem Grutesfest kennen gelernt hatte. Der Friseur Wenzig, der zum Teil denselben Weg hatte, folgte dem Paare. Als der Friseur an dem Paare vorüberging, machte er einige häßliche Bemerkungen und geriet infolge dessen mit dem Schuhmacher in einen Streit, der bald zu Tätlichkeiten ausartete. Im Verlaufe desselben verletzten der Friseur seinem Gegner mit einem eichenen Spagierstock einen wuchtigen Schlag über den Kopf, unter dessen Wirkung Altem für einen Augenblick die Bewußtlosigkeit verlor und zusammenbrach. Während Wenzig nun seinen Weg fortsetzen wollte, erholte sich der Schuhmacher aber wieder, rannte dem Friseur nach und suchte ihn, ehe dieser sich zur Wehr setzen konnte, ein Messer in die Brust, so daß P. blutüberströmt und bewußtlos zusammenbrach, in dessen der Schuhmacher mit seiner Frau den Weg fortsetzte. Von Passanten wurde der Friseur bald darauf aufgefunden und zu einem in der Nähe wohnenden Arzt gebracht. Dieser konnte jedoch keine Hilfe mehr bringen, Wenzig starb infolge kolossalen Blutverlustes unter seinen Händen. Der Täter wurde noch in der Nacht aus dem Bett heraus verhaftet. Der getötete Friseur war erst seit einigen Wochen verheiratet.

Dranienburg.

Ein schwerer, beinahe tödlicher Unfall, der Eltern und Kindern zur Warnung dienen sollte, hat sich hier zugetragen. Der 12jährige Sohn Franz des Arbeiters Albrecht spielte mit ungelöschtem Kalk, den er von einem Neubau geholt hatte. Der Knabe schüttete den Kalk in eine Bierflasche und goß Wasser hinein, um den Behälter zum Explodieren zu bringen. Während er die Flasche noch in der Hand hielt, platzte diese mit lautem Knall auseinander. Die Glassplitter und der heftige Inhalt flogen dem Jungen in das Gesicht und er erlitt schwere Verletzungen und Brandwunden. Ramentlich sind die Augen des Knaben schwer in Mitleidenschaft gezogen, und es ist sehr fraglich, ob die Sehkraft wird erhalten bleiben können. Auch die rechte Hand wurde dem Knaben erheblich verkrüppelt. Der schwerverletzte Knabe wurde in das Dranienburger Krankenhaus eingeliefert, wo er in bedenklichem Zustande daniiederliegt.

Trebbin (Kreis Teltow).

Ein großes Schadensfeuer kam am Montag in den ersten Morgenstunden in Lüdersdorf aus. Es brannten auf dem Gehöft des Gemeindevorstehers Buthe und des Nachbarn Lindow zwei Scheunen und ein Stall ab. Das weit sichtbare Feuer vernichtete den größten Teil der Ernte, jedoch soll Vieh nicht zu Schaden gekommen sein.

Aus der Frauenbewegung.

Englische Arbeiterinnen im Streik.

Die große Streikwoge, die mit wahrhaft dramatischer Gewalt ursprünglich über England hereinbrochen ist, hat gegenwärtig auch

große Scharen der Frauen erfaßt. Die Women's Labour League (Arbeitsliga der Frauen) arbeitet scharf, um die führerlosen Massen streikender Arbeiterinnen ihrer Organisation, der National Federation of Women Workers, zuzuführen. Nach der letzten Meldung des „Labour Leader“ streiken in Süd-London allein wenigstens 16 000 Arbeiterinnen. Eine mächtige Streikbewegung ist auch unter den Arbeiterinnen in Cardiff im Gange. Die Väter, Männer, Brüder, Freunde all dieser Frauen im Streik, hier ein kleiner, dort ein größerer Erfolg als Lohn einmütiger gewaltiger Anstrengungen — so kam es, wie es kommen mußte. Man stelle sich die Verwunderung so eines Unternehmers vor, der eines Morgens von lautem Stimmengewirr aus seinem Fabrikhofe erwacht, wo Frauen und Mädchen aufgeregter diskutieren. Er glaubt zunächst zu träumen. Als der Lärm wächst, scheint es ihm, als hätten sie alle den Verstand verloren. Schließlich weist er sie hinaus und sieht befriedigt ihrem Abmarsch zu, ein Gemurmel, das ihm schon einen Augenblick später dadurch getrübt wird, daß sein Arbeiterinnenstamm gleichfalls abgezogen ist.

So geht es nun von Fabrik zu Fabrik. Überall werden die Arbeiterinnen zum Anschluß aufgefordert. „Streik“ liegt in der Luft, und die schüchternsten Mädchen sind jetzt nicht weniger eifrig als die übrigen. Die Unternehmer wüten, die Kasseher beschwören und reden zum Guten, es hilft alles nichts.

Vielleicht zum erstenmal in ihrem Leben war diesen armen Arbeiterinnen in dem glühenden Sonnenschein dieser tropisch heißen Sommermonate die Kränklichkeit ihrer Kleidung, die Dürftigkeit ihrer Nahrung, die Mangelhaftigkeit ihrer von harter Arbeit entstellten Hände voll zum Bewußtsein gekommen. ... Oft wurden die Versammlungen vor der Türe der Fabrik in Hörweite des Unternehmers abgehalten, der wohl oder übel mit anhören mußte, wie alle Mängel seines Betriebes laut vor aller Welt hinausgeschrien wurden. Was er zu hören bekam, war etwa das folgende:

Rednerin: Nun kommen wir zur Lohnfrage. Ist es wahr, daß Frauen unter Ihnen sind, die nur acht Schilling (8 Sh.) die Woche verdienen?

Der Chor: Ja, Miß.

Rednerin: Wie sieht es mit Lohnabzügen und Strafgebern?

Aus der Menge: Drei Pence (25 Pf.) für zehn Minuten Verspätung, ein Penny (12 1/2 Pf.) Abzug für den Wasraum und 2 Pence für den Speiseraum, der für ein Ferkel zu schlecht ist, und

Rednerin: Liegen noch andere Beschwerden vor?

Chor: Ja, Miß. Wir haben keine Frühstückspause, und wenn man sich in die Hand schneidet, läßt er einen nicht zum Verbinden nach dem Krankenhaus gehen, und wir bekommen nur 5 Farthings (10 Pf.) für die Ueberstunde.

Rednerin: Gut, nun wollen wir uns dem Verband anschließen, nicht?

Chor: Ja, Miß.

Rednerin: Sehr gut, dann wird der Verband eine Deputation entsenden, die bessere Arbeitsbedingungen verlangt. Wollen wir die Beseitigung aller Lohnabzüge fordern?

Chor (entzückt): Ja, Miß.

Rednerin: Doppelte Bezahlung für Ueberstunden?

Chor (begeistert): Ja, Miß.

Rednerin: 10 Minuten Frühstückspause an jedem Morgen.

Chor (außer sich): Ja, Miß.

Rednerin: Nun kommen wir zu den Löhnen. Was wollen wir fordern? (Pause.) Ich denke, ein anständiges Mädchen kann in London mit weniger als 15 Schillingen nicht leben. (Dumpfes Getöse von oben: der Unternehmer ist vor Schreck vom Stuhl gefallen.)

Der Chor bricht in begeisterten Jubel aus. Zustimmung von allen Seiten. Eine Pessimistin ruft: Wollen hoffen, daß wir es kriegen!

Die Versammlung endet mit dem ausgelassenen Freudentanz und Gesang der Arbeiterinnen.

Dann folgten andere Versammlungen, wo die formelle Gründung des Zweigverbandes vorgenommen, wo die Ausschussmitglieder gewählt wurden. Dann kam der große Moment, wo die Verbandsarten aufgeteilt wurden. In den Streiklämpfen der Männer hatte die „Karte“ eine besondere Rolle gespielt, und mehrere Unternehmer hatten sich verpflichtet, niemand ohne Karte einzustellen. So wollten die Arbeiterinnen es auch halten.

Weitenweit liefen, stundenlang warteten sie, um die kostbare Karte zu erhalten. Die Vorstandsmitglieder schrieben sich die Finger wund an den zahllosen Karten. Erstaunlicher aber war das Verlangen der Unternehmer nach den Karten. Einer der größten Fabrikbesitzer Londons hat den wehmütigen die Karten für seine Arbeiterinnen und erbot sich sogar, die Eintrittsgebühren für sie zu bezahlen. ... Als es so weit gekommen war, heißt es in dem Bericht des „Labour Leader“, waren wir es, die zu träumen glaubten.

Diese Arbeiterinnen waren noch vor wenigen Monaten jeder Organisation zugängig.

Las Cigarreros.

In einem Meißelbe aus Andalusien schildert der auch in deutschen Arbeiterkreisen gut bekannte Proletarier-Romancier Andersen Kexú das Leben der Tabakarbeiterinnen in Sevilla. Es sind etwa 5000 an der Zahl, wovon die Älteste über 100, die jüngste 14 Jahre alt ist. Kexú charakterisiert die dortige Tabakarbeiterin folgendermaßen: „Sie ist sorglos, mäßig, guttlos; rüchlos in ihrer Leidenschaft, wüßig, leicht beweglich, verheißlich; sie ist — alle leicht beweglichen Eigenschaften der Stadt auf die Spitze getrieben. — Sie ist stets zum Aufruf bereit, aus ihrer Hand kommt der erste Stein, aus ihrem Munde ertönt das zündende Feldgeschrei.“ Das revolutionäre Gefühl muß allerdings bei diesen Frauen außerordentlich stark entwickelt und traditionell gepflegt sein, wenn man vernimmt, daß sie schon vor zwanzig Jahren die Selbstachtung der Stadt retteten und König Alphonso XII., als er Sevilla besuchte und die Stadt „Kameralfest“ ihm die gewohnheitsmäßigen Ehren erwies, in der großen Tabakfabrik „unabwiderzig ausludeten.“

Und als einmal Lohnunterschiede entstanden, banden sie den allmächtigen Direktor und liehen ihn an einem Strick in einen tiefen Brunnen hinab. Die große Tabakfabrik ist von Gräben umgeben wie eine Festung, Soldaten bewachen die Eingänge. Das Tabakmonopol besitzen in Spanien vorwiegend einige ausländische Kapitalisten, die dem Staate eine jährliche Abgabe von 90 Millionen Franck zu leisten haben. Regú gibt ein ebenso anschauliches wie grauerregendes Bild von dem Leben und Treiben in dieser Fabrik, wo in einem fünfshundert Fuß langen Tunnel vier Reihen Arbeiterinnen Kopf an Kopf über ihren Tabakstroh gebeugt sitzen. Natürlich fehlt auch das Heiligenbild nicht in diesem Raum, wie ja der Kapitalismus immer die Frömmigkeit des gläubigen Volkes mißbraucht, um seine Profitgier zu verdecken. In dem niedrigen Tunnelgewölbe allein arbeiten 1500 Frauen, viele Tausend Fund Tabak bedecken Tische und Tröge, aber nicht ein Ventil sorgt für frische Luftzufuhr. Regú schreibt, obgleich er ein verfeinerter Raucher sei, habe er nach wenigen Minuten einen derartig starken Schmerz im Kopfe empfunden, daß er glaubte, die Augen würden ihm aus den Höhlen herausstreuen. Und mitten durch Staub und Lärm vernimmt er das bekannte Dampfen von — Kinderwiegen, die in Bewegung gesetzt werden:

„Da sieht ja eine — dich bei uns, halbversteckt unter Trögen und Arbeitstischen, eine Polsterweiche mit schlagweichten Gängeln. Das Weiß, das sie trit, ist bleich — und hat weiße Plaster an den Schläfen, um den Kopfschmerz zu betäuben: brauner Tabakstaub sitzt ihr im Haar, deckt die weißen Wiegentücher, rändert die kleinen aufgeblähten Rasenslöcher des Kindes. Das Kind aber schläft ruhig trotz Lärm und giftiger Luft; es liegt sogar eine schwache Andeutung von Aste auf seinen Wangen. Und in dem Anflug der Witter durchschneidet jeden Augenblick ein Lächeln die verzerrten Züge und macht es schreien — wie eine weißgelackte Mauer in greller Sonne.“

Es stehen andere Wiegen den Tunnel entlang — im ganzen wohl vierzig; in einigen sitzen die Kinder aufrecht und spielen mit Tabak, als hätten sie schon mit dem Handwerk begonnen. Während

ich mich über eines der Kleinen heuge und es ängstlich wird, sagt eine Frau: „Kennst Du nicht einmal Deinen eigenen Vater?“ Sie lachen alle laut, die Mutter aber betrachtet mich einen Augenblick aufmerksam und schüttelt dann lächelnd den Kopf.

Einige der Kinder haben wirklich einen Vater, der ihnen hilft, der Mutter Fleisch zu besteuern — sie sind nicht die Bestgestellten. Andere haben nur ihre Mutter und diese vorteilhafte Gelegenheit, sich hier ihrer Zukunft anzupassen. Sie legen Zeugnis ab von der liebevollsten Fürsorge, und wenn sie den unheilvollen Giftgeist überleben, sind sie selbstredend bestimmt, den Platz an der Seite ihrer Mutter einzunehmen und wie sie einstmals die Wiege zu treten, zu stillen und 2000 Zigaretten täglich zu rollen — falls sie Frauen sind. Sind sie aber Männer, dann ist es ihre unabwiesliche Pflicht, an einer Strahenode zu stehen und zu rauchen und zu rauchen, bis sie die höchste Vollkommenheit erreicht haben, was da ist 200 Zigaretten im Tag. Und bringen sie noch mehr zuwege, dann sind sie befähigt, sich in die Reihen jener Barfüßer zu stellen, die allabendlich mit Hasch vor der Tabakfabrik warten und mit dem reichenden Strom der Mädchen fortgerissen werden, hinaus in das Dunkel der Vorstädte, wo man sie beim nächsten Tagesgrauen als blühliche Gespenster antreffen kann.“

Verliche Zustände das, die da unter dem kerlischen Himmel Spaniens herrschen und die, mehr oder weniger grauenhaft überall zu finden sind, wo Kirche und Kapital das Regiment führen, das unwissende Volk moralisch und wirtschaftlich verkommen lassen, wenn nur der Geldsack zu seinem Rechte kommt. Sehr schön bemerkt Regú zum Schluß seiner Schilderung:

„Es gibt Engel, die von verdammtem Aether leben, und Bakterien, die nur in den tiefsten Kloaken gedeihen; aber bestigt wohl ein Geschöpf solche Lebensfähigkeit wie der Mensch? Hier sitzen aller Hygiene spottend drei Frauengenerationen und lullen abwechselnd die vierte in Schlaf; und man zeigt uns eine vierzehnjährige Mutter, die eben ihrem schreienden Erstgeborenen die Brust reicht, und ein altes Weib, das 100 Jahre alt ist und die letzten 80 Jahre in der Fabrik gearbeitet hat.“

Schade nur, daß auf dem Katholikentag in Mainz mit seinem sozialen Vortragsbühnen niemand auf den Gedanken kam, dieses wertvolle Bild katholischer Sozialarbeit vorzuführen — es hätte so schön hineingepaßt.

Die Hauptstelle für Mutter- und Säuglingsfürsorge will durch Schaffung eines Zentralnachweises für Einbindungsanstalten einem längst gefühlten Bedürfnis Rechnung tragen. Dem Verwaltungsrat der Hauptstelle wurde bereits in seiner letzten Sitzung am 10. August im Landeshaufe über den Stand der Angelegenheit Bericht erstattet. Die Vorarbeiten sind soweit fortgeschritten, daß der Zentralnachweis schon in der allernächsten Zeit seine öffentliche Wirksamkeit entfalten wird.

Aus aller Welt.

Aus der göttlichen Weltordnung.

Ein furchtbares Schicksal hat ein obdachloses Ehepaar in der italienischen Ortschaft Ariano Puglia ereilt. Die Leute, die ein sechsjähriges Mädchen hatten, hatten in einer Felsen-grotte Zuflucht gesucht und sich hier so gut als möglich eingerichtet. Nach einem großen Unwetter löste sich nun in der Nacht ein gewaltiges Felsstück ab und stürzte auf die Schlafenden: das kleine Mädchen wurde völlig zerquetscht, den Eltern fiel der Bock auf die Beine und zerquetschte sie. Von dem Riesengewicht eingeklemmt, haben die Unglücklichen 12 volle Stunden nach Hilfe gerufen. Beide haben beide Beine verloren und sind auf Lebenszeit zu Krüppeln geworden, falls sich jetzt der Tod nicht ihrer erbarmt, für die die Gesellschaft keinen Funken des Erbarmens gehabt hat.

Wettersturz.

Schwere Gewitter sind am Montag in verschiedenen Teilen Frankreichs niedergegangen und haben großen Schaden angerichtet. In der Umgegend von Biarritz wurden drei Personen vom Blitz erschlagen. Die Weinberge und Obstplantagen in der Umgegend von Roulin haben stark gelitten. In Ohonag sind die Schuppen, in denen man Flugapparate untergebracht hatte, teilweise zerstört worden. In Cherbourg und Umgegend hat der Blitz ebenfalls viel Schaden gestiftet. In St. Vardoug schlug der Blitz in einen Baum, unter dem zwei junge Leute Schutz gesucht hatten. Beide wurden getötet. — Auch Belgien wurde von verschiedenen Gewittern heimgesucht, die erheblichen Schaden anrichteten. — In vielen Teilen Tirols sind in der vergangenen Nacht schwere Gewitter niedergegangen. Die Döptaler Höhe ist über die Ufer getreten, hat Stege und Brücken fortgerissen und Ortschaften und Felder überschwemmt. Auf der Straße Wittenwalde-Franzenstefte sind alle Brücken weggeschwemmt. Die Straße zwischen Gomagoi und Prad, die die Zufahrt nach Sulden und Trafoi bildet, ist gerührt.

Kleine Notizen.

Drei Personen ertranken. Auf dem Schloßteich in Königberg in Preußen kenterte ein mit zwei Damen und zwei Herren besetztes Boot. Die beiden Damen und ein Herr ertranken. Waffensperre. Auf einem Gehöft in der Nähe der russischen Ortschaft Kowotsherkast wurden sechs Personen in der grauenhaftesten Weise ermordet. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

Schwerer Automobilunfall in Frankreich. Ein Automobil, in dem sich der in Paris wohnende deutsche Industrielle Louis Poerwe mit zwei Damen befand, hat sich bei Hendebonville überschlagen. Lediglich war auf der Stelle tot, beide Damen erlitten schwere Verletzungen.

Tragdie eines Lokomotivführers. Auf dem Bahnhof Wiage bei Vordauz stürzte eine Rangierlokomotive in einen Kanal. Es war unmöglich, den Lokomotivführer, dessen Kopf und Arme aus dem Wasser hervorragten, zu retten, da seine Beine in der Maschine eingeklemmt waren, und man mußte zusehen, wie der Mann allmählich ertrank.

Marktpreise von Berlin am 21. August 1911, nach Ermittelung des königlichen Polizeipräsidenten. Marktpreise (Reinhandelt) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00, Speisebohnen, weiße, 30,00—50,00, Winter 30,00—50,00, Kartoffeln 10,00—15,00, 1 Kilogramm Mischfleisch, von der Seele 1,60—2,40, Rindfleisch, Baumfleisch 1,20 bis 1,70, Schweinefleisch 1,20—1,80, Kalbfleisch 1,40—2,40, Hammelfleisch 1,50—2,30, Butter 2,40—3,00, 60 Stück Eier 3,00—6,00, 1 Kilogramm Karpfen 1,40—2,40, Kote 1,60—3,20, Jambier 1,40—3,60, Hechte 1,40 bis 2,80, Barsche 1,00—2,00, Schleie 1,20—3,50, Stie 0,80—1,60, 60 Stück Krabbe 2,00—36,00.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerbau, mitgeteilt vom Berliner Wasserbureau

Wasserstand	am		Wasserstand	am	
	21. 8.	20. 8.		21. 8.	20. 8.
Remel, Türl	46	46	Saale, Großitz	88	+8
Bregitz, Unterburg	-17	0	Gabel, Spandau ¹⁾	-15	-3
Bregitz, Horn	-4	-4	Matheson ²⁾	-53	-3
Oder, Rathbor	57	+3	Spreewald, Spremberg ³⁾	52	0
• Krossen	7	-2	• Bestlau	80	-1
• Frankfurt	17	-1	• Bietow, Mühlben	-147	-16
• Wittenberg	-51	+1	• Witten	-68	0
• Wittenberg	-70	-2	• Rhein, Nagermühlensau	336	-5
• Barmbe, Barmbe	-38	+10	• Rauh	128	-3
• Elbe, Reitmeritz	-112	-7	• Röh	88	-5
• Dresden	-230	+3	• Redar, Heilbronn	84	+24
• Harz	-27	-2	• Rhein, Bietheim	72	0
• Nabeberg	-12	-4	• Röh, Trier	-23	0

¹⁾ + bedeutet Hoch, - Nied. — ²⁾ Unterseeel